

DOKUMENTE DES FORTSCHRITTS

INTERNATIONALE REVUE

HERAUSGEGEBEN VON PROF: RODOLPHE
BRODA: PARIS IN VERBINDUNG MIT
DR: HERMANN BECK: BERLIN + VER-
LEGT BEI GEORG REIMER: BERLIN: W₃₅

JÄHRLICH 11 HEFTE FÜR 10 MARK
PREIS DES EINZELHEFTES 1 MARK

AUSGEGEBEN ANF: MAI 1909
2. JAHR 5. HEFT



BERN
HARD

INHALT:

DIESES HEFT BEHANDELT VORNEHMLICH FRAGEN DER ARBEITER-
BEWEGUNG UND DES ARBEITERSCHUTZES.

NACHDRUCK VON ARTIKELN IST MIT QUELLENANGABE GESTATTET

ABHANDLUNGEN:

MAGISTRATSRAT VON SCHULZ, BERLIN: ZUR FRAGE DER GESETZ- LICHEN REGELUNG DES TARIFVERTRAGES IN DEUTSCHLAND	355
DR. JULIUS DEUTSCH, WIEN: ZUR ARBEITSLOSENFÜRSORGE IN DEUTSCHLAND	363
STAATSMINISTER J. HUTCHINSON, MELBOURNE: HOCHSCHUTZ- ZOLL UND ARBEITERSCHUTZ	367
PERCY ALDEN, LONDON: EINE NEUE PHASE DER ENGLISCHEN ARBEITERSCHUTZGESETZGEBUNG	369
OBERST REAY, MELBOURNE: STAATLICHE REGELUNG DER ARBEITSBEDINGUNGEN IN AUSTRALIEN	372
DR. LEO EHRNROOTH, HELSINGFORS: EIN BEMERKENSWERTES BÄCKEREIGESETZ IN FINNLAND	376
FORTSCHRITTE DER ÖSTERREICHISCHEN ARBEITERKONSUM- VEREINE	379
HENRI DAGAN, PARIS: PRODUKTIVGENOSSENSCHAFTEN IN FRANKREICH	380
ZEHN JAHRE EINES ARBEITERUNTERNEHMENS	382
ARBEITERVERTRETER ALS AKTIONÄRE	383
DR. FERDINAND MAREK, BRÜNN: ZUR FRAGE DES WEISSPHOSPHOR- VERBOTES IN ÖSTERREICH	386
A. JOHNSON: ARBEITER-INSPEKTOREN IN AUSTRALIEN	387
HENRY VIVIAN, LONDON: WOHNUNGSREFORM IN ENGLAND	389
EMIL VANDERVELDE, BRÜSSEL: DAS GROSSSTADTPROBLEM	392
EDWARD R. PEASE, LONDON: KLEINBAUERNBEWEGUNG IN ENGLAND	394
DR. JULIUS DEUTSCH, WIEN: TARIFVERTRÄGE IN ÖSTERREICH	396

CHRONIK DER ARBEITERBEWEGUNG.. 398

RICHTUNGSLINIEN DES FORTSCHRITTS:

PROF. DR. RODOLPHE BRODA, PARIS: SOZIALVERSICHERUNG 407

KORRESPONDENZEN:

ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG	414
CHRONIK (414).	
POLITISCHE ENTWICKLUNG	416
Y. MARHULA, WIEN: BOSNIEN UND DIE HERZEGOWINA AM SCHLUSSE DER OKKU- PATIONSÄRA (416). — AUSTRIACUS: DIE ORIENTKRISE UND IHRE VERURSACHUNG DURCH DIE KONSTITUTIONELLEN VERHÄLTNISSE IN ÖSTERREICH (421). — CHRONIK (425).	
SOZIALE ENTWICKLUNG	426
CHRONIK (426).	
MORALISCHE UND RECHTSENTWICKLUNG	428
CARL ONNO, PLETTENBERG i. W.: DIE TODESSTRAFE (428).	
NEUE KÜNSTLERISCHE TENDENZEN	430
H. KLEIN, ALGIER: NEUE ARABISCHE KUNST (430). — CHRONIK (431).	

UMSCHLAG UND AUSSTATTUNG ZEICHNETE
LUCIAN BERNHARD, BERLIN.

MAGISTRATSRAT V. SCHULZ, ERSTER VORSITZENDER DES GEWERBE- UND KAUFMANNSGERICHTS BERLIN: ZUR FRAGE DER GESETZLICHEN REGELUNG DES TARIFVERTRAGES IN DEUTSCHLAND.



Die Tarifverträge sind wie überall so auch in Deutschland entstanden als Folgen der Willkür der Arbeitgeber beim Abschluß von „freien“ Arbeitsverträgen und der durch diese Willkür hervorgerufenen organisierten Selbsthilfe der Arbeiter. Vertreter der Arbeiterberufsvereine oder loserer Gruppen von Arbeitern auf der einen Seite, auf der andern Seite Arbeitgeber, Vertreter derselben oder ihrer Verbände kommen — oft nach heftigen Lohnkämpfen — zusammen, um das Arbeitsverhältnis in den betreffenden Branchen kollektiv zu regeln und um damit vorweg die Beteiligten für den Abschluß der einzelnen Arbeitsverträge festzulegen. Ihren Zwecken entsprechend heißt man diese Kollektivverträge Friedensdokumente oder auch Waffenstillstandsurkunden.

Die Kollektivverträge, welche anfangs fast ausschließlich Tarife über Zeit- und Akkordlöhne enthielten, wurden deshalb Tarifverträge genannt. Es verblieb bei dieser Bezeichnung, obwohl in diesen Verträgen später andere Abreden wie z. B. über Hygiene aufgenommen wurden, manchmal sogar Tarife sich überhaupt nicht vorfanden. Für die Kollektivverträge sind wesentlich alle Arbeitsnormen. Jedenfalls geben die Lohnbestimmungen nicht den Ausschlag, so daß „Tarifvertrag“ und der später von manchen gewählte Ausdruck „Arbeitsar Tarifvertrag“ nicht den Kern treffen. Die Benennung unserer Verträge als „Arbeitsnormenverträge“, wie dies neuerdings geschehen, wäre schon die richtige, das bereits eingebürgerte Wort „Tarifvertrag“ wird sich aber nicht mehr verdrängen lassen. Das Reichsstatistische Amt hat überdies in seiner letzten amtlichen Veröffentlichung (Beiträge zur Arbeiterstatistik Nr. 8) den Ausdruck „Tarifvertrag“ beibehalten. Ebenso wollen auch wir von der hergebrachten Bezeichnung nicht abweichen.

Aus der reichen Menge von Literatur und aus der geradezu üppigen Fülle von Streitfragen über die Tarifverträge — man durchblättere nur die dem XXIX. Deutschen Juristentage über diese Verträge gelieferten Gutachten und die dazu gehörigen Literaturverzeichnisse — soll hier einiges über die gesetzliche Regelung der Tarifverträge mitgeteilt werden.

Die Tarifverträge sind zurzeit obdachlos. In Anbetracht ihrer großen Wichtigkeit hat der Gesetzgeber dafür Sorge zu tragen, daß sie entsprechend ihrer Entstehung Unterkunft und Schutz im Zivilrecht finden. Erst dann wird die Unsicherheit, welche trotz aller Literatur und trotz der Rechtsprechung über das Wesen der Tarifverträge noch heute herrscht, schwinden. Nur ein Beispiel: Im Gegensatz zu der Ansicht, die sich allmählich durchgerungen, daß die Tarifverträge Rechtsverhältnisse erzeugen, kommt ein namhafter Schriftsteller jüngst wieder mit Zweifeln, ob wir es hier „nicht mehr mit sozialen Gebilden als mit eigentlichen Rechtsverhältnissen zu tun haben“.

Wie wir weiter unten sehen werden, wird es sich vorläufig nicht um ein Spezialgesetz über Tarifverträge handeln. Man denkt vielmehr zunächst hauptsächlich an die gesetzliche Beseitigung einiger Hemmnisse, welche dem Gedeihen der Tarifverträge schädlich sind.

Wir besitzen zwar in Deutschland dennoch zwei Gesetzentwürfe. Der ältere ist von Rosenthal (Staatsrechtliche Abhandlungen Zweiter Band

S. 147 ff.), der andere von Wölbling (Soziale Praxis. XVIII. Jahrg. Sp. 166 ff., Gewerbe- und Kaufmannsgericht 14. Jahrgang Sp. 165) ausgearbeitet. Beide Arbeiten sollen aber vornehmlich eine Grundlage für den weiteren Aufbau des Tarifrechts geben. Im Laufe der Abhandlung wird mehrmals auf beide Entwürfe zurückgekommen werden. An dieser Stelle sei auf die eingehende Begründung des Wölblingschen Entwurfes, welche nächstens im Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik erscheinen wird, verwiesen. Bereits 1905 beschäftigte zum ersten Male den Deutschen Reichstag ein Antrag des Zentrums zugunsten der gesetzlichen Regelung der Tarifverträge. In der Session 1907/08 wurden wiederum neue Anträge vom Zentrum und von der nationalliberalen Partei eingebracht, welche Vorlage von Gesetzentwürfen über Tarifverträge verlangten. Sämtliche Anträge fanden im Reichstage eine durchaus günstige Aufnahme. Es erklärte ferner der Staatssekretär des Reichsjustizamtes, bei dessen Etat die beiden letzten Anträge gestellt worden, während der Sitzungen vom 19. und 25. Februar 1908, daß angesichts der mancherlei Schwierigkeiten, welche die jetzige Rechtslage, namentlich auch die Rechtsprechung der Entwicklung des Tarifvertrages entgegenstelle, es dringend erwünscht sei, bald zu einer Regelung zu kommen, und daß es an dahingehenden Bemühungen nicht fehlen werde.

Neuerdings, und zwar in der Reichstagssitzung am 5. Februar 1909, hat Herr von Bethmann-Hollweg zu dem uns beschäftigenden Problem Ausführungen gemacht. Der Staatsminister bemerkte, daß sehr viele Fragen, die von einem Tarifvertragsgesetz gelöst werden müßten, in keiner Weise ausgetragen seien. Wenn man sehe, so äußerte der Regierungsvertreter, wie sich namentlich im letzten Jahre die Tarifverträge in Deutschland ausgebreitet haben, so werde die Behauptung sich nicht gut vertreten lassen, daß es einer zivilrechtlichen Regelung des Tarifvertragswesens absolut und dringlich bedürfe. Die Praxis helfe sich gegenwärtig, ohne daß ein Gesetz erlassen worden wäre. Man müsse befürchten, „daß, wenn wir jetzt mit einem Tarifgesetz eingreifen würden, wir die natürliche und infolgedessen gesunde Entwicklung zu zerstören Gefahr laufen würden“.

In dem schon oben erwähnten amtlichen Werke „Die Weiterbildung des Tarifvertrages im Deutschen Reich“ ist ferner darauf hingewiesen, daß nach der herrschenden Meinung in der Rechtswissenschaft eine Ära so stürmischer Entwicklung des Tarifvertrages, wie wir sie erleben, noch nicht den Beruf zur abschließenden Gesetzgebung habe. Die Vorschläge der Rechtswissenschaft betreffen auch fast durchgängig die Regelung einzelner Punkte. In ähnlicher Richtung bewegten sich die Wünsche der beiden Reichstagsredner, welche die oben genannten Anträge des Zentrums und der nationalliberalen Partei zu begründen hatten. Eine bedeutsame Kundgebung für die gesetzliche Regelung der Tarifverträge ist ferner im Sommer 1908 erfolgt. Der letzte deutsche Juristentag empfiehlt nach Einforderung von vier Gutachten und an der Hand eingehender Berichte:

„1. wiederholt eine Reform des gewerblichen Koalitionsrechtes im Sinne seines früheren Beschlusses (Verhandlungen des XXVII. deutschen Juristentages 4. Bd. 2. Abt. S. 493, 500 a. E., 506 a. E., 548, 671);

2. die Beseitigung der Hindernisse, die nach dem bürgerlichen Rechte dem Erwerbe der Rechtsfähigkeit durch gewerbliche Berufsvereine entgegenstehen;

3. eine gesetzliche Regelung des Rechtes der Tarifverträge, in der

- a) jeder öffentlich-rechtliche Zwang vermieden,
- b) volle Freiheit der Abschließung und Durchführung der Verträge gewahrt,
- c) die Möglichkeit eröffnet wird, Tarifverträge bei den Gewerbegerichten öffentlich zu registrieren,
- d) festgesetzt wird, daß Tarifverträge, welche den vorstehenden Vorschriften entsprechen, unmittelbare Rechtswirkung auf die in ihrem Geltungsbereiche abgeschlossenen Arbeitsverträge haben.“

Der vorstehende Beschluß, welcher ein eingehendes Spezialgesetz für Tarifverträge nicht im Auge hat, enthält die gemeinsamen Thesen der beiden Berichterstatter mit einer Ausnahme. Dieselben hatten nämlich noch vorgeschlagen, eine Frist festzusetzen, „innerhalb welcher Mitglieder beteiligter Berufsvereine durch Erklärung bei der Registerstelle die Tarifvertragsgemeinschaft ablehnen können“. Diese Bestimmung ist vom Juristentage abgelehnt worden. Sie entstammt dem Systeme, welches auch die am Tarifvertragschluß Nichtbeteiligten an die Vertragsgrundsätze binden will. Dieses System wird in Deutschland wohl durchweg verworfen. (Verhandlungen des XXIX. deutschen Juristentages Bd. II S. 291 ff.)

Es ist eine Errungenschaft, daß das Plenum des Juristentages durch seinen einstimmigen Beschluß eine gesetzliche Anerkennung des Tarifvertragswesens befürwortet hat. Hierdurch ist außerdem die Stellung derjenigen Arbeitgeber, die aus Gründen ihres Herrstandpunktes und aus dem entsprechenden Erwägungen heraus die Grundgestalt der neuen Arbeitsverfassung verabscheuen und verwerfen, indirekt geschwächt. Ein weiterer Fortschritt wäre, wenn nach dem Vorschlage des Juristentages durch Gesetz den Parteien es möglich gemacht würde, Tarifverträge bei den Gewerbegerichten eintragen zu lassen. Voraussichtlich werden die Parteien dann mehr wie schon bisher ihre Tarifverträge den Gewerbegerichten zur Aufbewahrung übergeben. Unter Registrierung verstehen die beiden Berichterstatter des Juristentages „nicht bloß Hinterlegung, sondern auch amtliche Bekanntmachung der Tarifverträge, soweit nicht etwa Geheimhaltung nötig und von den Kontrahenten vereinbart worden ist“. Die beiden Gesetzentwürfe von *Rosenthal* und von *Wölbling* sehen ebenfalls Registrierung der Tarifverträge vor. Beide Schriftsteller wollen sogar die Niederlegung zu einer erzwingbaren gestaltet wissen. (Vgl. noch Verhandlungen des XXIX. deutschen Juristentages Bd. II S. 252 und 253; Bd. V S. 37, 38 und 829.)

Welcher Wert der Registrierung beizumessen ist, wird aus der Schilderung des zeitigen gewerbegerichtlichen Verfahrens ersichtlich: Es hat sich ohne eine gesetzliche Vorschrift die Praxis herausgebildet, den Gewerbegerichten Tarifverträge behufs Hinterlegung einzusenden oder in feierlicher Form (Verhandlung, Unterschrift des Vertrages und des Protokolles) zu überreichen. Gewöhnlich wird gleichzeitig in Berlin zur Benutzung bei der Rechtsprechung auch die zuständige Prozeßkammer mit einem Exemplar des Vertrages versehen. Beim Gewerbegericht Berlin ist im übrigen die Prozedur, wenn die Parteien erscheinen, folgende: Nach Überreichung des Tarifvertrages wird der Inhalt desselben zur Verlesung gebracht. Dabei kommen etwaige Undeutlichkeiten und Gesetzwidrigkeiten zur Sprache und Abänderung. Oft stellt sich heraus, daß die Parteien über die Bedeutung einzelner

Bestimmungen nicht klar gewesen sind. Es folgt Streichung und Ergänzung. Manchmal werden die Parteivertreter erst von dem Gewerbegerichtsvorsitzenden darauf aufmerksam gemacht, daß ihr Vertrag Lücken enthält, welche entweder sofort ausgefüllt werden oder erst der Kenntnis ihrer Verbände unterbreitet werden müssen. Die Bevollmächtigten werden in dem letzten Falle zu einem neuen Termine geladen. Man sollte von diesem Geschäftsgange im Interesse der Parteien und der Gewerbegerichte niemals abweichen. Bei einem unlängst vorgekommenen Falle nahm der Vorsitzende in Berlin auf Wunsch der Parteien vom Verlesen des Vertrages Abstand. Nachher ergaben sich aus der Unterlassung Unzuträglichkeiten zu Lasten des Gewerbegerichts.

Es sei bemerkt, daß das Berliner Gewerbegericht sämtliche Tarifverträge — ohne Unterschied, ob sie vor dem Einigungsamt geschlossen oder ob sie eingeschickt bzw. von den Parteien persönlich hinterlegt worden sind — im Reichsarbeitsblatt veröffentlicht. Das bezeichnete amtliche Organ bringt meist auch eingehende aktenmäßige Berichte über die stattgehabten Verhandlungen. Nur hin und wieder erscheinen im Reichsarbeitsblatte Publikationen anderer Gewerbegerichte. Ein Mangel besteht darin, daß häufig Raum fehlt und deswegen die Veröffentlichungen sich verlangsamen. Schleuniger erfolgt natürlich die durch das Gewerbegerichtsgesetz vorgeschriebene Bekanntmachung der vor den Einigungsämtern zustande gekommenen Tarifverträge in den Tageszeitungen. Wenn durch Gesetz die Registrierung der Tarifverträge vorgesehen werden soll, prüft man vielleicht, ob das offenbare Bedürfnis nach einer amtlichen Publikationsstelle für sämtliche Tarifverträge sich erfüllen läßt. Die Registrierung soll freilich nach Inhalt des Beschlusses der Juristen dem freien Willen der Parteien überlassen bleiben. Dies kommt daher, daß der Juristentag — in Übereinstimmung mit vielen Schriftstellern und Praktikern — allgemein dafür ist, bei einer Gesetzgebung über die Tarifverträge von öffentlich-rechtlichem Zwange abzusehen. Ebensowenig dürfte die Reichsregierung durch zwingende Vorschriften in das wirtschaftliche Getriebe der Arbeitgeber und Arbeiter eingreifen. Herr von Bethmann-Hollweg hat in seiner erwähnten Reichstagsrede ausdrücklich betont, daß von einer öffentlich-rechtlichen Regelung der Tarifverträge, wie man sie in Neuseeland und einigen australischen Staaten kennt, nichts zu halten sei. Auch in dem Werke „Die Weiterbildung des Tarifvertrages im Deutschen Reich“ (S. 250) wird es als fraglich bezeichnet, ob der Staat eine Veranlassung habe, gesetzlichen Zwang in der angegebenen Richtung auszuüben und ob es nicht besser sei, die Ausdehnung des Tarifs der Werbekraft seiner eigenen Vorzüge anzuvertrauen. Gegen die Zwangsschiedsgerichte kann übrigens ein treffendes Beispiel aus Neusüdwaales angeführt werden. Vor einigen Jahren hat sich gegen das dortige Schiedsgericht ein starker Bergarbeiterverband aufgelehnt. Der Gerichtshof war von dem Verbandsrat um eine anderweitige Festsetzung des Heuerlohnes ersucht worden. Nach eingehender Prüfung der Geschäftsbücher hatte das Gericht die Herabsetzung der Löhne angeordnet. Die Bergleute fügten sich nicht dem Entscheide, wie das Gesetz befiehlt, und traten in den Ausstand. Auf diese Unbotmäßigkeit sind Geldstrafe und Gefängnis gesetzt. Aber der Arbeiterverein war mittellos und der Staat hatte nicht Gefängnisse genug, um alle Bergleute einzusperren. Ganz so würde es öfters in Deutschland zugehen. Betrachten wir die letzte große Lohnbewegung der Berliner Maurer. Das Einigungsamt fällte einen Schiedsspruch, welchen die Arbeitgeber annahmen,

die Arbeiter dagegen mit großer Mehrheit ablehnten. Dem Gewerbegerichtsvorsitzenden gelang es zwar, die Bauarbeiter zu einer nochmaligen Abstimmung zu bewegen. Es kam aber zu keinem andern Ergebnis, obwohl die Führer der Arbeiter sich um die Erhaltung des Friedens eifrigst bemühten. Man kann mit Sicherheit annehmen, daß die Arbeiter bei ihrer damaligen Erregung sich selbst einem Zwangsschiedsspruch nicht gefügt haben würden.

Der Vorschlag des Juristentages, jeden öffentlich-rechtlichen Zwang zu vermeiden, steht der Vereinbarung von Schiedsgerichten für Tarifsachen nicht entgegen, ebenso wenig wie etwa Wölbling in seinem Entwurf solche vertraglichen Schiedsgerichte verbieten will. Meist wird es sich hier um die von den Parteien in den Tarifverträgen eingesetzten „Schlichtungskommissionen“ (Tarifausschüsse, Tarifkommissionen, Tarifüberwachungskommissionen usw.) handeln, mit denen und ihrer gesetzlichen Regelung der letzte Verbandstag der deutschen Gewerbe- und Kaufmannsgerichte sich beschäftigt hat. Den Kommissionen überträgt man neben ihren sonstigen Pflichten (Auslegung, Ausbreitung und Durchführung, Verbesserung und Fortbildung der Tarifverträge) Entscheidungen entweder gemäß § 72 des Gewerbegerichtsgesetzes oder gemäß §§ 1025 ff. der Zivilprozeßordnung. Die Einrichtung dieser Organe der Tarifgemeinschaft beruht bisher auf freier Entschließung der Parteien. Es sollte in Zukunft so bleiben. Der Gesetzgeber wird nur die Aufgabe haben, die Befugnisse der Kommissionen klarzustellen und zu umgrenzen. Zwangseinrichtungen, wie solche die Schiedsgerichte für die Vertragsparteien und ihre Mitglieder unter sich sind, hat man auch gegen Außenseiter gefunden und erprobt. Derartige Maßregeln bestehen darin, daß die Arbeitgeber einzelner Gewerbe jeden Arbeiter, der Beschäftigung sucht — gleichgültig, ob er einer tariftreuen Organisation angehört oder nicht — nur annehmen, wenn er sich schriftlich auf die in den Gewerben bestehenden Tarifverträge verpflichtet. Umgekehrt nötigen die tariftreuen Arbeiter die außenstehenden Arbeitgeber in die Tarifgemeinschaft dadurch hinein, daß sie nicht eher bei diesen in Arbeit treten, bis sie gleichfalls schriftlich den Tarifverträgen sich angeschlossen haben.

Solche Mittel zur Verbreitung der Tarifverträge können freilich nur mitgliederstarke Organisationen der Arbeitgeber und Arbeiter in Anwendung bringen. Es ist der „ausschließliche Tarifgemeinschaftsverkehr“, welcher von den beiderseitigen Vereinen und ihren Mitgliedern angestrebt wird. Einseitiger zeigt sich der „ausschließliche Verbandsverkehr“, welchen manche Vertragsparteien in dem Tarifvertrage festsetzen, um alle diejenigen, welche nicht Vereinsmitglieder sind und nicht werden, von den Rechten und Pflichten aus dem Tarifvertrage auszuschließen. (Siehe v. Schulz, Gutachten Bd. II der Verhandlungen des XXIX. deutschen Juristentages S. 229ff.) Die Gegner dieses Zwanges rufen den Gesetzgeber um Hilfe. Sie rügen unter anderem, daß durch den ausschließlichen Verbandsverkehr nicht organisierte Arbeitgeber und Arbeiter von einem wesentlichen Teil des Arbeitsmarktes zunächst ganz abgesperrt werden. Durchaus richtig. Dennoch wird man anerkennen müssen, daß eine wirkliche Garantie für den Frieden im Gewerbe allein durch die Organisationen geboten werden kann. An der „vollen Freiheit der Abschließung und Durchführung der Verträge“, wie sie der deutsche Juristentag im Auge hat, darf jedoch, selbst soweit der „Verbandsverkehr“ in Betracht kommt, nicht gerüttelt werden. Die Entwicklung des Tarifvertragswesens ist noch nicht genügend erfolgt, daß die Gesetzgebung für die eine oder die andere Richtung sich zu entscheiden in der Lage wäre. Ein

gleiches kann behauptet werden rücksichtlich der Frage der „unmittelbaren Rechtswirkung“ der Tarifverträge auf die in ihrem Geltungsbereiche abgeschlossenen Arbeitsverträge. (Siehe oben Beschluß des Juristentages.) Die Reichsregierung wird sich zu dem Schritt, die „Unabdingbarkeit“ der Tarifverträge auszusprechen, vorläufig kaum bereit finden. Man hat dies zu folgern aus der Reichstagsrede des Herrn von Bethmann-Hollweg vom 5. Februar 1909. Zur Begründung der Abneigung der Reichsregierung berief sich der Staatssekretär auf Österreich und die Niederlande. Er bemerkte: „Da ist in den Niederlanden durch ein Gesetz vom 13. Juli 1907 eine Bestimmung erlassen worden, wonach die Tarifverträge zwischen Organisationen durch private Arbeitsverträge nicht abgedungen werden können. Genau den entgegengesetzten Weg ist Österreich gegangen in seiner Novelle zur Gewerbeordnung vom 5. Februar 1907. Dort ist die Abdingbarkeit der Verträge ausgesprochen worden. Sie sehen, in diesen beiden Ländern ist man sich über eine Grundfrage der ganzen gesetzlichen Regelung nicht einig.“ Gleiche Uneinigkeit herrscht in der Literatur. (Vgl. v. Schulz, Gutachten usw. S. 267 ff.) Dasselbe Bild bieten die Verhandlungen des Juristentages. Wenn wir endlich unsere beiden privaten Gesetzentwürfe uns ansehen, so finden wir bei Rosenthal die Unabdingbarkeit vorgeschrieben. Bei Wölbling fehlt eine solche Bestimmung. Überdies führten nicht mit Unrecht einzelne Redner des letzten deutschen Juristentages aus, daß die Unabdingbarkeit keineswegs von so hervorragender Bedeutung für das Tarifvertragswesen wäre, um nicht entbehrt werden zu können. (Vgl. dazu namentlich Wölbling, Akkord- und Tarifvertrag S. 405; Beiträge zur Arbeiterstatistik Nr. 8 S. 241; die oben gedachte Begründung des Wölblingschen Gesetzentwurfes im Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik.)

Die Unabdingbarkeit ist ferner kein Hindernis zum Abschluß tarifwidriger Arbeitsverträge. Selbst wenn nach der Lehre von der Unabdingbarkeit die tarifwidrigen Abkommen unmittelbar durch tarifgemäße ersetzt werden, so ist damit den Arbeitern, welchen man zumeist nützen will, nicht ohne weiteres geholfen. Gewöhnlich werden sie immer erst noch bei dem Gewerbegericht klagbar werden müssen, um zu ihrem Rechte zu kommen. Bekannt ist endlich, daß die Annahme der Unabdingbarkeit Verstöße gegen Treu und Glauben zur Folge hat. (Siehe v. Schulz, Gutachten usw. S. 266 Anm. 168; Geßler, Verhandlungen des XXIX. deutschen Juristentages 5. Bd. S. 81.)

Der einzelne Arbeitsvertrag erscheint sonach als Stütze des Tarifvertrages wenig geeignet. Es ist daher Pflicht der Verbände, welche den Tarifvertrag schlossen, ihn weitmöglichst zu schützen. Manchmal ist es nach dieser Richtung hin aber nicht zum besten bestellt. Wir hören, wie einzelne Arbeitgeberverbände den Arbeitern und ihren Organisationen vorwerfen, daß sie nicht Tariftreue halten und daß sie bei günstiger Gelegenheit trotz der getroffenen Abmachungen vorteilhaftere Bedingungen, als der Tarifvertrag gewährt, zu erstreben suchen. Im allgemeinen sind diese Angaben freilich übertrieben. Solche von den Arbeitgebern behauptete Fälle sind immerhin vorgekommen. Gerechterweise wird man hinzusetzen müssen, daß Arbeitgeberverbände und deren Mitglieder sich ähnliche Tarifbrüche haben zuschulden kommen lassen. Alsdann haben wir es erlebt, daß bei niedergehender Konjunktur Scharen von Arbeitern eines Gewerbes, für welches ein Tarifvertrag bestand, sich zu niedrigeren als den in dem Tarif-

verträge vorgesehenen Löhnen den Arbeitgebern anboten und beschäftigt wurden. Die beiderseitigen Organisationen hatten sich dennoch zu einer Änderung der Löhne im Tarifvertrage nicht zusammengefunden. Man hätte abzuwarten, ob derartige bisher seltene Fälle sich vermehren. Hiernach wäre zu überlegen, ob die Parteien durch gesetzlich bestehende Unabdingbarkeit und ihre Folgen nicht dazu geführt werden könnten, sich zu verpflichten, je nach der sinkenden oder steigenden Konjunktur im Tarifvertrage die Löhne herabzusetzen oder zu erhöhen.

Zweifellos wichtiger wie gesetzliche Bestimmungen über die Unabdingbarkeit der Tarifverträge und dringender ist ein Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Der Entwurf eines Gesetzes betreffend gewerbliche Berufsvereine (siehe darüber v. S c h u l z im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik Bd. VI; Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik Bd. XXIV S. 64 ff.), gegen welchen der Reichstag eine abweisende Haltung eingenommen hat, ist nicht wieder eingebracht. Obwohl der Juristentag „die Beseitigung der Hindernisse, die nach dem bürgerlichen Rechte dem Erwerbe der Rechtsfähigkeit durch gewerbliche Berufsvereine entgegenstehen“, als Forderung aufgestellt hat, scheint die Gewährung der Rechtsfähigkeit durch den Gesetzgeber nicht in naher Aussicht zu sein. Andernfalls hätte der Staatssekretär des Reichsamts des Innern in seiner Reichstagsrede vom 5. Februar 1909 auf die Frage sich eingelassen. Er begnügte sich, zu bemerken, daß seiner Ansicht nach „ein mangelndes Gesetz nach dieser Beziehung hin gegenwärtig Schaden“ nicht stiften werde.

Wenn wir also vorläufig hier auf Besserung der Verhältnisse verzichten müssen, ist man regierungsseitig dagegen nicht abgeneigt, bei einer Ergänzung der Koalitionsvorschriften mitzuwirken. Viele verlangen überhaupt Ausmerzung der §§ 152 und 153 aus der Gewerbeordnung. Der deutsche Juristentag hält nur die Aufhebung der Koalitionsbeschränkungen der §§ 152 und 153 für geboten und hat dies auch August vorigen Jahres zugunsten der Tarifverträge für notwendig erklärt. Die Paragraphen lauten:

„§ 152. Alle Verbote und Strafbestimmungen gegen Gewerbetreibende, gewerbliche Gehilfen, Gesellen oder Fabrikarbeiter wegen Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter werden aufgehoben.

Jedem Teilnehmer steht der Rücktritt von solchen Vereinigungen und Verabredungen frei, und es findet aus letzteren weder Klage noch Einrede statt.

§ 153. Wer andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Ehrverletzung oder durch Verrufserklärung bestimmt oder zu bestimmen versucht, an solchen Verabredungen (§ 152) teilzunehmen, oder ihnen Folge zu leisten oder andere durch gleiche Mittel hindert oder zu hindern versucht, von solchen Verabredungen zurückzutreten, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft, sofern nach dem allgemeinen Strafgesetze nicht eine härtere Strafe eintritt.“

So angemessen es wäre, diese Ausnahmenvorschriften aus der Welt zu schaffen, so wenig wird dies augenblicklich gelingen. Die Opposition würde zu stark sein. Wahrscheinlich dürfte es sich sogar nicht einmal ermöglichen lassen, alle Bestimmungen, welche den Tarifverträgen gefährlich werden können, für diese Verträge unschädlich zu machen. Offensichtlich unter Berücksichtigung der Sachlage ist von dem Abgeordneten Dr. Hitze in der Gewerbeordnungskommission zu § 152 Abs. 2 ein Antrag gestellt worden,

gleiches kann behauptet werden rücksichtlich der Frage der „unmittelbaren Rechtswirkung“ der Tarifverträge auf die in ihrem Geltungsbereiche abgeschlossenen Arbeitsverträge. (Siehe oben Beschluß des Juristentages.) Die Reichsregierung wird sich zu dem Schritt, die „Unabdingbarkeit“ der Tarifverträge auszusprechen, vorläufig kaum bereit finden. Man hat dies zu folgern aus der Reichstagsrede des Herrn von Bethmann-Hollweg vom 5. Februar 1909. Zur Begründung der Abneigung der Reichsregierung berief sich der Staatssekretär auf Österreich und die Niederlande. Er bemerkte: „Da ist in den Niederlanden durch ein Gesetz vom 13. Juli 1907 eine Bestimmung erlassen worden, wonach die Tarifverträge zwischen Organisationen durch private Arbeitsverträge nicht abgedungen werden können. Genau den entgegengesetzten Weg ist Österreich gegangen in seiner Novelle zur Gewerbeordnung vom 5. Februar 1907. Dort ist die Abdingbarkeit der Verträge ausgesprochen worden. Sie sehen, in diesen beiden Ländern ist man sich über eine Grundfrage der ganzen gesetzlichen Regelung nicht einig.“ Gleiche Uneinigkeit herrscht in der Literatur. (Vgl. v. Schulz, Gutachten usw. S. 267 ff.) Dasselbe Bild bieten die Verhandlungen des Juristentages. Wenn wir endlich unsere beiden privaten Gesetzentwürfe uns ansehen, so finden wir bei Rosenthal die Unabdingbarkeit vorgeschrieben. Bei Wölbling fehlt eine solche Bestimmung. Überdies führten nicht mit Unrecht einzelne Redner des letzten deutschen Juristentages aus, daß die Unabdingbarkeit keineswegs von so hervorragender Bedeutung für das Tarifvertragswesen wäre, um nicht entbehrt werden zu können. (Vgl. dazu namentlich Wölbling, Akkord- und Tarifvertrag S. 405; Beiträge zur Arbeiterstatistik Nr. 8 S. 241; die oben gedachte Begründung des Wölblingschen Gesetzentwurfes im Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik.)

Die Unabdingbarkeit ist ferner kein Hindernis zum Abschluß tarifwidriger Arbeitsverträge. Selbst wenn nach der Lehre von der Unabdingbarkeit die tarifwidrigen Abkommen unmittelbar durch tarifgemäße ersetzt werden, so ist damit den Arbeitern, welchen man zumeist nützen will, nicht ohne weiteres geholfen. Gewöhnlich werden sie immer erst noch bei dem Gewerbegericht klagbar werden müssen, um zu ihrem Rechte zu kommen. Bekannt ist endlich, daß die Annahme der Unabdingbarkeit Verstöße gegen Treu und Glauben zur Folge hat. (Siehe v. Schulz, Gutachten usw. S. 266 Anm. 168; Geßler, Verhandlungen des XXIX. deutschen Juristentages 5. Bd. S. 81.)

Der einzelne Arbeitsvertrag erscheint sonach als Stütze des Tarifvertrages wenig geeignet. Es ist daher Pflicht der Verbände, welche den Tarifvertrag schlossen, ihn weitmöglichst zu schützen. Manchmal ist es nach dieser Richtung hin aber nicht zum besten bestellt. Wir hören, wie einzelne Arbeitgeberverbände den Arbeitern und ihren Organisationen vorwerfen, daß sie nicht Tariftreue halten und daß sie bei günstiger Gelegenheit trotz der getroffenen Abmachungen vorteilhaftere Bedingungen, als der Tarifvertrag gewährt, zu erstreben suchen. Im allgemeinen sind diese Angaben freilich übertrieben. Solche von den Arbeitgebern behauptete Fälle sind immerhin vorgekommen. Gerechterweise wird man hinzusetzen müssen, daß Arbeitgeberverbände und deren Mitglieder sich ähnliche Tarifbrüche haben zuschulden kommen lassen. Alsdann haben wir es erlebt, daß bei niedergehender Konjunktur Scharen von Arbeitern eines Gewerbes, für welches ein Tarifvertrag bestand, sich zu niedrigeren als den in dem Tarif-

verträge vorgesehenen Löhnen den Arbeitgebern anboten und beschäftigt wurden. Die beiderseitigen Organisationen hatten sich dennoch zu einer Änderung der Löhne im Tarifvertrage nicht zusammengefunden. Man hätte abzuwarten, ob derartige bisher seltene Fälle sich vermehren. Hiernach wäre zu überlegen, ob die Parteien durch gesetzlich bestehende Unabdingbarkeit und ihre Folgen nicht dazu geführt werden könnten, sich zu verpflichten, je nach der sinkenden oder steigenden Konjunktur im Tarifvertrage die Löhne herabzusetzen oder zu erhöhen.

Zweifellos wichtiger wie gesetzliche Bestimmungen über die Unabdingbarkeit der Tarifverträge und dringender ist ein Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Der Entwurf eines Gesetzes betreffend gewerbliche Berufsvereine (siehe darüber v. S c h u l z im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik Bd. VI; Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik Bd. XXIV S. 64 ff.), gegen welchen der Reichstag eine abweisende Haltung eingenommen hat, ist nicht wieder eingebracht. Obwohl der Juristentag „die Beseitigung der Hindernisse, die nach dem bürgerlichen Rechte dem Erwerbe der Rechtsfähigkeit durch gewerbliche Berufsvereine entgegenstehen“, als Forderung aufgestellt hat, scheint die Gewährung der Rechtsfähigkeit durch den Gesetzgeber nicht in naher Aussicht zu sein. Andernfalls hätte der Staatssekretär des Reichsamts des Innern in seiner Reichstagsrede vom 5. Februar 1909 auf die Frage sich eingelassen. Er begnügte sich, zu bemerken, daß seiner Ansicht nach „ein mangelndes Gesetz nach dieser Beziehung hin gegenwärtig Schaden“ nicht stiften werde.

Wenn wir also vorläufig hier auf Besserung der Verhältnisse verzichten müssen, ist man regierungsseitig dagegen nicht abgeneigt, bei einer Ergänzung der Koalitionsvorschriften mitzuwirken. Viele verlangen überhaupt Ausmerzung der §§ 152 und 153 aus der Gewerbeordnung. Der deutsche Juristentag hält nur die Aufhebung der Koalitionsbeschränkungen der §§ 152 und 153 für geboten und hat dies auch August vorigen Jahres zugunsten der Tarifverträge für notwendig erklärt. Die Paragraphen lauten:

„§ 152. Alle Verbote und Strafbestimmungen gegen Gewerbetreibende, gewerbliche Gehilfen, Gesellen oder Fabrikarbeiter wegen Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter werden aufgehoben.

Jedem Teilnehmer steht der Rücktritt von solchen Vereinigungen und Verabredungen frei, und es findet aus letzteren weder Klage noch Einrede statt.

§ 153. Wer andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Ehrverletzung oder durch Verrufserklärung bestimmt oder zu bestimmen versucht, an solchen Verabredungen (§ 152) teilzunehmen, oder ihnen Folge zu leisten oder andere durch gleiche Mittel hindert oder zu hindern versucht, von solchen Verabredungen zurückzutreten, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft, sofern nach dem allgemeinen Strafgesetze nicht eine härtere Strafe eintritt.“

So angemessen es wäre, diese Ausnahmenvorschriften aus der Welt zu schaffen, so wenig wird dies augenblicklich gelingen. Die Opposition würde zu stark sein. Wahrscheinlich dürfte es sich sogar nicht einmal ermöglichen lassen, alle Bestimmungen, welche den Tarifverträgen gefährlich werden können, für diese Verträge unschädlich zu machen. Offensichtlich unter Berücksichtigung der Sachlage ist von dem Abgeordneten Dr. Hitze in der Gewerbeordnungskommission zu § 152 Abs. 2 ein Antrag gestellt worden,

der dem genannten Paragraphen einen dritten Absatz hinzufügen will mit folgendem Wortlaut:

„Durch die Bestimmungen des Abs. 2 werden nicht berührt Vereinbarungen zwischen Gewerbetreibenden und gewerblichen Arbeitern über die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in bestimmten Gewerben (Tarifverträge).“

Herr v. Bethmann-Hollweg hat im Reichstage diesen Antrag zur Sprache gebracht und auf die Entscheidung des Reichsgerichts, welche die Tarifverträge als Koalitionen bezeichnete (siehe dazu v. Schulz, Gutachten usw. S. 281 und Anmerkung), hingewiesen. Er hat ferner ausgeführt, daß eine Arbeitgeber- oder eine Arbeitervereinigung gegenwärtig nicht in der Lage sei, ihre eigenen Mitglieder auf Grund der diesen Vereinen gegenüber eingegangenen Verpflichtungen im Rechtswege zur Befolgung des Tarifvertrages anzuhalten oder für den Vertragsbruch haftbar zu machen. Darin liege, das gab der Vertreter der Reichsregierung zu, ein Hindernis. Nach einer Äußerung des Redners steht er „der Tendenz des Antrages durchaus nicht unsympathisch“ gegenüber.

Der durch den Hitzeschen Antrag vorgeschlagene Zusatz zum § 152 wird nur den Schadensforderungen der Organisationen gegen ihre austretenden Mitglieder gerecht. Den Gerichten steht es weiterhin frei, die Tarifverträge als Koalitionen zu betrachten. Hat doch nach der überwiegend als unzutreffend anerkannten Reichsgerichtsentscheidung vom 10. April 1903 ein anderer Senat dieses Gerichts — allerdings nicht so schroff — dem Gegner im Lohnkampfe den Schutz des § 153 zugebilligt und entschieden, daß Tarifverträge unter §§ 152 und 153 subsumiert werden können (Entscheidung vom 17. Juni 1907). Die bösen Folgen derartiger Urteile (Streiks usw.) beabsichtigt der Entwurf eines Antrages des Gewerbegerichts Berlin an die gesetzgebenden Körperschaften (v. Schulz, Gutachten usw. S. 336 ff.) zu vermeiden. Es ist dort gesagt: „Die gesetzgebenden Körperschaften des Reiches wollen beschließen, den Titel VII Abschnitt 1 der Gewerbeordnung dahin zu ergänzen, daß auf Tarifgemeinschaften zwischen gewerblichen Unternehmern und Arbeitern § 152 und § 153 der Gewerbeordnung keine Anwendung finden.“ Dieser Vorschlag läßt die beiden Koalitionsparagraphen vollinhaltlich ruhig weiter bestehen, würde dessenungeachtet als Gesetz den Berufsvereinen für die Begründung und Festigung der Tarifverträge die wünschenswerte Bewegungsfreiheit einräumen.

Die Hoffnung, daß der mehrfach erwähnte Antrag des Herrn Dr. Hitze im Sinne des soeben mitgeteilten Entwurfes erweitert werde, ist eine sehr geringe.

Alles in allem wollen wir zufrieden sein, wenn der Antrag des Abgeordneten Hitze Gesetz wird und vielleicht außerdem gesetzliche Vorschriften erlassen werden, daß Tarifverträge bei den Gewerbegerichten öffentlich registriert werden können. Schon dieses Wenige bedeutete einen Gewinn, da die Tarifverträge damit ihre gesetzliche Anerkennung als Verträge empfangen würden. Gar so lange wird ein Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine nicht ausbleiben. Demselben folgt dann hoffentlich bald ein eingehendes Gesetz über die Tarifverträge.

Zum Schluß noch eines. Bisher hat den Gewerbegerichten die Pflege des Tarifvertragswesens obgelegen. Diese Gerichte werden nach dem Entwurfe eines Arbeitskammergesetzes, der dem Reichstage jetzt vorliegt, Kon-

kurrenten in den Arbeitskammern erhalten. Es mag an dieser Stelle darauf hingedeutet werden, daß es ein Fehler wäre, wenn die Arbeitskammern den Gewerbegerichten nebengesetzt würden. Nur eine Behörde — entweder die Arbeitskammer oder das Gewerbegericht — kann zum Nutzen der Tarifverträge tätig sein (siehe Näheres Gewerbe- und Kaufmannsgericht 14. Jahrg. Sp. 236).



DR. JULIUS DEUTSCH, WIEN: ZUR ARBEITSLOSENFÜRSORGE IN DEUTSCHLAND.

DIE Krise, die über unser Wirtschaftsleben hereingebrochen ist macht notwendigerweise das Problem der Arbeitslosenfürsorge zu einer der aktuellsten Fragen der Sozialpolitik. Ohne ein persönliches Verschulden, nur als eine Folge des vor kurzem eingetretenen wirtschaftlichen Umschlages, sind tausende, hunderttausende Arbeiter arbeitslos geworden. Was geschieht, so fragen wir, um den Notleidenden zu helfen, was soll geschehen und was kann geschehen?

Die Hilfe, die den Arbeitslosen gebracht wird, ist ebenso sehr gering, als die Maßnahmen, die zur Vorbeugung der Arbeitslosigkeit getroffen werden, ungenügend sind. Wenn wir von dem kleinen Dänemark absehen, ist noch kein Staat über das Stadium des „Erwägens“, der „Beratungen“ der Reformprojekte hinauskommen. England gewährt wohl seinen Lokalbehörden ansehnliche Kredite zur Ausführung öffentlicher Arbeiten, bei denen Arbeitslose beschäftigt werden sollen, aber man weiß ja heute, daß derartige Notstandsarbeiten nie genügen, der Arbeitslosigkeit — insbesondere der der qualifizierten Arbeiter — wirksam Abbruch zu tun. Die Art der ausführbaren Arbeiten ist zu wenig variabel, als daß die an ganz andere Arbeiten gewöhnten Arbeiter in größerer Zahl dabei mittun könnten.

In Deutschland wird die Frage der Arbeitslosenfürsorge seit langer Zeit gründlich beraten; Gelehrte, Politiker, Regierungsmänner befassen sich mit diesem Problem. Und das vorläufige Resultat? Der Staat läßt die Arbeitslosen — zählen. Nun ist die Arbeitslosenzählung gewiß eine wichtige Sache, aber man könnte doch wohl schon einen Schritt weiter gehen und endlich einmal mit praktischen Hilfsmaßnahmen — und seien sie vorläufig auch sehr bescheidener Art — beginnen.

Die Gemeinden sind im allgemeinen in der Arbeitslosenfürsorge rühriger als die Staaten, sie können das ja auch eher sein, weil sie sich in ihren Maßnahmen leichter und besser an die wohlgekannten lokalen Verhältnisse anpassen können. In Deutschland und Österreich hält man wohl auch in der Gemeindepolitik noch mehr von der Einsetzung von Spezialkommissionen, als von praktischem Tun; anderwärts machen sich indes doch bereits praktische Ansätze bemerkbar.

Die Maßnahmen der Gemeinden gegen die Arbeitslosigkeit sind nicht einheitlich. Wir können — abgesehen von den Einrichtungen für den Arbeitsnachweis — insbesondere zwei Arten ihres Eingreifens unterscheiden. Die einen unterstützen die von den Arbeitern selbst

geschaffenen Versicherungsinstitute, die anderen schaffen eigene kommunale Unterstützungskassen für Arbeitslose. Das erstere System ist unter dem Namen Genter-System (es kam zum erstenmal im Jahre 1901 in Gent zur Anwendung) bekannt. Es wird den Arbeiterfachvereinen, die ihren Mitgliedern eine Arbeitslosenunterstützung verabfolgen, ein Gemeindegeldzuschuß zu den auszahlenden Taggeldern gewährt. Dieses System fand in Belgien, Frankreich, Holland, Dänemark Verbreitung und drang auch nach der Schweiz, Italien und Deutschland. — Das zweitgenannte System, das der kommunalen Unterstützungskassen, haben insbesondere einige Schweizer Städte ausgebaut. Wir finden dort freiwillige Versicherungskassen gegen Arbeitslosigkeit, die, wie in Bern, die nötigen Mittel durch die Beiträge der freiwilligen Mitglieder — Arbeiter wie Unternehmer — und einen Gemeindegeldzuschuß aufzubringen bemüht sind. — Eine Zwangsversicherungskasse bestand vom 1. Juli 1895 bis 30. Juni 1897 in St. Gallen. Alle Arbeiter, die nicht mehr als fünf Franks Taglohn hatten, unterlagen der Versicherungspflicht. Verwaltungsschwierigkeiten führten leider zur Auflösung dieser Kasse. — Schließlich kennen wir reine Unterstützungskassen, die ohne Versicherungspflicht arbeitslosen Arbeitern Unterstützungen zukommen lassen. Dieses System gliedert sich also der Armenpflege an; es wurde in Zürich durchgeführt.

Die Arbeitslosenunterstützung gelangt in Zürich nur in den Wintermonaten zur Auszahlung. Die Leitung des Instituts ist einer vom Stadtrat gewählten Arbeitslosenkommision anvertraut, die bestellt wird aus Vertretern des städtischen Gesundheitswesens, der bürgerlichen sowie der freiwilligen Armenpflege, der Arbeiterunion, des Gewerbeverbandes, des Arbeiterinnenvereins und des schweizerischen gemeinnützigen Frauenvereins. Unterstützungsberechtigt sind Schweizer Bürger, die dreiviertel Jahr, und Ausländer, die ein Jahr in Zürich wohnen. In der Regel werden nur Verheiratete unterstützt. Die Ausgaben der Stadt für Arbeitslosenunterstützung — ohne Verwaltungskosten — beliefen sich von der Unterstützungsperiode 1900/01 bis inklusive 1907/08 auf 250 080 Fr. Unterstützt wurden einschließlich der Angehörigen der Arbeitslosen 15 602 Personen. Diese Unterstützungseinrichtung hat indes nicht befriedigt, es haftet ihr zu sehr ein Almosencharakter an; nun soll auch in Zürich an ihre Stelle eine Arbeitslosenversicherung treten.

Weit mehr als Staat und Gemeinde leisteten bisher die Gewerkschaften an Arbeitslosenunterstützung. In den Industrieländern, in denen die Gewerkschaftsbewegung bereits eine gewisse Höhe erreicht hat, werden jährlich sehr beträchtliche Summen als Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt. Und diese Summen werden von Jahr zu Jahr größer. Im Jahre 1901 gab es unter den freien deutschen Gewerkschaften 22, die ihren Mitgliedern eine Arbeitslosenunterstützung gewährten. Die Zahl der Mitglieder, die diese Unterstützung in Anspruch nahmen, betrug 230 269, die zur Auszahlung gelangte Summe 1 238 197 Mark. Im Jahre 1907 war die Zahl der Arbeitslosenunterstützung gewährenden Verbände auf 43 gestiegen, 1 389 906 Mitglieder bezogen eine solche Unterstützung; die zur Auszahlung gelangte Gesamtsumme betrug 6 527 577 Mark. In Österreich bemerken wir eine in ähnlichem Tempo sich erhöhende Leistungsfähigkeit der Arbeitslosenunterstützung gewährenden Gewerkschaften. Im Jahre 1901

betrug die Gesamtsumme der ausbezahlten Unterstützungen 375615.39 Kronen, im Jahre 1907 1 147 534.60 Kronen.

So erfreulich diese Entwicklung ist, darf sie uns doch nicht vergessen lassen, daß die Gewerkschaften vorläufig nur einen Bruchteil der Gesamtarbeiterschaft gegen Arbeitslosigkeit versichern. Trotz des in den letzten Jahren erfolgten Aufschwunges steht die Mehrheit der Arbeiterschaft noch außerhalb der gewerkschaftlichen Organisationen. Diese Mehrheit vor der Arbeitslosigkeit zu bewahren oder zumindest ihr das Ertragen der Arbeitslosigkeit zu erleichtern, das ist das Problem.

Die Sozialisten haben seit Fourier, Considerant und Louis Blanc die Ansicht vertreten, daß der Staat als Vertreter der Gesamtheit verpflichtet sei, seinen Bürgern das Recht auf Arbeit zu gewährleisten. Ein be-
zwingender Gedanke. Die Gesamtheit hört auf, Almosenspenderin zu sein, der unbemittelte Bürger wirft das Bettlerkleid von sich. Die Gesellschaft erfüllt nur ihre Pflicht, wenn sie ihren Angehörigen Arbeit gibt, Arbeit um leben zu können. Diesem gesellschaftlichen Zustand wäre natürlich eine Arbeitslosigkeit fremd.

Das Recht auf Arbeit ist in der bestehenden, auf dem Privateigentum beruhenden Gesellschaft nicht möglich. Um das Recht auf Arbeit gewährleisten zu können, müßte die Gesamtheit in weit höherem Maße als dies heute der Fall ist, Produzent werden. Dem Rechte auf Arbeit müßte, wie Philippovich (Grundriß der politischen Ökonomie, III. Band) treffend bemerkt, die Pflicht des Staates entsprechen, für Arbeitsgelegenheit zu sorgen, und die Erfüllung dieser Pflicht — mag es sich um einfache oder berufsentsprechende Arbeit handeln — zwingt den Staat, die Verfügung über die Produktionsmittel und die Verteilung der Arbeitskräfte selbst vorzunehmen. Das Recht auf Arbeit setzt eine bereits sehr weit fortgeschrittene Vergesellschaftung der Produktion voraus.

Es ist ohne weiteres klar, daß man nicht untätig warten kann, bis ein derartiger gesellschaftlicher Zustand eingetreten ist. Den Arbeitslosen, die heute Not leiden, kann nicht zugemutet werden, daß sie auf die Hilfe warten, die ihnen eine noch in ferner Zukunft schwebende Gesellschaftsordnung bringt. Was kann also, so fragen wir, heute schon geschehen?

Der moderne Staat kann, so fanden wir, vorerst nicht das Recht auf Arbeit verwirklichen. Es ist uns aber geläufig, vom Staate einen Schutz für seine Bürger, die unverschuldet in Not geraten sind, zu beanspruchen. Der moderne Staat kann sich denn auch nicht entziehen, dem Schutze der Bürger seine Kräfte zu widmen. Das ist seine Pflicht, dem ein Anspruch, ein Recht der Bürger gegenübersteht. Die ganze neuzeitliche Arbeiterschutzgesetzgebung fußt auf dem Grundsatz des Bürgerschutzes. Pflicht des Staates ist es auch, die Arbeiter vor den traurigen Folgen der Arbeitslosigkeit möglichst zu schützen, da er die Arbeitslosigkeit selbst nicht beseitigen kann.

Der vernünftigste Weg, um den Arbeitern die Folgen der Arbeitslosigkeit leichter tragen zu helfen, wäre wohl der, an die bereits bestehenden Institutionen, die in dieser Richtung tätig sind, anzuknüpfen. Am meisten leisten die Gewerkschaften, deren Einrichtungen zur Arbeitslosenunterstützung demnach zweckentsprechend ausgebaut werden sollen. Der Staat wird das aber in absehbarer Zeit nicht tun, weil die herrschenden Parteien den freien Gewerkschaften feindlich gegenüberstehen. Den Gewerkschaften Zuschüsse zu gewähren, damit diese die Arbeitslosenunterstützung auf breiterer

Basis fortführen können, erschiene von diesem Standpunkte aus als eine Unterstützung des „Feindes“, dessen Einflußsphäre man erweiterte.

So bedauerlich dieser Standpunkt ist, muß man doch mit ihm rechnen. Wie wäre es nun, wenn man es mit einem Mittelweg versuchte, der beiden Teilen einigermaßen entgegenkommt? Eine berufliche Zwangsversicherung ist notwendig, das ist hüben und drüben anerkannt. Vielleicht läßt sich auch mit einigem Entgegenkommen eine Basis finden, auf der sie sich erheben kann. Die herrschenden Kreise wollen keine staatliche Unterstützung der Gewerkschaften. Darüber würden sich die Arbeiter wohl hinwegsetzen, wenn sich die Regierenden ehrlich dazu entschlossen, einer, ähnlich der Krankenversicherung, auf Selbstverwaltung der Arbeiter aufgebauten Arbeitslosenversicherung zuzustimmen. Eine solche Versicherung böte etwa folgendes Bild: Die berufliche Zwangsversicherung erstreckt sich über die gewerbliche Arbeiterschaft des ganzen Reiches. Die nötigen Mittel werden durch Beiträge aufgebracht, zu denen die Arbeiter $\frac{2}{3}$, die Unternehmer $\frac{1}{3}$ leisten. Der Staat gewährt entsprechende Barzuschüsse. Jeder Beruf besitzt seine eigene Kasse. Der Vorstand dieser Kassen setzt sich aus $\frac{2}{3}$ Arbeiter- und $\frac{1}{3}$ Unternehmervvertretern zusammen. Dem Staate steht ein Aufsichts- und Kontrollrecht zu. Wenn sich $\frac{2}{3}$ der Berufsgenossen (Arbeiter) dafür entscheiden, kann die Arbeitslosenunterstützungskasse der Gewerkschaft als das Zwangsversicherungsinstitut angenommen werden.

Im Detail werden sich natürlich diese Vorschläge ändern und bessern lassen, die Grundgedanken scheinen uns einer Erwägung nicht unwert zu sein. Eine Arbeitslosenversicherung kann nur nach Berufen geordnet sein, weil ja die einzelnen Berufe ein verschiedenes Arbeitslosenrisiko haben. Die Versicherung muß eine Zwangsversicherung sein, weil sonst ihr Zweck, der Schutz aller Bedürftigen leicht vereitelt werden könnte. Die lokale Versicherung der Gemeinden würde zu allzugroßen Ungleichmäßigkeiten und verschiedenartigen Handhabungen führen, weshalb uns eine Reichsversicherung, die übrigens den Gemeinden eine gewisse Bewegungsfreiheit auch auf diesem Gebiete lassen kann, gebotener erscheint. Fällt die Aufbringung der Mittel zum größten Teile auf die Arbeiterschaft, dann wird diese auch mit dem nötigen Eifer selbst dem Simulantentum entgegenwirken. Ihre höhere Beitragsleistung und ihr großes Interesse an der Arbeitslosenversicherung wird die Arbeiter zur Leitung der Institute in besonderem Maße nötig und nützlich machen. Wenn die übergroße Masse der Arbeiter von der Überzeugung durchdrungen ist, daß sie mit der gewerkschaftlichen Arbeitslosenversicherung besser fährt als mit einer anderen, dann ist es nur recht und billig, ihr diese Art der Versicherung nicht zu verwehren. Andererseits wäre dieses Zugeständnis ein Äquivalent für das Opfer, das die Gewerkschaften bringen, indem sie einer Reichsversicherung zustimmen, die ihrer bereits bestehenden Versicherung Abbruch tun kann. Wenn eine $\frac{2}{3}$ -Majorität zur Annahme der gewerkschaftlichen Arbeitslosenversicherung als Zwangsversicherung erforderlich ist, brauchen die Regierenden auch nicht zu fürchten, die gewerkschaftliche Einflußsphäre zu erweitern. Denn wenn einmal $\frac{2}{3}$ der Berufsgenossen für die Gewerkschaft eintreten, wird ihre Stellung vom Wohlwollen wie von der Antipathie der Regierenden bereits ziemlich unabhängig sein.

J. HUTCHINSON, STAATSMINISTER, MELBOURNE: HOCHSCHUTZZOLL UND ARBEITERSCHUTZ.

EINE starke Partei in der öffentlichen Meinung und im Parlamente Australiens verlangt seit langem eine Erhöhung der Schutzzölle auf Industrieprodukte, um derart die junge australische Industrie mehr noch als früher zu begünstigen. Naturgemäß rekrutiert sie ihre Anhänger hauptsächlich aus Unternehmerkreisen. Doch wären diese numerisch zu schwach gewesen, um die Reform durchzuführen; so mußten sie auch an die Wahlhilfe der industriellen Arbeiterschaft appellieren und stellten dieser vor, daß jede Erhöhung der Schutzzölle den Unternehmern die Möglichkeit biete, ihre Werke auszudehnen, mehr Arbeitern Arbeitsgelegenheit zu schaffen und denselben höhere Löhne zu bezahlen. Ja, man ging in der theoretischen Begründung noch weiter und sagte: Das Schutzzollsystem sei den Interessen der australischen Arbeiterschaft unentbehrlich, weil sonst australische Fabriken, in denen Minimallöhne und andere Einrichtungen zugunsten der Arbeiterschaft bestehen, der Konkurrenz solcher ausländischer Industrien, die weit niedrigere Löhne und höhere Arbeitszeiten besitzen, preisgegeben wären und vernichtet würden.

Weite Kreise der Arbeiterschaft und der Arbeiterpartei machten sich nun allerdings diese Argumentation zu eigen und gewährten der Schutzzollpartei, die im übrigen liberale Grundsätze vertrat, ihre Unterstützung. Mehrere Jahre lang führte der liberale Staatsmann Deakin an der Spitze eines liberal-schutzzöllnerischen Kabinetts die Geschäfte des Bundes und zählte in den Kammern außer seiner eigenen, numerisch nicht starken Gruppe auch die sozialistische Arbeiterpartei (welche Parteien zusammen die Mehrheit besaßen) zu seinen Anhängern. Die obengenannte Idee ward von ihm zum Regierungsprogramm erhoben. „Wenn der Schutzzoll“, so hieß es, „die Aufrechterhaltung und weitere Besserung der australischen Arbeiterlöhne zum Ziele hat, dann muß auch Vorsorge getroffen werden, daß ein angemessener Teil der durch den Schutzzoll für die Fabrikanten erwachsenden Gewinste wirklich in Form von Lohnerhöhungen an die Arbeiter gelange, daß nicht etwa diese mit Unterstützung der Arbeiterschaft erlangten Summen derselben vorenthalten werden und ausschließlich in die Taschen der Unternehmer wandern.“

Die Arbeiterschaft forderte, daß alle Unternehmer, welche nicht angemessene Löhne bezahlen, mit einer Steuer in der halben Höhe des ihnen zugute kommenden Schutzzolls zu belegen seien, während Unternehmer mit angemessener Arbeitsentlohnung von solcher Steuer befreit sein sollten. Die Arbeiterpartei forderte ferner eine Vorsorge zum Schutz des Publikums, damit nicht, begünstigt vom Schutzzoll, Industriemonopole erwüchsen, die ihre Preise willkürlich diktieren könnten. — Beide Forderungen wurden von der liberalen Regierung angenommen, von ihr in Form von Gesetzesvorschlägen gekleidet und von der Parlamentsmehrheit akzeptiert (zunächst für solche Industrien, in denen eine besonders starke Erhöhung der Schutzzölle vorgenommen wurde). Als „angemessen“ wurden im betreffenden Gesetze Arbeitslöhne bezeichnet, die entweder einer ausdrücklichen Resolution des Parlaments oder aber einem Spruche der industriellen Schiedshöfe entsprechen, oder auch Löhne, die von einer Lohnkommission, wie deren im Staate Victoria bestehen, festgelegt wurden*).

*) Siehe den Artikel über „Lohnkommissionen“ von Oberst Reay auf Seite 372. Anm. der Redaktion.

Nachdem das Gesetz in Kraft getreten, bewarben sich sehr zahlreiche Arbeitgeber um Befreiung von obgenannter Steuer in der halben Höhe des Schutzzolles, und Urteile der Schiedshöfe erflossen in zahlreichen Fällen. Als im Jahre 1908 ein Prozeß gegen einen Fabrikanten angestrengt wurde, der die vom Schiedshof festgesetzten Löhne nicht bezahlte und trotzdem Bezahlung der Steuer verweigerte, gab ihm der oberste Schiedshof Recht mit der Begründung, daß das angezogene Bundesgesetz konstitutionswidrig sei resp. einen Eingriff in die Befugnis der einzelnen Bundesstaaten bedeute: Alle Arbeiterangelegenheiten in eigener Sphäre zu regeln. In Antwort hierauf beschloß das Ministerium, eine Änderung der Bundesverfassung zu beantragen und dem Bunde die Entscheidung von Arbeiterangelegenheiten all solcher Industrien, die durch Schutzzölle begünstigt sind, zu reservieren.

Bevor jedoch diese Beschlüsse zur Tat werden konnten, löste sich das Bündnis zwischen Liberalen und Arbeiterpartei; das Ministerium Deakin trat ab und ein neues Ministerium, ausschließlich aus Mitgliedern der sozialistischen Arbeiterpartei gebildet, übernahm die Führung der Geschäfte. Auch der Verfasser dieser Zeilen gehört demselben an und ist mit seinen Kollegen der Ansicht, daß sehr weitgehende Maßregeln, durchgreifender als die vom abgetretenen liberalen Ministerium beantragten, notwendig seien, um das Prinzip der Arbeiterforderung in den vom Schutzzoll begünstigten Industrien mehr und mehr auszugestalten, sowie daß insbesondere auch die gesetzliche Festlegung der Verkaufspreise in den genannten Industrien unabweislich sei. Nur so glauben wir es vermeiden zu können, daß durch die Schutzzoll-Gesetzgebung eine unerträgliche Begünstigung einer Bevölkerungsklasse auf Kosten aller andern geschaffen werde. Nach Ansicht des neuen Ministeriums wird nur eine entscheidende Erweiterung der Staatsaufsicht und Staatsleitung des industriellen Lebens das Problem lösen können, soweit überhaupt Fortbestand des privatwirtschaftlichen Betriebes für gewisse Industrien zunächst noch zugestanden werden kann. Für solche, welche bereits Monopolcharakter angenommen haben, wie die Eisenindustrie, die Zuckerindustrie, den Schifffahrtsdienst mit Europa, die Tabakindustrie, kann nur die Verstaatlichung selbst als Lösung des Problems in Frage kommen. Mehrere Resolutionen der Häuser des Parlaments zeigen, daß die sozialistische Arbeiterpartei, als deren vornehmster Programmpunkt die sukzessive Verstaatlichung aller Industrien figuriert, wie auch die liberale Partei diesbezüglich eines Sinnes sind. Eine Ära weitestgehender sozialistischer Maßregeln im australischen Bundesstaate beginnt, die Pläne des Ministeriums Deakin sind von der Entwicklung der Dinge überholt. — Das hindert aber nicht, daß die von Deakin vertretene Methode, ein Steigen der Arbeitslöhne zu erzwingen, an sich durchaus folgerichtig und jeder Beachtung des Auslandes wert erscheint.

PERCY ALDEN, MITGLIED DES BRITISCHEN PARLAMENTS, LONDON: EINE NEUE PHASE DER ENGLISCHEN ARBEITERSCHUTZ-GESETZGEBUNG.



OR kurzem hat die Kommission des englischen Parlaments, die zum Studium der bei Staatslieferungen vorzukehrenden Fürsorge zugunsten der beschäftigten Arbeiter eingesetzt wurde, ihren Bericht erstattet und es steht anzunehmen, daß sich eine weit aus-
holende, gesetzgebende Aktion an denselben knüpfen werde. Der bisherige Stand der Dinge war festgelegt durch einen Parlamentsbeschluß des Jahres 1891, dahingehend: „daß die Regierung bei Vergabe von staatlichen Lieferungen Vorkehrungen treffen möge, daß die bei Ausführung derselben beschäftigten Arbeiter die im betreffenden Industriezweig üblichen Löhne erhalten und daß die mit der Weitergabe solcher Lieferungen an Subunternehmer verknüpften Übelstände, vor allem die Ermöglichung billigerer Offerten durch Reduzierung der Löhne, vermieden würden“.

Eine starke Strömung in der genannten Kommission versuchte, den Begriff: „Löhne, die in den betreffenden Industriezweigen üblich sind“, dahin auszuweiten, daß darunter Gewerkschaftslöhne zu verstehen wären. Demgegenüber war die Mehrheit der Kommission allerdings der Meinung, daß solche Substituierung einerseits überflüssig wäre, sofern im Gewerbe ohnehin Gewerkschaftslöhne vorherrschen, andererseits aber unbillig, wo dies nicht der Fall sei. Meiner Ansicht nach bringt die Formulierung der Kommissionsmehrheit die Gefahr mit sich, daß gerade die Arbeiter solcher Industrien, die noch nicht gewerkschaftlich organisiert sind, der Ausbeutung preisgegeben werden, somit eben jene Schichten, deren Schutz durch Regierungsvorkehrungen wichtiger erscheint als der Schutz jener, die sich selbst durch gewerkschaftliche Organisation zu schützen vermögen. — Von verschiedenen Seiten wurde auch darauf hingewiesen, daß es durchaus selbst dem finanziellen Interesse des Staates und der Gemeinden zuwider sei, in gewissen Gewerben das Fortbestehen von Hungerlöhnen zu dulden, weil diese Schichten infolge Überarbeit und mangelnder Ernährung, sowie schlechter Wohnungsverhältnisse, nur allzuleicht der Krankheit und Invalidität, der Entkräftung und somit der Armenversorgung anheimfallen; weil die Verbreitung von Volkskrankheiten unter ihnen eine große und damit auch die Ansteckungsgefahr für die übrige Bevölkerung eine gefährvolle wird. Es erscheint nach der Ansicht dieser Kommissionsmitglieder durchaus unbillig, indirekt aus öffentlichen Mitteln (Armen-gelder usw.) den Fortbestand solcher Ausbeutung zu gewährleisten.

Am meisten gilt dieselbe naturgemäß für Industrien, in denen Heimarbeit vorherrscht und deshalb gewerkschaftliche Organisation überaus schwierig ist, sowie auch insbesondere für solche, welche überwiegend Frauen beschäftigen, die bekanntlich wenig Veranlagung zur Organisation besitzen. Gerade ihre Ausbeutung durch überlange Arbeitszeit und geringe Löhne ist aber für die Zukunft der künftigen Generation besonders gefährvoll.

Diese Übelstände werden freilich von niemandem geleugnet, nur meinten viele Kommissionsmitglieder, daß man den Kampf dagegen privater Initiative, nämlich den Käuferligen, überlassen könne. Es sind dies Verbände, die in Amerika ihren Ausgang genommen und in den letzten Jahren auch in Europa, insbesondere Frankreich und England, sich verbreitet haben. Letzten Sommer

legte in Genf ein internationaler Kongreß dieser Käuferligen von ihrem Fortschritt ein schönes Zeugnis ab. Frauen und Männer der einzelnen Städte vereinigen sich in ihnen und verpflichten sich, nur bei solchen Firmen Bestellungen zu machen, welche sich keiner Verfehlung gegen das öffentliche Gewissen durch übermäßige Belastung ihrer Arbeiter und Arbeiterinnen oder Angestellten schuldig machen. In Amerika haben die Verbände tatsächlich eine nennenswerte Reduzierung der Arbeitszeit in einer Reihe von großen Verkaufsgeschäften erzwungen, ferner die Beschaffung von Sitzgelegenheit für Verkäuferinnen u. a. m. Insbesondere, wenn Gewerkvereinsmarken durch Gesetz autorisiert werden und Waren, die unter günstigen Arbeitsbedingungen hergestellt wurden, durch sie gekennzeichnet werden, so mag dies die Bahn für solche Aktionen der Käuferligen ebnen. Ob sie aber bei der unendlich komplizierten Natur moderner industrieller Verhältnisse einen wirklich weitgehenden Einfluß werden ausüben können, erscheint mir bei alledem immerhin zweifelhaft. Für Staatslieferungen können sie naturgemäß überhaupt nicht in Frage kommen, da ja der Staat, nicht der Private, die betreffenden Produkte anzukaufen hat. Dem Staat selbst kommt in diesem Falle eine ähnliche Funktion der Beurteilung der Arbeitsverhältnisse zu wie den Käuferligen in der Sphäre der privaten Käufer, ja, er ist infolge seiner planvolleren und besseren Informationsmittel naturgemäß in der Lage, solche Aufsicht weitaus wirksamer zu führen; in dem Sinne kann also wirklich eine Koordinierung der Tätigkeit beider gedacht werden. Eben so mag eine Parallelaktion des Staates mit solchen Genossenschaften möglich sein, welche ihren Mitgliedern günstige Arbeitsbedingungen gewähren und damit einen günstigen Einfluß auf die allgemeinen Arbeitsverhältnisse im Gewerbe ausüben.

Die Mehrheit der Kommission hat alldem gegenüber einen anderen Weg für richtiger befunden und es muß eingeräumt werden, daß derselbe noch radikaler geplant ist als alles oben Genannte. Die Kommission fordert vier Vorkehrungen:

1. Bei allen Staatslieferungen soll die Höhe der an die beschäftigten Arbeiter zu zahlenden Löhne genau festgelegt und im Vertrage formell gesichert werden.

2. Ebenso sollen die Arbeitszeiten im Kontrakt angegeben und in Vereinbarung mit dem Staate eingesetzt werden.

3. Vom Staate sei für alle Lieferungen eines Gewerbes ein Minimallohn zu bestimmen, unter den in keinem Einzelvertrage heruntergegangen werden dürfe.

4. In solchen Industrien, welche Gewerkschaften, fähig zur Hochhaltung der Löhne, nicht besitzen, sollen Lohnkommissionen nach australischem Muster eingesetzt werden.

Die drei ersten Methoden sind in England wohl bekannt und von Gemeindeverwaltungen und staatlichen Departements wiederholt angewendet worden, insbesondere vom Londoner Grafschaftsrat bei seinen Uniformlieferungen, sowie von der Postverwaltung. Sie haben sich stets als durchaus brauchbar erwiesen. Am wichtigsten ist wohl die vierte Methode, die Einrichtung von Lohnkommissionen, die übrigens von der Parlamentskommission, die mit dem Studium der Heimarbeiterverhältnisse betraut wurde, gleich-

falls gefordert werden, und deren Errichtung in der letzten Thronrede unter den dringendsten Regierungsentwürfen figurirt. Wie schon hieraus hervorgeht, bezögen sich diese Kommissionen nicht allein auf Staatslieferungen, sondern darüber hinaus auf alle Industrien mit abnormal schlechten Arbeitsverhältnissen. England ist in der überaus günstigen Lage, sich nach dieser Richtung nicht mit bloßer Spekulation begnügen zu müssen, sondern die praktische Erfahrung Australiens und Neuseelands verwerten zu können, somit stammverwandter Völker, bei denen Lohnkommissionen seit langer Zeit bestehen. Ihr wesentlicher Gesichtspunkt liegt in der Erwählung von Delegierten der Arbeiter und Unternehmer eines Gewerbes und Ernennung eines unparteiischen Präsidenten durch die Regierung, sofern die Delegierten sich auf einer solchen nicht einigen können; den so zusammengesetzten Kommissionen liegt dann die Festlegung der Arbeitsdauer, des Wochenlohnes, des Lohnes für Überstunden und Regulierung der Lehrlingsverhältnisse*) ob.

Gegen die geplante Maßregel wird von seiten der alten Manchester-school eingewendet, daß die Erhöhung der Löhne in den genannten Industrien die Erhöhung der Verkaufspreise der von ihnen hergestellten Waren, somit im weiteren Gefolge eine Verminderung des Verkaufes, einen Rückgang der bezüglichen Industrie und eine Verminderung der Arbeitsgelegenheit herbeiführen würde. Eine meiner Ansicht nach überaus gewagte spekulative Hypothese! — Zunächst führt die Erhöhung solcher Löhne gar nicht notwendigerweise zu erhöhten Verkaufspreisen. Gerade solche Industrien, die auf Heimarbeit und Ausbeutung der Arbeiter beruhen, zeigen vielfach sehr große Gewinne der Unternehmer, die Erhöhung der Arbeitslöhne würde also zunächst von diesem unverhältnismäßigen Gewinn beglichen werden können. Im weiteren aber zeigt die Erfahrung, besonders Amerikas, daß die Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit vielfach die Arbeiter in den Stand setzt, in der verbleibenden Zeit besser und mehr zu produzieren, ferner auch die Einführung arbeitsparender Maschinen veranlaßt, größere Wirtschaftlichkeit des Betriebes, Benutzung von Abfallprodukten usw. herbeiführt. Wo aber all dies nicht wirksam ist und die betreffenden Erwerbszweige nur durch Ausbeutung der Beschäftigten sich halten können, somit durch die neue Regulierung verschwinden, — da kann auch dies im Interesse der allgemeinen Volkswohlfaht nur lebhaft begrüßt werden. Andere Industrien werden an ihre Stelle treten, die diesen Arbeitern andere Beschäftigung geben und sie in der vom modernen Gewissen verlangten Weise entlohn.

Unter den weiteren Vorschlägen der Kommission mag derjenige noch erwähnt werden, daß die von der Regierung resp. den Lohnkommissionen festgelegten Arbeitsbedingungen in den Fabriksälen anzuschlagen seien, damit die Arbeiter selbst sich an der Kontrolle effektiv beteiligen können; insbesondere in Industrien, in denen Gewerkschaften nicht bestehen, wird es durchaus notwendig sein, den staatlichen Fabrikinspektoren die effektive Aufsicht darüber, ob die gesetzlichen Bestimmungen über Lohn und Arbeitszeit eingehalten werden, genau so zu übertragen, wie sie heute schon über die hygienischen Verhältnisse der Werkstätten und Fabrikräume zu wachen haben; ja, eine nahe Zukunft wird, glaube ich, die Begrenzung

*) Dieselben werden an anderer Stelle dieses Heftes von Oberst Reay eingehend behandelt.

Anm. der Redaktion.

der Arbeitszeit und die Fixierung von Minimallöhnen, die ja für die Gesundheit der Arbeitenden genau so wichtig sind als Lüftung und Hygiene der Arbeitsräume, auch genau in gleicher Weise beurteilen. Die englische Fabrikpolitik, die durch die Schutzgesetze des 18. Jahrhunderts der britischen Arbeiterschaft die von der modernen Industrialisierung bedrohte Gesundheit und Zukunft gerettet, wird nun ihren zweiten, großen Schritt tun und ihren bisher unglücklichsten Gruppen, vor allem ihren Frauen, ein Minimum an Lebenshaltung und Glück gewährleisten.



OBERST REAY, EHEM. MITGLIED DES AUSTRALISCHEN PARLAMENTS: STAATLICHE REGELUNG DER ARBEITSBEDINGUNGEN IN AUSTRALIEN.



IE kürzlich eingebrachte Vorlage der englischen Regierung, welche die Einführung von Lohnkommissionen zur Regelung der Arbeitsbedingungen in gewissen, die Ausbeutung der Arbeitenden besonders begünstigenden Industrien Englands vorsieht, muß neuerdings die Aufmerksamkeit auf die bereits bestehenden Institutionen Australiens lenken, welche dem Vorgehen der englischen Regierung als Muster gedient haben. Auch in Australien erkannte man zunächst der Heimindustrie und sonstigen, Frauen und unorganisierte Arbeiter beschäftigenden Gewerben die Notwendigkeit zu, ihre Arbeitsbedingungen, statt durch Gewerkvereine, die sich in diesen Industrien eben nicht bilden können, durch staatliche Behörden regeln zu lassen. Jenen Unternehmern, welche sich den leichten Sieg, durch Ausbeutung der Schwächsten und Hilflosesten Gewinne zu erzielen, gewissenlos vergönnen, soll diese sozial unzulässige Erfolgchance damit entzogen werden. Ich habe über das Thema bereits in der Dezembernummer 1908 dieser Zeitschrift berichtet und rufe nur kurz ins Gedächtnis, daß diese Kommissionen sich aus je 5 Delegierten der Arbeiter des Gewerbes und 5 Delegierten der Unternehmer zusammensetzen und daß diese 10 Personen einen Vorsitzenden wählen resp. daß ein solcher, wenn sie sich nicht einigen können, von der Regierung aus den Kreisen der freien Berufe oder der Beamtschaft ernannt wird. Die Kommissionen haben die Aufgabe, die Dauer der Arbeitszeit, die Höhe der Löhne, für den ordentlichen Arbeitstag und für Überstunden, sowie ferner die Lehrlingsverhältnisse zu ordnen. Der Vorsitzende gibt eine entscheidende Stimme ab, sofern sich die 10 Delegierten nicht einigen können. Gegen die Entscheidungen der Kommissionen, die keineswegs erst im Falle eines ausgebrochenen Arbeitskonfliktes in Funktion treten, sondern auch in Festhaltung friedlicher Arbeitstätigkeit von Arbeitern oder Unternehmern angerufen werden können, ist dann noch ein Appell an den obersten Gerichtshof möglich.

Durch die Wirksamkeit der Kommissionen wurden in kurzer Zeit die schreiendsten Mißstände, welche die öffentliche Meinung erregt hatten, be-

seitigt. Was die Käuferligen Amerikas erstreben, aber nur höchst unvollkommen erreichen, was die öffentliche Meinung Europas nach sensationellen Enqueten immer wieder fordert: Die Abstellung der schlimmsten Ausbeutung — insbesondere von Frauen durch Heimarbeit — ist durch die Lohnkommissionen in radikalster Weise durchgeführt worden. Die Heimarbeit wurde abgeschafft, die Frauenlöhne allenthalben auf ein höheres Niveau gebracht, derart, daß sie zu hygienischer Lebensführung unter Ausschaltung des furchtbaren Zwanges, den ehrlichen Verdienst aus unmoralischen Erwerbsquellen zu ergänzen, ausreichen.

Die günstigen Erfahrungen, die man mit den Lohnkommissionen in den genannten Industrien gemacht hatte, führten dann allmählich zu einer Ausdehnung auch auf alle übrigen Industriezweige, und heute werden sämtliche Arbeitsverhältnisse in Victoria, dem leitenden Industriestaate Australiens, von den genannten Lohnkommissionen festgelegt. Gleichzeitig wurden unter dem Beifall der Arbeiterschaft wie der Unternehmerkreise strenge Bestimmungen erlassen, welche die Sprüche der Lohnkommissionen für beide Teile bindend und jeden Versuch, durch Streik oder Aussperrung sich gegen dieselben aufzulehnen, für strafbar erklären. Tatsächlich ist es seit Erlaß des Gesetzes nur in ganz seltenen Ausnahmen zu Versuchen solcher Auflehnung gekommen. Immer aber wurden dieselben in kürzester Frist aufgegeben und das Wirtschaftsleben Victorias auf diese Weise von all jenen Verlusten an Arbeitslohn und Unternehmergewinn, von all jenen Störungen der gesamten Volkswirtschaft befreit, die in Europa in Form von Streik und Aussperrung noch heute an der Tagesordnung sind.

Dieses günstige Beispiel Australiens hat nun zwar auf die öffentliche Meinung in England starken Einfluß geübt und wesentlich zur günstigen Entschließung der Regierung beigetragen. Dennoch stehen, wie ich bei meinem jüngsten Aufenthalte in England mit Staunen bemerkte, der glatten Lösung des Problems noch starke Widerstände entgegen, die auf die seltsamsten Argumente gestützt werden. Vielleicht verstehe ich noch den Widerspruch jener gewiß auch in Europa stets weniger zahlreich werdenden Gruppe von Industriellen, die in jedem Arbeiterschutzgesetz einen Eingriff in ihre persönlichen Rechte erblicken. Für sie, die gleich ihren Brüdern in Amerika, den Sklavenhaltern von ehemals, das Herrenrecht der Peitsche verlangen, ist die ganze arbeiterfreundliche Gesetzgebung nur ein Akt schwächlichen Mitleids.

Eingehenderes Studium der australischen Verhältnisse würde selbst dieser rein egoistischen Menschengruppe zeigen, daß ihre eigenen Interessen durch Einführung von Lohnkommissionen nur gehoben werden können. In der Tat hat der Industriellenbund Großbritanniens Mr. Ben Morgan nach Australien entsandt, um die praktische Wirkung der dortigen Sozialgesetzgebung zu studieren, und seine Ansichten sind gewiß nicht die eines wohlmeinenden Schwärmers oder Sozialreformers, noch weniger eines kapitalfeindlichen Sozialisten, sondern einzig und allein die eines nüchternen Kaufmannes, der über alle Theorie hinweg nur das praktische Interesse zu erfassen sucht. Er sagt in seinem Bericht: „Ich habe den Eindruck gewonnen, daß die Staatsaufsicht über industrielle und Arbeitsverhältnisse in Australien in vieler Hinsicht gute Erfolge gezeitigt hat. Durch Beseitigung von Arbeitskonflikten, durch Übertragung aller Streitfragen zwischen Unternehmer und Arbeiter aus der Sphäre der Gewalt in die der überlegenden Vernunft und richterlichen Entscheidung, hat Australien seiner Industrie Stabilität

und Sicherheit gegeben, den Beteiligten selbst aber ein derartiges Gefühl des Festgefügtens, Unerschütterlichen des ganzen Geschäftslebens verliehen, daß weitausschauende kaufmännische Berechnung in Australien viel weiter gehen kann als in Europa.

Ganz unverständlich ist mir als Australier der Widerstand seitens gewisser Gewerkschaftsführer in England, Frankreich und anderwärts gegenüber dem Prinzip industrieller Schiedsgerichte oder gesetzlicher Festlegung der Arbeitsbedingungen. In Australien haben sich die Gewerkvereine überall mit Begeisterung für die neue Einrichtung eingesetzt; erlöst sie doch die notleidendsten ihrer Arbeitsbrüder, die um ihrer Verelendung willen gewerkschaftlicher Organisation gar nicht fähig waren, von der schlimmsten Not, sie selbst aber von jener Kategorie des Proletariats, die stets als Lohndrücker und Streikbrecher auch den organisierten Arbeitern gefährlich werden. Diesen letzteren gibt erst die Festlegung der Arbeitsbedingungen, verbunden mit industriellen Schiedsgerichten, eine sichere, würdige Stellung der Gleichberechtigung mit dem Arbeitgeber, verschantzt auch den organisierten Arbeiter erst tatsächlich gegen das mit Streik und Aussperrung stets verbundene Elend. Auch haben sich die Löhne früher schon gutgestellter Industrien, dank den Sprüchen der Lohnkommissionen, immerhin noch um ein einiges erhöht. Die Gesamtheit der Arbeitgeber, die nunmehr keine Streikverluste zu erleiden haben, wurde dadurch nicht geschädigt.

In England und überhaupt in Europa scheinen die Gewerkschaftsführer Lohnkommissionen bloß für solche Gewerbe, in denen keine Gewerkvereine bestehen, zulässig zu halten, im übrigen aber die Endentscheidung über die Arbeitsbedingungen der eigenen Kraft vorbehalten zu wollen — damit der revolutionäre Enthusiasmus der Gewerksvereine nicht leide. — Die australische Entwicklung zeigt jedoch, daß alle diese Befürchtungen unbegründet sind; denn 1. bleiben die Gewerkvereine auch unter dem Regime der Lohnkommissionen durchaus bestehen, weil die Arbeiter eben wohl wissen, daß sie den errungenen segensvollen Frieden nur durch stete Kriegsbereitschaft, d. h. Aufrechterhaltung ihrer Kampforganisation gegen eventuelle Versuche des Rückschritts, erhalten können; 2. haben diese Gewerkvereine ja auch als Bildungszentren, Ausgangspunkte politischer Aktion usw., eine vom eigentlichen Lohnkampf unabhängige Daseinsberechtigung gewonnen; ihre Existenz wurde in keiner australischen Industrie je in Frage gestellt. Aber auch der eigentliche, zukunftsstrebende Enthusiasmus ist bei uns durch keinen faulen Frieden beseitigt worden: Die australische Arbeiterschaft faßt die Lohnkommissionen nur als einen Schritt am Wege, als eine erste Etablierung des sozialistischen Grundsatzes auf, daß nicht Gewalt und Kampf aller gegen alle, sondern planmäßige Regelung aller Verhältnisse durch den Willen der Gesamtheit im gewerblichen Leben herrschen müsse, die australische Arbeiterschaft begreift sehr wohl, daß sie das gleiche Prinzip auch in der Leitung der industriellen Produktion zur Geltung bringen müsse durch Übernahme der Industrien in den Besitz der Gesamtheit. Tatsächlich ist denn auch die sozialistische Bewegung trotz des Bestehens der Lohnkommissionen weiter gewachsen, ruhig und besonnen ohne Ausbrüche des Klassenhasses, aber darum nicht minder zielbewußt. Heute leitet ein sozialistisches Ministerium die Geschicke des Bundesstaates, und die Mehrheit seiner Mitglieder sind ehemals Arbeiter gewesen. Auch alle

weitergehenden sozialistischen Forderungen sollen so verwirklicht werden, die Lohnkommissionen werden keineswegs als ein Endpunkt der Entwicklung aufgefaßt.

Auch ein allgemeiner Gesichtspunkt sollte in Europa zugunsten der australischen Gesetzgebung sprechen; bedeutet sie doch für die soziale Sphäre die Realisierung eines Gedankens, um die die edelsten Geister Europas in der internationalen Sphäre kämpfen: daß nämlich an Stelle der gewalttätigen Austragung von Streitfällen zwischen Arbeiter und Unternehmer, zwischen Staat und Staat, die Austragung aller Gegensätze durch Vernunft und Gesamtwillen zu treten habe. Die Realisierung industriellen Friedens durch die genannten Institutionen würde gewiß auch rückwirkend die Stimmung zugunsten internationaler Schiedsgerichte begünstigen. Was wir Australier nicht bloß durch Beispiel, sondern auch durch eigene Kraft tun können, um unsere Institutionen in Europa zu verbreiten, soll geschehen. Wir sind entschlossen, bei der Festlegung unserer Handelsverträge und der Einkaufspolitik unseres Staates wie unserer privaten Handelshäuser jene Länder zu begünstigen, welche sich den Grundsätzen humaner Sozialpolitik zuwenden, vor allem aber jenen, welche den Weg gesetzlicher Festlegung der Arbeitsbedingungen gehen, so wie dies jetzt England zu tun im Begriffe ist. Da wir pro Jahr 134 Millionen Mark für Einkäufe in Europa ausgeben, mag auch dieser unser Wille vielleicht nicht ganz belanglos bleiben; aber darüber hinaus möge unser Beispiel, möge unser Aufruf wirken. Gewiß wird es auf dem europäischen Festland wie in England Männer geben, die sagen, die Verhältnisse der alten Industrieländer mit ihrer dichten Bevölkerung seien so ganz andere wie die Australiens. Genau so haben die Gegner unserer Politik seinerzeit bei uns in Australien gesprochen und gesagt, die von euch vorgeschlagenen Lohnkommissionen mögen ausgezeichnet in einem europäischen Lande wirken, wo das industrielle Leben seit langem heimisch ist, wo Stabilität der Wirtschaft Stabilität der Arbeitsbedingungen ermöglicht; wie aber sollen sie in unserem jungen Lande mit seiner sich stets ändernden Wirtschaftsverfassung möglich sein? Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Einführung möglich und heilsam gewesen ist sogar in solch jungem Lande mit stets sich wandelnden Wirtschaftsverhältnissen. In Europa, wo die Verhältnisse so viel günstiger liegen, werden die guten Wirkungen gewiß nicht auf sich warten lassen.

England zeigt den Weg. Die Regierungsvorlage, wie die Beschlüsse der Kommissionen für Heimarbeit und für Regelung des öffentlichen Lieferungs wesens, stimmen alle in der Forderung nach Lohnkommissionen nach australischem Muster überein.

In Frankreich hat Minister Millerand den australischen Gedanken industrieller Schiedsgerichte seinerzeit vertreten, allerdings nicht mit Erfolg. Würde die Forderung der Lohnkommissionen in den Vordergrund gestellt werden, so würde sie gewiß weitaus weniger Einwänden begegnen, weil diese eben zunächst für die Industrien der Heim- und Frauenarbeit eingeführt werden können, wo irgendwelche Gegenargumente nicht bestehen, und nach günstiger Bewährung wie in Australien allmählich auf die anderen Industrien ausgedehnt. Für Deutschland und die anderen Länder Europas ist die Idee allerdings neu, aber darum gewiß nicht wert, als Utopie beiseite geschoben zu werden. Das australische Volk und die australische Arbeiterschaft sind durch sie glücklich und im

Glücke patriotisch geworden: Sie lieben mit Innigkeit einen Staat, der ihnen Sicherheit des Lebens und Fortschritt der Entwicklung verbürgt. Warum sollten gleiche Wirkungen nicht auch in Europa auf gleiche gesetzliche Einrichtungen folgen?



DR. LEO EHRNROOTH, BERICHTERSTATTER FÜR ARBEITERANGELEGENHEITEN IM KAISERLICHEN SENAT FINNLANDS, MITGLIED DES LANDTAGS: EIN BEMER- KENSWERTES BÄCKEREIGESETZ IN FINNLAND.



ON den vielen sozialpolitischen Reformen, die in Finnland auf der Tagesordnung stehen, hat bisher nur eine einzige zu einem positiven Resultat geführt, nämlich die Reform der Arbeiterverhältnisse in den Bäckereien. Am 4. Juni 1908 wurde ein vom Landtag angenommenes, die Arbeit in den Bäckereien betreffendes Gesetz bestätigt, an welches sich im Verordnungswege erlassene „Ordnungsvorschriften für das Bäckergewerbe“ vom 16. Juli desselben Jahres anschließen*).

Dieses neue Gesetz bezieht sich nur auf ein engbegrenztes Gewerbe und ist infolgedessen von verhältnismäßig untergeordneter Bedeutung. Da es jedoch einen Versuch darstellt, sogar die am weitesten gehenden Forderungen, die bezüglich der rechtlichen Regelung der Gewerbearbeit von Arbeiterseite vorgebracht wurden, im Gesetzeswege zu verwirklichen, und es daher das radikalste Gesetz ist, das auf diesem Gebiete in Europa erlassen worden ist, dürfte ein Bericht über das Entstehen und den Inhalt desselben immerhin von Interesse sein.

In Finnland hat, ebenso wie in anderen Ländern, das Bäckergewerbe von alters her zu den in sozialer wie in technischer Beziehung rückständigsten Gewerben gehört. Gelegentlich einer von der Regierung verordneten und im Jahre 1904 vollzogenen Untersuchung wurde das Vorhandensein schwerer Mißstände in den Bäckereien konstatiert: eine übermäßig lange, unregelmäßige Arbeitszeit, regelmäßige Nacht- und Sonntagsarbeit, allgemein verbreitetes Siechtum unter den Arbeitern, auffallende Unsauberkeit in der Mehrzahl der Arbeitsstätten usw. Auf Grund dieser somit statistisch nachgewiesenen und früher bereits von den Gewerbeinspektoren festgestellten Übelstände wurde der Volksvertretung schon im Jahre 1905 ein Gesetzentwurf über die Arbeitszeit in den Bäckereien von der Regierung vorgelegt. Die Behandlung des genannten Entwurfs gelangte indessen damals im Landtag nicht zum Abschluß. In Anbetracht dessen wurde dem nach der Reform der Volksvertretung zum ersten Male zusammentretenden Landtage i. J. 1907 ein neuer Regierungsentwurf übergeben, welcher gleich der früheren Proposition die Einschränkung

*) Siehe Bulletin des Internationalen Arbeitsamts, Bd. VII, S. 290ff.

von Nachtarbeit in den Bäckereien und die Befriedigung des Bedürfnisses der Arbeiter nach Sonntagsruhe bezweckte. Nach dem Entwurfe durfte in den Bäckereien regelmäßig an Werktagen nur von 5 Uhr morgens bis 9 Uhr abends gearbeitet werden, an den Sonn- und Feiertagen vorausgehenden Tagen sollte die Arbeit jedoch schon um 6 Uhr nachmittags aufhören. Von der oben angeführten Regel wurden indessen in manchen Beziehungen Ausnahmen bewilligt. So sollte für die Anfertigung von Konditoreiwaren die Arbeit an Sonn- und Feiertagen von 5—10 Uhr morgens gestattet sein. Bei Aufeinanderfolge von zwei oder mehreren Feiertagen durfte zwischen diesen Tagen ausnahmsweise Nachtarbeit geleistet werden. Falls zwingende Gründe dafür vorlagen, konnten die Behörden den Gewerbetreibenden außerdem noch Erlaubnis zur Verrichtung von Nachtarbeit in den Bäckereien erteilen, doch höchstens für 25 Nächte im Verlauf eines Jahres.

Dieser Gesetzentwurf vermochte indessen bei weitem nicht den Reformtrieb des auf Grund allgemeinen und gleichen Stimmrechts gewählten Einkammerlandtags zu befriedigen, was eine wesentliche Umgestaltung des Entwurfs von seiten des Landtags zur Folge hatte.

Im Landtage herrschte fast allgemeine Übereinstimmung hinsichtlich der Unzulänglichkeit der vorgeschlagenen Bestimmungen über die Ruhezeit der Bäckereiarbeiter sowie über die Notwendigkeit der Feststellung einer Maximalarbeitszeit. Hingegen waren die Meinungen sehr geteilt darüber, ob die längste zulässige Arbeitszeit pro Woche 48 oder 54 Stunden betragen sollte. Mit einer Mehrheit von nur 4 Stimmen — die Majorität bestand aus den Sozialdemokraten und einigen verschiedenen bürgerlichen Gruppen angehörenden Abgeordneten — beschloß der Landtag bei der Votierung die erstgenannte Alternative gutzuheißen.

Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit darf also auf Grund des Landtagsbeschlusses 48 Stunden nicht übersteigen. Die Dauer der täglichen Arbeitszeit wurde auf höchstens 10 Stunden festgesetzt. Über diese Arbeitszeit hinaus durften die Arbeiter innerhalb eines Jahres nicht mehr als 100 Stunden beschäftigt werden, und nicht über 10 Stunden in der Woche. Der Lohn für Überzeitarbeit sollte wenigstens um 50 % höher sein als derjenige für gewöhnliche Arbeitszeit. — Der Beginn der täglichen Arbeitszeit wurde auf 6 Uhr morgens hinausgeschoben.

Die einzige Ausnahme, welche der Landtag für die in oben erwähneter Weise festgesetzte Arbeitsordnung bewilligte, war das der Ortsbehörde zuerkannte Recht, falls besondere Umstände es notwendig machten, die Verrichtung von Arbeit während jährlich höchstens zehn gegen Werkstage fallende Nächte zu gestatten.

Außerdem beschloß der Landtag, um dem im Bäckergewerbe üblichen Kost- und Logiswesen entgegenzuwirken, in das Gesetz eine Bestimmung aufzunehmen, gemäß welcher die Entlohnung der Arbeit in Geld und nicht in natura zu geschehen habe.

In dem Gutachten, welches der Senat dem Kaiser und Großfürsten über das vom Landtage angenommene Gesetz betreffend die Arbeit in den Bäckereien erstattet hat, wurden die ernststen Bedenken vorgebracht, welche der Senat hinsichtlich verschiedener vom Landtage in dem Regierungsentwurfe vorgenommener Änderungen hegte. Es wurde darin angeführt, daß vollständige Abschaffung der Sonntagsarbeit im Bäckergewerbe offenbar nicht verwirklicht werden könne, ohne für das Publikum Beschwerden mit sich zu bringen und ohne, daß, besonders was die Konditoreibetriebe anbelangt,

eine Einschränkung der Absatzmöglichkeit der Gewerbetreibenden eintreten würde. Hinsichtlich der vorgeschlagenen Maximalarbeitszeit äußerte der Senat Bedenken, ob der Landtag in seinem Bestreben, in dieser Beziehung berechnete Forderungen zu berücksichtigen, das Richtige getroffen habe. Die Durchführung des Gesetzes würde nämlich überall in den Bäckereien eine größere oder geringere Verkürzung der gegenwärtig üblichen Dauer des Arbeitstages zur Folge haben. Dieses Resultat würde zweifellos von einschneidender Bedeutung für das in Frage stehende Gewerbe sein, schon deshalb, weil der Bäckereibetrieb in Finnland in technischer Beziehung überhaupt noch auf einer ziemlich niedrigen Stufe steht und somit der meisten Voraussetzungen ermangelt, um durch eine vermehrte Leistungsfähigkeit die Wirkungen einer stark reduzierten Arbeitszeit aufwiegen zu können. Außerdem wäre in diesem Gewerbe infolge der neuen Bestimmungen eine Lohnkrise zu befürchten, falls nämlich die Arbeitgeber nicht imstande sein würden, unter der neuen Arbeitsordnung die Löhne in unveränderter Höhe zu zahlen.

Anlässlich der vorgeschlagenen Bestimmung über die Entlohnung der Überzeitarbeit nach erhöhtem Tarif zog der Senat in Frage, ob es geeignet sei, durch Gesetz in das Gebiet der Lohnregelung einzugreifen. Weiterhin hob der Senat hervor, daß der auf Lohnauszahlung in barem Gelde hinzielenden Bestimmung des Entwurfes nicht genügend Rechnung getragen worden sei, da die betreffende Vorschrift kein Verbot gegen Abschluß besonderer Mietsverträge zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern enthalte. Dagegen dünkte es dem Senat, daß die wichtigste Voraussetzung zur Aufrechterhaltung des Kost- und Logiswesens durch Abschaffung der Nachtarbeit in den Bäckereien von selbst weggeräumt werden würde.

Der Senat wollte jedoch, ungeachtet der von ihm angeführten ersten Bedenken gegen den Gesetzentwurf des Landtages, dem Monarchen nicht von Bestätigung des Gesetzes abraten. Nur durch die Anwendung eines solchen Gesetzes und durch die Erfahrung, welche dadurch gewonnen wird, kann — so heißt es in dem Gutachten des Senats — völlige Gewißheit darüber erlangt werden, inwieweit die in Frage gestellten neuen Bestimmungen den Nutzen bringen können, welchen die Gesetzgeber davon erwarten. Sollten sich empfindliche Nachteile als Folge dieser gesetzgeberischen Maßregel erweisen, so könnten in Anbetracht dessen, daß die Volksvertretung alljährlich zusammentritt, ohne Verzug nötige Änderungen bewirkt werden.

In Übereinstimmung mit dem befürwortenden Gutachten des Senats wurde das betreffende Gesetz, wie bereits angedeutet worden, vom Monarchen bestätigt und wird am 1. Juli d. J. in Kraft treten. Mit demselben Tage werden auch die vom Senate erlassenen Ordnungsvorschriften für das Bäckergewerbe Geltung erhalten.

Es wird von außerordentlichen Interesse sein, zu sehen, wie dieses sozialpolitische Experiment ausfallen wird. Das Ergebnis wird selbstverständlich großen Einfluß auf die Auffassung der Möglichkeit radikaler gesetzgeberischer Maßregeln, die Arbeitszeit betreffend, ausüben. Das neue Bäckereigesetz stellt große Forderungen an die überwachende Behörde, die Gewerbeinspektion, und der Senat hat mit Rücksicht darauf beizeiten vorbereitende Schritte zwecks Erleichterung der Durchführung des Gesetzes anbefohlen, und dem Monarchen vorgeschlagen, die ungenügenden Arbeitskräfte der Gewerbeinspektion baldigst zu verstärken.



FORTSCHRITTE DER ÖSTERREICHISCHEN ARBEITERKONSUMVEREINE.

Schulze-Delitzschs Agitation für Konsumgenossenschaften hat um die Mitte der Sechzigerjahre des vorigen Jahrhunderts ihre Wellen auch nach Österreich geworfen. Es entstanden in rascher Folge eine Anzahl Konsumvereine und Produktivgenossenschaften.

Bald stockte aber die junge Bewegung. Die Arbeiter wandten sich den Lassalleschen Ideen zu, begeisterten sich für die politische Bewegung des Proletariats und vernachlässigten das Genossenschaftswesen. Erst in neuerer Zeit sehen wir wieder ein vermehrtes Interesse für die Genossenschaftsbewegung sich in den Reihen der Arbeiterschaft Bahn brechen.

Bisher hatten die verhältnismäßig schwach entwickelten Arbeiterkonsumgenossenschaften einem allgemeinen Verband österreichischer Genossenschaften angehört. Dieser Verband faßte die heterogensten Elemente, Arbeitergenossenschaften, ländliche Genossenschaften, Handwerkerproduktivgenossenschaften, Spar- und Vorschußvereine etc. in sich zusammen. Es mußten da natürlich die Gegensätze aufeinanderplatzen, sobald die eine oder die andere Art der Genossenschaftsbewegung sich stärker, selbständiger entfaltet hatte.

In der Tat wuchs unter den Arbeiterkonsumvereinen immer mehr der Wunsch, sich vom allgemeinen Verband loszulösen. Nach einigen Schwierigkeiten, jedoch in vollster Ruhe, vollzog sich im Jahre 1901 diese Loslösung. Es geschah dies also etwas früher als in Deutschland, wo im Jahre 1902 in Kreuznach die Trennung der bürgerlichen von der proletarischen Genossenschaftsbewegung erfolgte.

Die selbständige proletarische Genossenschaftsbewegung entwickelte sich in Österreich ungemein rasch. Im September des Jahres 1904 wurde der „Zentralverband der Konsumvereine Österreichs“ gegründet, der gegenüber seinem Vorläufer vom Jahre 1901 eine moderne Organisationsform bedeutete. Am Ende des Jahres 1907 zählte dieser Zentralverband bereits 439 Vereine. Von 365 der angeschlossenen Vereine konnte die Mitgliederzahl festgestellt werden; sie betrug 165 209, darunter 40 Produktivgenossenschaften mit 3251 Mitgliedern. Der Umsatz der statistisch berücksichtigten Konsumvereine war 45 849 447.03 Kronen, der Bruttoertrag 7 189 228.99 Kronen. Die Produktivgenossenschaften erzielten einen Umsatz von 5 839 855.97 Kronen und einen Reingewinn von 126 324.78 Kronen.

Die größten österreichischen Arbeiterkonsumvereine sind der „Erste niederösterreichische Arbeiterkonsumverein“, ein schon seit Jahrzehnten bestehender Verein, und der Wiener Konsumverein „Vorwärts“, der erst vor einigen Jahren gegründet wurde.

Der „Erste niederösterreichische Arbeiterkonsumverein“ hat 28 Verkaufsstellen. Am Ende des Jahres 1908 umfaßte er 36 730 Mitglieder, sein Jahresumsatz im abgelaufenen Geschäftsjahr betrug 10 545 228.19 Kronen. Gegenüber dem Jahre 1907 bedeutet dies eine Steigerung von 1 666 821 Kronen. Am Ende des Jahres 1908 wurden 632 713 Kronen als sechsprozentige Dividende an die Mitglieder ausbezahlt. Der Verein besitzt auch eine eigene große Dampfbäckerei.

Die Entwicklung des zweitgrößten österreichischen Arbeiterkonsumvereines, des „Vorwärts“, veranschaulichen die folgenden Daten:

Geschäftsjahr	Filialen	Mitglieder	Umsatz in Kronen	Rückvergütung (Dividende in Kronen).
1902/03	20	8 221	1 620 865.50	45 463.94
1903/04	26	9 408	2 033 443.41	82 685.56
1904/05	30	13 854	3 026 777.82	124 272.39
1905/06	36	18 105	4 001 148.95	192 283.34
1906/07	46	25 753	5 754 359.86	258 946.19
1907/08	51	31 613	7 620 867.52	327.785.26

Das ist ein gewaltiger, ununterbrochener Aufstieg!

Im Herbste des Jahres 1905 schritten die österreichischen Genossenschaften zur Gründung einer „Großeinkaufsgesellschaft für österreichische Konsumvereine“ nach deutschem Muster. Diese Gesellschaft erstrebt, die Arbeiterkonsumvereine vom Großhandelskapital unabhängig zu machen. Sie mußte deshalb auch dazu kommen, der Eigenproduktion der Konsumvereine ein besonderes Augenmerk zuzuwenden. Auch diese Gründung der österreichischen Genossenschaften reüssierte in ausgezeichnete Weise.

Im Vergleiche zu Deutschland oder gar England ist die österreichische Arbeitergenossenschaftsbewegung allerdings noch kaum den Kinderschuhen entwachsen. Man muß aber bedenken, daß in Österreich die Schwierigkeiten, mit denen die Gewerkschaftsbewegung zu kämpfen hat, auch ungleich größer sind, als anderwärts. Vor allem hemmt die Entfaltung der Genossenschaftsbewegung die krämerische Mittelstandspolitik der Christlichsozialen. Daß trotzdem in den letzten Jahren so vieles erreicht wurde, ein so erstaunlicher Aufschwung der Genossenschaftsbewegung konstatiert werden konnte, läßt den stolzesten Hoffnungen Raum.



HENRI DAGAN, PARIS: PRODUKTIV-GENOSSENSCHAFTEN IN FRANKREICH.



Die französischen Produktivgenossenschaften haben bereits eine lange Geschichte hinter sich. Schon im Jahre 1831 taten sich einige Schreiner zu einer solchen Gemeinschaft zusammen und im Jahre 1834 wurde der gleiche Versuch — mit Erfolg — von mehreren Juwelierarbeitern unternommen. Mit dem Jahre 1848 und der starken Strömung zugunsten der Genossenschaftsentwicklung, die im Schoße der Nationalversammlung bestand, nahm die Bewegung große Dimensionen an. Aber der Sieg der Gegenrevolution hemmte ihre Entwicklung; bloß 8 Genossenschaften von ungefähr 200, die im Revolutionsjahre begründet wurden, bestanden weiter. Erst nach dem deutsch-französischen Kriege, unter dem Regime der dritten Republik nahm die Bewegung wieder neuen Aufschwung und heute bestehen 358 Genossenschaften, davon 138 in Paris. Ihre Konstitution ist eine streng demokratische: Alle Erträge fließen den Arbeitern selbst zu. Die in England so verbreitete Zwischenform, die in der Mitte zwischen Produktivgenossenschaft und Aktiengesellschaft steht und ihre Erträge einerseits im Verhältnis zur Arbeitsleistung, andererseits aber auch

im Verhältnis zur Kapitaleinzahlung verteilt, hat in Frankreich nie Fuß fassen können. Die Leiter der Genossenschaften werden von den Arbeitern erwählt und häufig kehren sie nach relativ kurzer Tätigkeit freiwillig wieder zur Handarbeit, d. i. in die untergeordnete Stellung, zurück; andere treten an ihre Stelle.

Drei Institutionen sind es vor allem, welche als Zentralkpunkte der Genossenschaftsbewegung fungieren:

1. Die „*Chambre consultative*“, die auf Initiative Waldeck-Rousseau's im Jahre 1884 begründet wurde: Sie vertritt vor allem die Genossenschaften, die sich ihr angeschlossen haben, gegenüber der Staats- und Gemeindeverwaltung und sucht für sie günstige Bedingungen bezüglich der öffentlichen Lieferungen zu erlangen. Sie hat auch ein Blatt, die „*Association ouvrière*“ und eine genossenschaftliche Bank begründet, eine Waisenanstalt für die hinterlassenen Kinder der Genossenschaftsmitglieder und ein Versicherungssystem sowie eine Rechtsauskunftsstelle ins Leben gerufen. Besonderes Augenmerk wandte sie den Baugenossenschaften zu und sucht eben jetzt auch den genossenschaftlichen Betrieb der von ihnen erbauten Häuser zu organisieren.

2. Die Bank der Produktivgenossenschaften, welche den für deren Entwicklung notwendigen Kredit gibt, besonders in der Gründungsperiode. Ihre Darlehen gewährt sie insbesondere gegen Verpfändung von Arbeiten, die erst noch im Gange sind.

3. Die Rampall-Stiftung, von einem reichen Philanthropen begründet, deren Kapital sich auf 1 400 000 Fr. beläuft, und die Darlehen zu überaus günstigen Bedingungen zur Gründung von Genossenschaften gewährt.

Auch der französische Staat begünstigt die Genossenschaften in jeder ihm möglichen Weise: einerseits durch direkte Subvention, die pro Jahr 120 000 bis 160 000 Fr. beträgt; andererseits durch Bevorzugung für öffentliche Lieferungen. Insbesondere werden die Genossenschaften bei kleineren Lieferungen von der Kautionspflicht, die Privatunternehmern auferlegt wird, befreit, was solchen Verbänden, die in Gründung begriffen und erst ein kleines Umlaufkapital haben, sehr zugute kommt. Bei gleichen Angeboten werden die Genossenschaften gegenüber den Privatunternehmern begünstigt, ferner werden ihnen Teilzahlungen für begonnene Arbeiten gewährt.

Unter diesen günstigen Umständen konnte sich der Geschäftsumsatz der Gesellschaften auf 50 000 000 Fr. erhöhen und die Zahl der Mitglieder auf 16 000: Wenig im Vergleiche zu der Bedeutung der Genossenschaftsbewegung in England; viel, wenn man den streng idealistischen Charakter der französischen Verbände ins Auge faßt. Im Innern gab es gewiß Konflikte zwischen Konsum- und Produktivgenossenschaften; Eifersucht war auch diesen Werken nicht fremd, aber auf ihren Kongressen einten sich die Delegierten der verschiedenen Verbände stets zu gemeinsamem Vorgehen, die Bewegung nimmt zu. Auch im Innern der einzelnen Genossenschaften besteht das überaus delikate Problem der Beziehungen zwischen Arbeitern und selbsterwähltem Führer; denn nur dort, wo diesem freiwillig volle Autorität und Freiheit in der Leitung des Geschäfts zuerkannt ist, kann die Unternehmung gedeihen. Oft mag der Mangel dieses freigewollten Gehorsams zum Untergang der Genossenschaft führen, öfter jedoch setzt ersich im Daseinskampfe durch und die Unternehmung entwickelt sich in befriedigender Weise.

ZEHN JAHRE EINES ARBEITERUNTERNEHMENS.



DER 130 Seiten starke Bericht über das 10. Geschäftsjahr des Hamburger Konsum-, Bau- und Sparvereins „Produktion“ erzählt uns von dem Werden und dem ersten Jahrzehnt voll Mühen und Kämpfe und voll so prächtiger Erfolge dieses vorbildlichen Arbeiterunternehmens.

Man wird sich noch der Diskussionen erinnern, die die Gründung des Hamburger Unternehmens begleiteten, mit dem seine Schöpfer, an ihrer Spitze v. Elm, Steinbach und der sozial denkende Hamburger Großkaufmann R. E. May, etwas so ganz anderes bezweckten als nur die Versorgung der Mitglieder mit etwas besserer und billigerer Ware und die „Dividende“ am Jahresschlusse. Selbst in Genossenschaftskreisen wurde dem neuen, so großzügig angelegten Projekt teilweise Mißtrauen entgegengebracht. Man fürchtete das Abweichen von der alten bewährten Methode des langsamen Heranwachsens aus kleinen Anfängen. Die Entwicklung der „Produktion“ hat alle Befürchtungen der verschiedenen Art glänzend widerlegt. Was heute, nach 10 Jahren, erreicht ist, das ist wohl mehr, als selbst die begeistertsten Anhänger der Idee sich damals träumen ließen.

Den Anstoß zur Gründung der Hamburger Genossenschaft gab, wie so häufig, ein Streik, und zwar der der Hafenarbeiter und Seeleute im Jahre 1896. Während dieses Streiks, der Tausende arbeitslos machte, wurde es den Arbeitern recht klar, wieviel größer die Kaufkraft der für die Streikenden eingehenden Gelder sein könnte, wenn mit ihnen Lebensmittel im großen hätten eingekauft werden können. Leider war eine Organisation, durch die dies hätte bewerkstelligt werden können, nicht vorhanden und auch nicht so schnell zu schaffen. Aber gleich nach Beendigung des Streikes trat das Hamburger Gewerkschaftskartell in Verbindung mit einigen leitenden Personen aus der sozialdemokratischen Parteibewegung der Frage der Gründung einer großen Konsumgenossenschaft näher. Das Resultat einer gründlichen und mühevollen Vorarbeit war die Schaffung jenes so viel kommentierten Statuts, das der zu gründenden Genossenschaft neben der Beschaffung von Lebensbedürfnissen auch die Produktion derselben, die Befriedigung des Wohnungs- und Sparbedürfnisses der Mitglieder und manche andere Aufgabe zuwies.

Am 24. Januar 1899 fand in Anwesenheit von 800 Mitgliedern die konstituierende Versammlung der „Produktion“ statt, und am 17. Juli wurde auf dem großen Neumarkt die erste Verkaufsstelle eröffnet. Bis zum Schlusse des ersten, nur 5 Monate dauernden Geschäftsjahres kamen noch fünf weitere Verkaufsstellen hinzu, während der Umsatz auf 163 478 M. und die Zahl der Mitglieder auf 2859 stieg. Eine Rückvergütung konnte diesmal noch nicht zur Verrechnung kommen. Auch manch anderes Opfer mußte von jenen ersten weit voneinander und von der nächsten Verkaufsstelle wohnenden Mitgliedern gebracht werden. Aber mit zähem Idealismus wurden alle Schwierigkeiten niedergekämpft, und bald hatten die Genossen die Freude zu sehen, wie ihr Unternehmen in der Hamburger Arbeiterbevölkerung immer fester Wurzel faßte. Am Schlusse des letzten (10.) Geschäftsjahres zählte die Hamburger Genossenschaft 35 098 Mitglieder; sie erzielte in 71 Verkaufsstellen einen Umsatz von 8 041 755 M. und machte hierbei einen Reinüberschuß von 381 234 M., von dem eine Rückvergütung von 4½% verteilt werden konnte.

Aber auch ihren übrigen selbstgestellten Aufgaben als Bau- und Produktivgenossenschaft ist die „Produktion“ gerecht geworden. Bereits im zweiten Jahre ihres Bestehens erwarb sie ein großes Grundstück an der Wendenstraße, auf dem heute der riesige Speicher, Bäckerei, Schlächtereier, Kesselhaus, Stallungen und eine Anzahl Wohnhäuser mit den Kontorräumlichkeiten und 110 Wohnungen stehen. In Barmbeck und Eimsbüttel hat der Verein künstlerisch reizvolle Baukomplexe mit 250, resp. 100 Wohnungen geschaffen. Insgesamt sind auf Grundstücken von rund 900 000 M. Einkaufswert für 3 ½ Millionen Mark Bauwerke errichtet, die neben den Betriebsräumen 512 schöne und preiswerte Wohnungen enthalten.

Wie weit die Verwirklichung des Gedankens der *Eigenproduktion* bereits gediehen ist, beweist die Tatsache, daß von den rund 8 Millionen Mark Warenumsatz der Genossenschaft im letzten Jahre für 3 ½ Millionen oder 44% in eigenen Betrieben hergestellt wurden oder eine Veränderung erfuhren. Die im Jahre 1903 errichtete Bäckerei hatte im verflossenen Jahre einen Umsatz von 1 090 081 M. Sie beschäftigt 54 Arbeiter und Arbeiterinnen und braucht zur Fortschaffung ihrer Erzeugnisse nach den Verkaufsstellen 9 Gespanne und 2 Automobile. Die Schlächtereier, die seit 1906 in großem Maßstabe betrieben wird, hat in ihrem Umsatze die Bäckerei sogar noch überflügelt. 960 246 M. war 1908 der Wert der Produkte dieses mit den modernsten Einrichtungen ausgestatteten Unternehmens, das 360 Angestellte beschäftigt. — Außer diesen beiden Unternehmungen betreibt die „Produktion“ noch eine große Kaffeerösterei, eine Dampfwascherei, eine Schlosserei, Tischlerei, Klempnerei. In allen diesen Produktivbetrieben wurden 187 Personen beschäftigt, außerdem 66 im Hauptlager, 297 in den Verkaufsstellen, 42 in Kontor und Verwaltung, zusammen 592 Personen. Die Arbeitszeit beträgt im Kontor und in den meisten Produktivbetrieben 8 Stunden, in den Verkaufsstellen und der Schlächtereier und Klempnerei 9 Stunden, während die Kutscher eine wöchentliche Arbeitszeit von 56 Stunden haben. Auch in bezug auf die Gehälter und Löhne dürfen die Arbeitsverhältnisse der „Produktion“ als mustergiltige bezeichnet werden.

Auch als Sparverein hat die „Produktion“ Bewunderungswürdiges geleistet. Dank der viel umstrittenen Einrichtung des Notfonds, derzufolge jedem Mitglied seine Dividende zunächst bis zur Höhe von 100 M. aufgespart wird, konnten sie bis Ende 1908 für 11 821 Mitglieder 419 368 M. ansammeln, von denen 4368 Mitglieder im letzten Jahre auf Grund von Notfällen Abhebungen in Höhe von 112 704 M. machten. Die übrigen gemeinschaftlichen Fonds hatten bis zum Schlusse des Jahres die Höhe von 126 904 M. erreicht. Die Geschäftsanteile betrugen 518 613 M.

So steht die Hamburger Genossenschaft heute äußerlich und innerlich gefestigt da, und hoffnungsvoll tritt sie in das zweite Jahrzehnt ihres Lebens.



ARBEITERVERTRETER ALS AKTIONÄRE.



IN letzter Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß sich im Verlaufe von Generalversammlungen bekannterer Aktiengesellschaften plötzlich ein Aktionär erhob, dessen Eingreifen in die Debatte die Versammlung ganz aus dem Rahmen der gewohnten Ruhe brachte. Vertreter von Arbeiterorganisationen, die sich in den Besitz von

Aktien einer Gesellschaft gesetzt hatten, brachten in den Generalversammlungen zum großen Erstaunen der Direktoren, Aufsichtsräte und der übrigen Aktionäre die Sprache auf die Arbeiterverhältnisse im Betriebe dieser Gesellschaft. Die Erscheinung war und ist noch so ungewohnt und so neu, sie bietet so verschiedene Perspektiven und Möglichkeiten, daß man ihr wohl einige Beachtung schenken darf. Denn es ist nicht daran zu zweifeln, daß die ersten Beispiele Nachahmung finden werden, und daß sich die Direktoren und Aufsichtsräte an die Anwesenheit von Aktionären werden gewöhnen müssen, denen in erster Linie das Ergehen der Arbeiter und Angestellten am Herzen liegt. Man wird vielleicht einwenden wollen, daß es in der Generalversammlung nichts anderes zu vertreten gebe als die Interessen der Aktionäre, und daß es untunlich sei, wenn Aktionäre nicht die Interessen des werbenden Kapitals, sondern der im Betriebe beschäftigten Arbeiter vertreten. Aber mit diesem Einwand kommt man nicht weit. Gewiß ist es die Aufgabe der Generalversammlung, die Interessen der Aktionäre wahrzunehmen, aber dieses Interesse kann sehr verschieden geartet sein. Der Aktionär hat meist ein Interesse an einem hohen Gewinnanteil und weiter auch an der Höhe des Kurses der von ihm erstandenen Aktien. Aber dieses Interesse dauert nicht länger, als er eben Aktionär einer bestimmten Gesellschaft ist. Verkauft er seinen Aktienbesitz und kauft wieder andere Aktien, so ist ihm die erste Gesellschaft ganz gleichgültig; sein Interesse konzentriert sich auf die neue Gesellschaft: er sucht während der Dauer seines Besitzes den höchsten Nutzen zu finden. So kann man heute wohl sagen, daß an dem rein wirtschaftlichen Ergehen der in Form von Aktiengesellschaften konstituierten Betriebe das Gros der Aktionäre, da sie ständig wechseln, ein geringes und namentlich kein dauerndes Interesse hat. Etwas stärker ist das Interesse der Direktoren, Aufsichtsräte und der Banken, die einer Gesellschaft nahestehen. Aber auch für sie ist das Interesse in erster Linie finanzieller, nicht rein wirtschaftlicher Natur. Wir haben Beispiele, daß Aktienbetriebe finanziell ganz gut ausgebeutet wurden, daß sie aber dabei nichts weniger als wirtschaftlich gesund sich entwickelten. Wenn nun Aktionäre sich auf den Standpunkt stellen, daß ein Aktienunternehmen nicht nur finanziell, sondern auch rein wirtschaftlich in gesunder Verfassung sich befinden müsse und die Stärkung der ökonomischen Leistungsfähigkeit des Unternehmens für wichtiger halten als die Erzielung möglichst hoher Gewinne, so wird es schwer möglich sein, behaupten zu wollen, daß ein derartiges Streben gegen die Interessen der Aktionäre verstoße. Man wird vielmehr umgekehrt vielen der heutigen Generalversammlungen mit Recht vorhalten können, daß in ihnen die Vertretung des rein wirtschaftlichen Gesichtspunktes, der in erster Linie auf das Gedeihen des Unternehmens selbst hinwirkt, fehlt oder daß diese Vertretung zum mindesten höchst einseitig ist. Daß nun aber Vertreter von Arbeiterorganisationen, wenn sie geschickt den eben entwickelten Standpunkt zu verfechten verstehen, Einfluß in den Generalversammlungen gewinnen, auch das Interesse des Gros der Aktionäre in Generalversammlungen in höherem Grade, als es sich heute bekundet, wecken können, das dürfte gleichfalls kaum zu bestreiten sein. Die Anteilnahme von Arbeitervertretern als Aktionäre wird die Generalversammlungen veranlassen, sich überhaupt eingehender als bisher mit der Geschäftsführung des Unternehmens zu befassen und den Direktoren und Aufsichtsräten begreiflich zu machen, daß sie nicht die unumschränkten Herren, sondern schließlich doch nur Beauftragte für die Herren sind. Es

hat sich ja heute in der Öffentlichkeit die Meinung schon ziemlich festgesetzt, als ob nicht die Aktionäre, sondern die Aufsichtsräte und die Direktoren über die Geschäftsführung eines Unternehmens nach Belieben, wenn auch innerhalb gewisser Grenzen, zu bestimmen hätten. Der einzelne Aktionär ist zu völliger Machtlosigkeit gegenüber Aufsichtsrat und Direktion herabgesunken. Wird erst durch das Auftreten von Arbeitervertretern in Generalversammlungen diese falsche Meinung ins Wanken gebracht, so dürfte damit einer Entwicklung die Bahn frei gemacht werden, die volkswirtschaftlich als durchaus wünschenswert bezeichnet werden muß. Aktiengesellschaften sind nicht bloß milchgebende Kühe für die Aktionäre, sondern sie sind wirtschaftliche Unternehmungen, von deren Verfassung und Entwicklung die Interessen ganzer Gemeinden und breiter Bevölkerungsschichten abhängen. Wenn diese Schichten, zu denen die Arbeiterschaft in erster Linie gehört, vermöge ihres Aktienbesitzes auf die Geschäftsführung und auf das finanzielle Gebaren der Aktiengesellschaften einzuwirken suchen, wenn sie den Wert eines Aktienunternehmens auch nach der Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft beurteilen, so werden sie die Generalversammlungen mit einem neuen Geiste erfüllen, der um so gewisser sich ausbreitet und verallgemeinert, je mehr es die Arbeitervertreter verstehen, vom allgemein volkswirtschaftlichen Standpunkte aus die Berechtigung ihres Auftretens der Öffentlichkeit klarzumachen. Aller Anfang ist schwer, und es wird anfangs nicht ohne Reibungen innerhalb der Generalversammlungen abgehen. Es ist zu wünschen, daß für die Art des Vorgehens möglichst einheitliche Richtlinien aufgestellt werden, daß namentlich gezeigt wird, wo hauptsächlich die Kritik einzusetzen hat, und welche Forderungen mit Aussicht auf Erfolg gestellt werden können. Durch willkürliches und zufälliges Eingreifen könnte mehr Schaden angerichtet, als Nutzen gestiftet werden. Auch bedarf die Frage einer sehr baldigen Regelung, wie, von wem und in welchem Umfang Aktien, und für welche Zeit sie zu erwerben sind. Es lassen sich hier sehr verschiedene Methoden denken, deren Ausführbarkeit wieder von der Höhe der verfügbaren Mittel, von dem Risiko des Verlustes, der durch Kursschwankungen etwa entstehen kann, abhängig gemacht wird. Aber mag man über die Einzelheiten auch noch so verschiedener Meinung sein, in der Hauptsache halten wir das Eindringen von Arbeitervertretern in die Generalversammlungen von Aktiengesellschaften für einen volkswirtschaftlichen Fortschritt, der recht deutlich die wachsende Macht der Arbeiterbewegung dokumentiert. Ein weites Feld neuer Tätigkeit bietet sich hier, das um so fruchtbringender angebaut werden kann, als die Arbeiterschaft weit enger mit dem Wohl und Wehe eines Unternehmens zusammengeschweißt ist als die Aktionäre. Letztere kennen ihre Unternehmung meist nur aus dem Kurszettel und nur solange, bis sie wieder andere Papiere gekauft haben, jene aber sind dauernd mit ihr verbunden, vielleicht nicht immer so sehr als einzelne Personen, aber stets in ihrer Gesamtheit.

DR. FERDINAND MAREK, BRÜNN: ZUR FRAGE DES WEISSPHOSPHORVERBOTES IN ÖSTER- REICH.

DIE Erwägung, daß der Phosphornekrose, der Berufskrankheit der Arbeiter in Zündwarenfabriken, nur durch ein vollständiges Verbot der Verwendung weißen Phosphors gesteuert werden könne, hat schon vor mehreren Jahren in Dänemark, Finnland, den Niederlanden, der Schweiz und in Deutschland ein solches Verbot gezeitigt. Um auch die übrigen Staaten zu gleichen Maßnahmen zu bestimmen, ergriff der Schweizer Bundesrat auf Anregung der internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz die Initiative zu einer internationalen Konferenz, die im Mai 1905 in Bern zustande kam. Die allgemeine Durchführung des Verbotes scheiterte jedoch an dem Widerstande Japans, dessen Zustimmung besonders Österreich aus Konkurrenzrücksichten zur Bedingung seines Beitrittes gemacht hatte. Außer den Staaten, in denen das Weißphosphorverbot bereits durchgeführt war, traten damals nur noch Italien und Luxemburg dem Beschlusse der Berner Konferenz bei. In jüngster Zeit hat sich auch England angeschlossen.

Österreich, dessen Export zum überwiegenden Teile aus Weißphosphorhölzchen besteht, versuchte einstweilen mit Verhütungs- und Schutzmaßnahmen die Erkrankungsgefahren bei der Phosphorverarbeitung soweit als möglich hintanzuhalten. Über die Schritte, die die Regierung in dieser Richtung unternahm, wurde in der Julinummer 1908 dieser Zeitschrift berichtet. Die den Interessentenkreisen zur Begutachtung vorgelegten Entwürfe gesetzlicher Schutzvorschriften kamen jedoch nicht zustande, da ihre Zweckmäßigkeit seitens maßgebender Faktoren, insbesondere seitens des obersten Sanitätsrates, des Arbeitsbeirates und der Unfallverhütungskommission angezweifelt worden war.

Mittlerweile wurde im Abgeordnetenhouse ein Dringlichkeitsantrag eingebracht, der die Erlassung eines Weißphosphorverbotes forderte; das Haus erteilte diesem Antrage seine Zustimmung und erhob in der Sitzung vom 19. Dezember 1908 einen von den sozialdemokratischen Abgeordneten Schrammel, Dr. Adler, Remeš und Genossen eingebrachten Gesetzentwurf, der die Erzeugung von Zündwaren unter Verwendung von weißem oder gelbem Phosphor und den Verkehr mit derartigen Zündwaren verbietet, zum Beschlusse.

Eine weitere Verfolgung dieser Angelegenheit hat der vorzeitige, durch den leidigen Sprachenkampf verursachte Sessionsschluß vereitelt. Gleich zu Beginn der neuen Session brachte aber die Regierung, um der Strömung innerhalb des Abgeordnetenhauses Rechnung zu tragen, das nicht erledigte Gesetz mit unwesentlichen Änderungen wiederum ein; es wurde auch nach kurzer Berichterstattung durch den sozialpolitischen Ausschuß angenommen und an das Herrenhaus geleitet.

In der Zwischenzeit hatte sich jedoch in industriellen Kreisen eine gewisse Opposition gegen das Gesetz geltend gemacht, die in den Fachzeitschriften und in Petitionen an das Herrenhaus ihren Ausdruck fand. Die Zündwarenerzeuger weisen darauf hin, daß das geplante Produktions- und Verkehrsverbot für Hölzchen aus weißem oder gelbem Phosphor die heimische Fabrikation gänzlich zu unterbinden drohe, da der größte Teil des nam-

haften Exportes Österreichs eben in diesen giftigen Zündhölzchen bestehe; unter der ansehnlichen Anzahl der hier in Betracht kommenden Erzeugungsstätten befanden sich nur einige wenige große und mittlere Betriebe. Die übrigen seien Kleinbetriebe, denen eine Änderung der Erzeugungstechnik nicht zu überwindende Schwierigkeiten bereiten würde; wenn der Staat überhaupt an das Phosphorverbot denke, so möge er gleichzeitig die Zündwarenbetriebe einlösen und die Zündhölzchenerzeugung monopolisieren.

Die Frage des Zündhölzchenmonopoles wurde tatsächlich bereits im Abgeordnetenhaus und im Arbeitsbeiratsrat sowie im Schoße der Regierung erwogen. Gleichzeitig mit dem Gesetzentwurf über die Zündhölzchenerzeugung wurde im Abgeordnetenhaus eine Resolution des Abgeordneten Dr. Licht angenommen, in der die Regierung aufgefordert wird, die Frage der Einführung des Zündhölzchenmonopoles zum Gegenstande sofortiger Erhebungen zu machen und Vorschläge in dieser Richtung dem Abgeordnetenhaus mit Beschleunigung zu erstatten. Daß die Regierung selbst schon bei Einbringung des mehrerwähnten Gesetzentwurfes an die Möglichkeit einer Monopolisierung gedacht haben mag, scheint aus dem Gesetzestexte selbst hervorzugehen, der unter anderen die Errichtung neuer Betriebe, in denen weißer oder gelber Phosphor verwendet werden soll, verbietet. Diese Bestimmung, sowie eine von der Regierung geplante Verordnung, wonach die Erzeugung von Zündwaren überhaupt an eine Konzession gebunden werden soll, scheinen den Zweck zu haben, eine Vermehrung der bestehenden Zündwarenbetriebe vor der Ablösung durch den Staat zu verhindern.

Jedenfalls dürfte dieser Fragenkomplex in allernächster Zeit ausgetragen und durch das Votum des Herrenhauses einer endgültigen Lösung zugeführt werden.



A. JOHNSON: ARBEITER-INSPEKTOREN IN AUSTRALIEN.

DIE Aufgaben, denen die Fabrikinspektion in Australien nachzukommen hat, sind weitaus größer als in irgendeinem anderen Lande und darum auch ungleich schwieriger zu erfüllen: Schon die hygienischen Vorschriften sind daselbst strenger als anderswo; ihre Ausführung tritt daher besonders stark in Konflikt mit dem Eigeninteresse der Fabrikherren; über Umfang des Luftraums für jede arbeitende Person, Ventilation, Licht usw. bestehen rigorose Bestimmungen. Den Arbeiterinspektoren steht die Kontrolle darüber zu, daß der gesetzlich eingeführte achtstündige Maximalarbeitstag für Frauen und jugendliche Arbeiter tatsächlich eingehalten werde, ebenso der obligatorische Ladenschluß um 7 Uhr abends (10 Uhr abends an Samstagen), ferner die obligatorische alternative Arbeitsruhe an gewissen Wochentagen für Angestellte, die Brot oder Milch austragen. Weitaus einschneidender als all dies ist noch eine andere Funktion der Fabrikinspektoren, nämlich die Kontrolle über Einhaltung der von den Lohnkommissionen festgelegten Minimallöhne und Arbeitsbedingungen*). Dieselben fixieren die Maximaldauer der Arbeitszeit, die

* Siehe den Artikel über Lohn-Kommissionen an anderer Stelle des Blattes. Anm. der Redaktion.

zulässige Zahl und erforderliche Entlassung der Lehrlinge sowie das Minimum der Löhne an die beschäftigten Arbeiter, und diesen Sprüchen kommt Gesetzeskraft zu. Von den Inspektoren hängt es also ab, ob die segensvolle Gesetzgebung Australiens bloß Theorie bleibt oder aber der Rassengesundheit unschätzbare Dienste leistet.

Um nun eine möglichst wirksame Inspektion zu erzielen, griff die Regierung zu einem sehr nachdrücklichen Mittel: Sie wählt nämlich zu Inspektoren überwiegend solche Personen, die früher in den betreffenden Industrien als Arbeiter tätig waren und die Arbeitsbedingungen, all die Möglichkeiten der Übertretung der Vorschriften usw. aus eigener Anschauung kennen, und zwar Männer für die Industrien, die hauptsächlich männliche Arbeiter beschäftigen, Frauen für die Industrien mit überwiegender Frauenbeschäftigung. Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Inspektoren sich tatsächlich ihres Auftrages mit großer Energie und Teilnahme am Geschick ihrer ehemaligen Kameraden entledigen, andererseits jedoch sich von allen Übergriffen fernhalten. Nur sehr selten hat die vorgesetzte Behörde, an welche Appells gerichtet werden, Verfügungen der Inspektoren annulliert, so oft die Inspektoren auch Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften des Fabrikgesetzes zu ahnden haben, so insbesondere Überschreitung der Arbeitszeit oder Verstöße gegen die Bestimmungen, welche die Höhe der Minimallöhne festsetzen. Dieselben sind überdies in allen Fabriksälen angeschlagen, und der intelligente australische Arbeiter, die intelligente australische Arbeiterin kontrollieren selbst die Einhaltung der Vorschriften. Sie haben beim häufigen Besuch der Inspektoren, die ihnen menschlich nahestehen, sich über alle Detailverhältnisse bei diesen informiert und leicht Gelegenheit, eventuelle Übertretung der Vorschriften zur Anzeige zu bringen.

Unterstützt werden die staatlichen Inspektoren noch außerdem durch Delegierte eines privaten Verbandes, der „Anti-Sweating Ligue“, welche insbesondere solche Mißbräuche, die vom strikten Wortlaut der Gesetze noch nicht getroffen werden, untersuchen und zur öffentlichen Kenntnis bringen, wodurch sie den Weiterausbau der Gesetzgebung befördern.

Die Macht der öffentlichen Meinung selbst ist in Australien eine derartige, daß die Unternehmerschaft sich wohl hütet, ihre Kritik herauszufordern.

Für Australien charakteristisch und für die ganze Aktion überaus günstig ist es, daß ein großer Teil seiner Arbeitgeber mit den neuen Gesetzen und ihrer rigorosen Durchführung absolut einverstanden ist; eben diese Arbeitgeber hatten stets freiwillig günstige Arbeitsbedingungen gewählt und sehen sich nun durch das Gesetz jener Konkurrenten enthoben, die vermöge niedrigerer Arbeitslöhne ihnen gefährlichen Wettbewerb bereitet hatten. Auch dort, wo es zur Stellungnahme der Liga, resp. zu Strafanträgen der Arbeiterinspektoren kommt, ist die öffentliche Meinung daher durchaus nicht in eine „Partei der Unternehmer“ und eine „der Arbeiter“ geteilt; es handelt sich hier nur um eine soziabile Mehrheit und eine unsoziabile Minderheit. Die Kooperation der gesetzgebenden Körperschaften, der öffentlichen Meinung und ihrer Verbände, der Unternehmer, der Arbeiter und der Inspektoren ermöglicht so die völlige Durchführung wohlthätigsten Arbeiterschutzes.



HENRY VIVIAN, LONDON, MITGLIED DES BRITISCHEN PARLAMENTS: WOHNUNGSREFORM IN ENGLAND.

IN England wie auch anderwärts hat die moderne industrielle Entwicklung zum rapiden Wachstum der Großstädte und zur Überfüllung der Wohnstätten in den neu erwachsenen Arbeitervierteln geführt. Vielleicht ist die Wohnungsnot daselbst trotzdem nicht ganz so schlimm als in den Großstädten des Festlandes. Der letzte Zensus meldet von fast 100 000 Familien mit 500 000 Mitgliedern, die bloß ein Zimmer als Wohnstätte besitzen, und von mehreren Hunderttausenden mit 2 150 000 Mitgliedern, die in zwei Wohnzimmern leben. In den Großstädten Deutschlands und Frankreichs gilt diese letztere Lage gewiß schon als relativ günstig für eine Arbeiterfamilie; in England aber mit seinem ausgeprägten Familiensinn, der auf ein festgefügttes eigenes Heim so überaus großes Gewicht legt, wird ein solcher Wohnstand von der öffentlichen Meinung als durchaus ungenügend bezeichnet. Die hygienischen und moralischen Übelstände des Beieinanderlebens so vieler Personen verschiedenen Geschlechts in engen Räumen haben stets aufs neue Versuche der Wohnungsreform angeregt. Der älteste Versuch ist die Gründung der Musterstadt Port Sunlight bei Liverpool, wo für die dortigen Hafenarbeiter eine allen modernen hygienischen Bedürfnissen angepaßte Reihe von Häusergruppen erbaut wurde, höchstens 14 einstöckige Häuser auf einem Hektar, jedes mit Gärtchen, freier Luft und freiem Blick. Eine interessante Statistik hat kürzlich festgestellt, wie sehr durch die Gründung von Port Sunlight die hygienischen Verhältnisse, speziell auch für die Kinder der dortigen Arbeiter, verbessert wurden. Das durchschnittliche Gewicht der Schulkinder beträgt in den Arbeiterbezirken von Liverpool bei 7 jährigen 43 Pfund, in Port Sunlight dagegen 50 Pfund, bei 11 jährigen 59 Pfund, in Port Sunlight dagegen 66 Pfund, bei 14 jährigen 76 Pfund, in Port Sunlight dagegen 105 Pfund, ein überraschender Beweis, wie sehr die besseren hygienischen Verhältnisse, vor allem der größere Luftraum der Wohnungen in Port Sunlight das Wachstum der Kinder und ihre Gesundheit gefördert haben. Auch andere Statistiken wurden in letzter Zeit vorgenommen, welche die überragende hygienische Bedeutung der Wohnungsverhältnisse dartun; so starben in der Londoner Arbeitervorstadt Finsbury von je 1000 Einwohnern in

Wohnungen mit 1 Zimmer	39
„ „ 2 Zimmern	22,5
„ „ 3 „	14,8
„ „ 4 „ und mehr	6,4

Gewiß spielt da auch die größere Wohlhabenheit und die damit verbundenen günstigeren Allgemeinverhältnisse der Familien, deren Einkommen die Bewohnung von 4 Zimmern ermöglicht, eine Rolle; speziell aber zeigt der scharfe Unterschied der Sterblichkeitsrate zwischen ein- und zweizimmerigen Wohnungen, die ja beide von Familien des Arbeiterstandes bewohnt werden, doch deutlich deren hygienische Verschiedenwertigkeit.

Aus der allgemeinen Würdigung dieser Probleme ging das Wohnungsgesetz hervor, das derzeit im britischen Unterhause zur Verhandlung steht und dort den Sympathien nicht bloß der liberalen Mehrheit, sondern des ganzen Hauses begegnet. Es wird den Gemeindebehörden ausgedehnte Vollmachten verleihen, beim Neubau von Häusern weitgehende hygienische Vorschriften

zur Geltung zu bringen resp. den Bau unhygienischer Wohnungen zu verbieten; speziell soll auch die Anlage von breiten Straßen als Luftkanälen in dicht zu besiedelnden Arbeitervierteln obligatorisch gemacht werden. Aus derselben Stimmung ging die Gründung von Musterstädten hervor, welche allen Forderungen der Hygiene genügen und zugleich Prinzipien der Bodenreform verwirklichen sollen, so insbesondere außer dem schon genannten Port Sunlight die Arbeiterstädte Bournville und Earswick und die Gartenstadt Letchworth. Diese letztere wird von einer Gesellschaft gebaut, welche Eigentümerin des Bodens bleibt und damit die Steigerung des Bodenwertes den allgemeinen Interessen der Gemeinde zugute kommen läßt. Große Parks werden zwischen den einzelnen Stadtteilen angelegt, um so den Bewohnern Luft und freie Bewegungsmöglichkeit und den Kindern Spielplätze zu bieten; klug gewählte städtische Anlagen, Beleuchtungs- und Kraftwerke tragen zur Annehmlichkeit der Bewohner bei.

Am zukunftsreichsten ist aber wohl die Bewegung für genossenschaftlichen Wohnungsbau, denn während die Gartenstädte in den nächsten Jahrzehnten zweifelsohne nur eine Ausnahme bleiben werden, steht der Ausbreitung des ersteren nichts im Wege.

In England steht das Grundeigentum, sowohl auf dem flachen Lande als auch in den Städten, großen Grundbesitzern zu, die ihren Boden an Private verpachten und diesen so die Möglichkeit geben, auf ihre eigenen Kosten Häuser zu errichten. Immer bleiben sie aber nur Teileigentümer ihrer Wohnstätten, aus welcher Zwitterstellung sich ständig Reibungen zwischen Grundbesitzer und Hausbesitzer ergeben. Demgegenüber haben sich nun Gesellschaften gebildet, welche aus zwei Gruppen von Mitgliedern bestehen und zwar 1. Kapitalisten, welche eine sichere, wenn auch mäßige Verzinsung (in der Regel 4 oder 5%) suchen, und 2. Personen, welche Wohnstätten erwerben wollen. Die Gesellschaft kauft einen Landstrich an, auf dem sie etwa 20—25 Häuser pro Hektar erbaut, jedes von einem Garten umgeben, mit der Möglichkeit, Tennisplätze, Rasenflächen und Spielplätze für die Kinder anzulegen, und mit einem weiter ausgedehnten Sportplatz für jede Häusergruppe. Alle bestehenden Bäume werden nach Möglichkeit bewahrt und die ganze Anlage in planmäßiger Weise und unter Benutzung aller natürlichen Vorteile durchgeführt. Die Häuser werden dann vermietet und die Mieter selbst erhalten ihren Anteil am Gewinn der Gesellschaft, nachdem die üblichen 4 oder 5% Zinsen an die Kapitalbesteuernden Mitglieder bezahlt sind. Die Mieter erhalten jedoch ihre Gewinnanteile nicht in Geld, sondern in Aktien der Gesellschaft und werden so am Weitergedeihen derselben interessiert. Auch diese Genossenschaften gehen insofern nach dem Prinzip der Gartenstadt Letchworth vor, als das Steigen der Bodenpreise infolge des Ausdehnens der Siedelung nicht einem einzelnen Grundbesitzer zugute kommt, sondern der Gesellschaft, d. h., ihren Mietern.

Unter den Gesellschaften, die vielfach glänzende Erfolge aufzuweisen haben, sei die zu Ealing erwähnt, die zwar erst 8 Jahre besteht, aber bereits in dieser kurzen Spanne 208 Häuser erbaut hat und 248 andere zu bauen im Begriffe ist. Spiel- und Erholungsplätze sind in großer Anzahl vorgesehen, auch ein Schwimmbad wird errichtet, die alten Bäume blieben alle stehen, neue werden gepflanzt; eine Bibliothek, ein Versammlungsraum, ein Spielsaal stehen den Bewohnern der Kolonie zur Verfügung. Die Bewohner selbst werden durch die Gartenanlagen zu eigener Tätigkeit angeregt

und halten ihre Hausgärten in schöner Ordnung. Ein Rat von 11 Mitgliedern verwaltet die Geschäfte der Gesellschaft, und 7 davon sind zugleich Mieter. In Letchworth hat die Gartenstadtgenossenschaft 275 Häuser errichtet und dort angesichts der günstigen Allgemeinbedingungen ganz besonders viel für Gärten und ästhetische Schönheit getan. Ein großer Konzertsaal, der für 500 Gäste Raum hat, steht den Mitgliedern zur Verfügung.

Auch in der Londoner Vorstadt Hampstead ist eine solche Wohnungs-genossenschaft mit Erfolg begründet worden, der ganzen Anlage nach ähnlich wie die obgenannten. Noch größer ist die Harborne-Gesellschaft in Birmingham, die von dem Wohnungsreformer Nettlefold begründet wurde und bereits 450 Häuser errichtet hat. Im ganzen bestehen zur Zeit in England 9 Gesellschaften, die zusammen 2864 Häuser besitzen; beide Zahlen sind in raschem Wachsen begriffen.

Auf dem Gebiete der Gesellschaften sind Wohnungen mit 1 und 2 Wohnräumen pro Familie unbekannt, es werden überhaupt nur drei- und vierzimmerige Wohnungen hergestellt. Auf jedem Hektar werden nur 20—25 Häuser, statt 80—100 erbaut, wie dies bei privaten Grundbesitzern üblich ist. Vor allem aber ist es der oben erwähnte Reichtum an Bäumen und Gartenanlagen, welcher diesen Kolonien einen so unvergleichlich wohltuenderen Anblick verleiht als die Steinwüsten, die bisher für die englischen Arbeiterstädte so charakteristisch waren.

Aber auch andere moralische und soziale Vorteile erwachsen aus dem neuen Prinzip. Gewiß mögen äußerlich — ähnliche Gründungen auch von weitblickenden privaten Arbeitgebern für ihre Arbeiter versucht werden; aber während in diesem Falle die Bewohner ein Geschenk annehmen, sind sie in der Genossenschaft Mitträger des Gedankens. Ferner errichtet dieselbe nebeneinander Häuser verschiedener Größe und verschiedener Wohnungszinse; so kommen auch in gewissem Grade Familien verschiedener Lebenshaltung und verschiedener Lebensstellung als Nachbarn nebeneinander, was deren Gesichtskreis nur erweitern kann; das lebendige Interesse, das jeder am Nachbar nimmt, verhindert es auch, daß die einzelnen Häuser verwahrlosen. Im übrigen übt die Gesellschaft auch nach dieser Richtung hin eine strenge Kontrolle aus.

Auch über den Bereich der genossenschaftlichen Gründungen wirkt deren gutes Beispiel und hebt den ganzen Standard der umliegenden Wohnungen. Die Möglichkeiten der Wohnungsreform werden immer weiteren Kreisen klar, die öffentlichen Gewalten greifen in paralleler Weise ein. So geht von all diesen Reformen ein ebenso anregender Einfluß auf die öffentliche Meinung über, wie die Reformen ihrerseits von der Strömung der öffentlichen Meinung begründet wurden und England, das sich zuerst vor das Problem der modernen Großstädte gestellt sah, wird vielleicht auch das erste Land sein, das ihren schwersten Schäden der Unhygiene erfolgreich und nachahmungswürdig zu Leibe geht.



EMILE VANDERVELDE, MITGLIED DES BELGISCHEN PARLAMENTS, BRÜSSEL: DAS GROSSSTADT-PROBLEM.

DER Dichter Emile Verhaeren hat das Wort von den „Polypenstädten“ geprägt und damit in packender Weise die anziehende Kraft zum Ausdruck gebracht, welche die Städte auf das flache Land ausüben. Sie berauben es seiner Bewohner, ziehen seine Landbauern aus ihren Gefilden in die überfüllten Massenquartiere der Städte und bilden aus ihnen die industrielle Reservearmee des Kapitals.

Das Problem ist für die Gesundheit unserer Rasse ein überaus bedeutendes und verdient unparteiische Erwägung. Untersuchen wir in folgendem die Tendenzen, welche in der angedeuteten Richtung, und die, welche in der entgegengesetzten wirken.

Die oben geschilderte Erscheinung ist sowohl in Ländern mit stark zunehmender Bevölkerung wie Deutschland und England als auch in solchen mit stillstehender Bevölkerung wahrzunehmen. Auch in Frankreich wachsen die Städte, während andererseits in der Mehrzahl der Departements, die hauptsächlich ländliche Bevölkerung besitzen, die Bevölkerungsziffer zurückgeht. Selbst in Deutschland zeigt sich in der Dorfbevölkerung eine kleine Abnahme trotz des enormen Anwachsens der Gesamtbevölkerung; für England gilt dasselbe. Ja, was besonders schlimm, gerade die rüstigsten jungen Männer und Frauen verlassen die Dörfer Groß-Britanniens; Greise und Sieche bleiben zurück, die produktive Kraft des flachen Landes erstickt. Fragen wir nach den Ursachen dieser Entwicklung, so finden wir im wesentlichen wirtschaftliche Tatsachen. Mit Unrecht hat man vielfach die Sucht nach einem neuen, leichteren Leben und nach lockenden Vergnügungen als Hauptursache der Landflucht angegeben. So leicht beweglich auch die menschliche Natur sein mag: Schon Adam Smith hat gesagt, daß keine Pflanze schwerer zu verpflanzen sei als der Mensch. Er wählt nicht in seiner Gattungsgesamtheit den neuen Wohnsitz und ändert nicht all seine Traditionen und Gewohnheiten, wo ihn nicht gewichtige, wirtschaftliche Kräfte treiben.

Entscheidende Ursache der Wanderung in die Städte ist der verhältnismäßige Rückgang der Landwirtschaft gegenüber der Industrie, der sich in den meisten Ländern zeigt und einerseits auf die Verbesserung der landwirtschaftlichen Maschinen, welche die Zahl der notwendigen Arbeitskräfte vermindern, andererseits aber hauptsächlich auf das Aufblühen der Großindustrie zurückzuführen ist, die für den überseeischen Export arbeitet und mehr und mehr Arbeitskräfte an sich zieht. Mag dieser Anlaß zur Stadtwanderung als durchaus natürlich und unabwendbar gelten, so ist es ganz anders mit dem zweiten und ebenso wichtigen Grund, nämlich dem Trieb vieler Arbeiter, den vielfach noch auf dem Lande herrschenden feudalen Verhältnissen zu entgehen und in der Stadt nicht nur besseren Lohn, sondern auch menschenwürdiger Behandlung und Unabhängigkeit gegenüber dem Brotherrn zu finden. Dieser letztere Grund vermehrt die Abwanderung nach den Städten noch weit über das wirtschaftlich zulässige Maß und entzieht der Landwirtschaft selbst jene Arbeitskräfte, deren sie trotz der Einführung der Maschinen

noch immer bedarf. Nur die Demokratisierung auch der ländlichen Arbeitsverhältnisse, die Gleichstellung derselben mit denen der Stadt, kann hier Wandlung schaffen; nur wenn die ländlichen Arbeitgeber die Notwendigkeit dieser Entwicklung erfassen und sich ihr nicht länger widersetzen, können sie der Landflucht, die ihre eigenen Interessen so hart schädigt, eine Grenze setzen. Auch der Bau von angemesseneren Wohnungen für Landarbeiter, sowie ferner die Ausdehnung staatlicher Wohlfahrts-einrichtungen u. a. m. wären nach dieser Richtung hin von großer Bedeutung.

So lösbar nun auch an sich dieses Problem erscheint, um so weniger Ansätze zeigen sich bis jetzt zur praktischen Durchführung der notwendigen Einleitungen. Die Landwirtschaft verliert mehr und mehr ihre Arbeitskräfte. — Andererseits scheint die Bewegung vom Land in die Städte doch ihrem Ende entgegenzugehen, nicht deshalb, weil neue Arbeitskräfte zur Landwirtschaft strömen, sondern weil die Industrie selbst aus den Städten auf das Land hinauskommt:

1. Viele Fabriken, die an Wasserkraft gebunden sind, haben die Notwendigkeit erkannt, solche außerhalb der Stadt an den von der Natur gegebenen Punkten zu suchen; 2. andere Fabriken haben die Städte verlassen, um billigere Arbeitskräfte zu suchen; 3. es wird stets häufiger, daß auch Arbeiter, die in der Stadt beschäftigt sind, doch vorziehen, auf dem Lande zu wohnen; 4. gewisse Kulturen (Gemüse- und Obstbau), die weitaus mehr persönliche Kräfte benötigen als die eigentliche Landwirtschaft, werden immer blühender.

Die ganze Gegenströmung allerdings, welche die Städte allmählich zu entleeren strebt, hängt mit einem wichtigen Moment zusammen: den niedrigen Preisen der Verkehrsmittel. Während der ersten Jahre, die dem Bau der Eisenbahnen folgten, haben diese die Entwicklung der großen Städte begünstigt, indem sie die Bevölkerung um ihre Knotenpunkte sammelten; heute dagegen beginnen sie in entgegengesetztem Sinne zu wirken. In den ländlichen Bezirken rings um die Großstädte, an den Bahnhöfen der Verkehrslinien erwachsen mehr und mehr industrielle Ansiedlungen. Die niedrigen Bahntarife und die Ausbreitung des Eisenbahnnetzes erlauben den Fabrikanten, ihre Fabriken über das Land verstreut anzulegen, wo der Baugrund billiger und die Lebensmittel wohlfeiler, die Arbeitslöhne folglich auch immerhin geringer sind. — Wichtiger ist vielleicht noch der andere Gesichtspunkt, daß nämlich die Vermehrung der Straßenbahnen und der Arbeiterzüge Tausenden und Abertausenden Arbeitern der Städte es ermöglicht, ihre Wohnung im Dorfe beizubehalten und bloß tagsüber in der Stadt zu bleiben. Überaus große hygienische Vorteile sind damit verbunden.

Gerade in Belgien läßt sich diese Erscheinung im großen konstatieren. Mehr als $\frac{1}{10}$ der in den Städten beschäftigten Arbeiter wohnen in den umliegenden Dörfern und ebenso viele Beamte tun das gleiche. Die von den belgischen Staatsbahnen bewilligten Tarife sind eben so niedrig, daß die Arbeiter für sechs Hin- und Rückfahrten weniger bezahlen als ein gewöhnlicher Reisender für ein einziges Mal. Die belgischen Staatsbahnen bringen hierfür bedeutende Opfer; man schätzt sie auf 12 Millionen Mark pro Jahr; aber so allein ist es möglich, die belgischen Dörfer zu bewahren und den schweren Schäden, die mit der Anhäufung der Großstädte verbunden sind, in gewissem Grade zu entgehen. Ebenfalls durch die Tarifpolitik der Bahnen und durch Erleichterungen für den Transport von Milch, Blumen, Obst und Gemüse, für die eigene Waggons bereit gestellt und den Schnellzügen an-

geschlossen werden, können viele dieser Kulturen mit zahlreichen Arbeitskräften, die bisher nur hart am Rande der Städte möglich waren, nun mehr und mehr auch in größerer Entfernung von denselben betrieben werden.

Gewiß sind alle diese Entwicklungstendenzen heute noch nicht ebenso stark wie die nach der Stadt hinstrebenden, dennoch wird das Gleichgewicht bald erreicht sein. Entscheidende Bedeutung kommt hierbei, wie wir gesehen, den Eisenbahntarifen und der Verkehrspolitik im allgemeinen zu; überaus große Werte für die Volksgesundheit können aus einer richtigen Leitung derselben erwachsen. Freilich, um diesen Gesichtspunkten Rechnung zu tragen, müssen die Bahnen mehr im Allgemeininteresse als von finanziellen Gesichtspunkten aus verwaltet werden, und Privatbahnen können dies naturgemäß nicht tun. Der Staat allein kann da aufkommen, und ein Staatsbahnsystem, wie es bei uns in Belgien besteht, ist daher für die Lösung der Großstadtfrage von überaus großem Wert.

Das Problem der Verteilung der Bevölkerung auf dem flachen Lande weist gebieterisch nach einer Reform, wie sie von den fortgeschrittenen Parteien allüberall vertreten wird, der Verstaatlichung der Eisenbahnen resp. dort, wo dieses Ziel bereits erreicht (wie in Deutschland), nach Betrieb der Eisenbahnen nicht im fiskalischen Interesse des Staates, sondern im sozialen Interesse der Bevölkerung.



EINE NEUE KRANKHEITS- UND STERBLICHKEITS-STATISTIK.



INE Riesenarbeit des Kaiserlich Statistischen Amtes sieht jetzt ihrer Vollendung entgegen. Es handelt sich dabei um die Ausführung eines Beschlusses des Reichstages, der 325 000 M. bewilligte zur Aufstellung einer auf exakter Berechnung beruhenden Morbiditäts- und Mortalitätsstatistik, also einer Statistik über die Häufigkeit der Erkrankungen und Sterbefälle. Eine derartige Statistik, die Anspruch auf absolute Zuverlässigkeit erheben kann, existierte seither noch nicht. Die einschlägigen Berechnungen beruhten nur auf beschränkten Beobachtungen, teilweise auch nur Schätzungen. Das war ein großer Mangel. Die Verwaltungen der Kranken-, Invaliden- und Sterbekassen, die Kassenärzte, die Gewerbeinspektoren usw. hatten seither keinen Maßstab um festzustellen, inwieweit ihre Beobachtungen der Wirklichkeit entsprachen. Hierdurch waren nicht nur Reichsämter (wie z. B. das Kaiserl. Gesundheitsamt und das Aufsichtsamt für Privatversicherung) in ihrer Tätigkeit behindert, auch der medizinischen Wissenschaft fehlten vielfach die nötigen Grundlagen, auf der sie zweckmäßige Vorschläge in der Richtung des Arbeiterschutzes hätte machen können. Gerade aus letzterwähntem Grunde haben auch die Arbeiter alle Ursache, das neue Werk zu begrüßen.

Zur Grundlage der Statistik wurde das Personal- und Krankenkartenmaterial der Ortskrankenkasse Leipzig und Umgegend benutzt. Diese Kasse

ist die größte Ortskrankenkasse des Deutschen Reiches, zählt sie doch gegenwärtig rund 165 000 Mitglieder. Zur Beobachtung kamen etwa 2 Millionen Mitgliederjahre. Zur Aufnahme des Urmaterials waren in den Jahren 1903 bis 1907, also während 5 Jahren, eine größere Anzahl Beamte, zeitweise gegen 100, in den Räumen der Ortskrankenkasse Leipzig auf Kosten des Reiches tätig. Die gewonnenen Unterlagen wurden 1908 unter wissenschaftlicher Leitung des Geheimrats Prof. Dr. Mayet im Kais. Stat. Amt zusammengestellt.

Über das Ergebnis der Statistik sei auf Grund der der Ortskrankenkasse Leipzig gewordenen Mitteilungen Nachstehendes wiedergegeben. Es wurde zunächst aufgestellt 1. eine Statistik der Erkrankungshäufigkeit ohne Unterscheidung der Berufe und Krankheitsformen, 2. eine solche ohne Unterscheidung der Krankheitsformen, 3. mit Unterscheidung der Krankheitsformen und 4. mit Unterscheidung der Berufe und Krankheitsformen. Eine „Morbiditäts-Serientafel“ zeigt z. B., daß, wenn die Zahl der Unterstützungstage bei 34 wöchiger Unterstützung als 100 gesetzt ist, dann bei 13 wöchiger Unterstützungsdauer 90,0 Unterstützungstage und bei 26 wöchiger Unterstützung 98,1 Unterstützungstage zu verzeichnen sind. Eine Kasse, die 34 Wochen unterstützt, hat demnach nur 1,9% mehr Unterstützungstage als eine Kasse, die 26 Wochen und 10% mehr als eine Kasse, die 13 Wochen unterstützt. Betrachtet man die nach den obigen Grundsätzen aufgestellten verschiedenen Tabellen, so ist höchst auffallend der merkwürdig gleichmäßige Verlauf der einzelnen Kurven. Die ganze Statistik ist von Bedeutung für die Erfassung der Gesetzmäßigkeit, die das menschliche Leben beherrscht.

Eine der „Morbiditäts-Mortalitäts-Tafeln“ (Krankheits- und Sterbetafeln) zeigt uns, daß z. B. ein Todesfall hervorging aus:

Altersklasse	Krankheitsfällen	Krankheitstagen
unter 15	403,5	6346,7
20—24	76,6	1418,8
30—34	65,6	1386,7
40—44	39,3	966,7
50—54	25,0	716,7
60—64	16,7	576,4
70—74	11,7	519,4

Je älter also ein Mensch ist, um so kleiner ist die Zahl der Krankheitsfälle und -tage, aus denen ein Todesfall hervorgeht.

Wie sehr verschieden die Kurve für das männliche und für das weibliche Geschlecht verläuft, dafür die folgende Zusammenstellung: Auf 100 beobachtete Personen entfielen Krankheitstage pro Jahr:

Altersklasse	männliche Personen	weibliche Personen
unter 15	595,0	533,5
25—29	705,5	1205,4
35—39	940,9	1465,3
45—49	1243,4	1495,9
55—59	1704,7	1485,0
65—69	2460,3	2376,0
75 und darüber	4042,9	2512,1

Die Tabelle gibt uns eine Begründung unserer Forderung nach erhöhtem Mutterschutz. Die Kurve der Frauen zeigt, wie schädigend auf sie die Doppelaufgabe, Weib und Arbeiterin zu sein, einwirkt. Das gebärfähige Alter bringt eine ganz hohe Steigerung der Krankheitstage der weiblichen Personen gegenüber den männlichen. Nur in der Jugend und im höheren Alter zeigt das weibliche Geschlecht eine größere Widerstandsfähigkeit gegen die Krankheitsgefahr.

Ein weiterer merkwürdiger Unterschied ist der zwischen den Pflichtmitgliedern und den freiwilligen Mitgliedern einer Krankenkasse. Die letzteren zeigen eine viel höhere Krankheitsgefahr als die ersteren. Das ist nur natürlich, denn die freiwillige Mitgliedschaft erwerben meist nur solche Personen, die sich kränklich fühlen. Eine Kasse, die viel freiwillige Mitglieder hat, muß daher finanziell ungünstiger dastehen, als eine Kasse, bei der diese Zahl gering ist.

Außer diesen Feststellungen, die auch allgemeines Interesse haben, bringt die Statistik noch eine Unsumme von Material, das besonders für den Fachmann: den Versicherungstechniker, den Arzt usw. Interesse hat. Im allgemeinen wird die umfassende Arbeit eine Fülle von Anregungen geben. Hoffen wir, daß sie auch tatsächlich dem sozialen Fortschritt förderlich sein wird und die berufenen Stellen, wie Gesetzgebung usw. die Lehren, die sie gibt, nicht unbeachtet lassen werden.



DR. JULIUS DEUTSCH, WIEN: DIE TARIFVERTRÄGE IN ÖSTERREICH.

ALS die ersten Tarifverträge auf den Kontinent zum Abschlusse kamen, erweckten sie ebenso große Hoffnungen auf der einen, als Befürchtungen auf der anderen Seite. Aber die friedfertigen Sozialpolitiker, die in den Tarifabschlüssen den Beginn einer Ära klassenkampflosen Friedens erblickten, wurden durch den Gang der Entwicklung ebenso enttäuscht, wie die sehr vorsichtigen Arbeiterführer, die eine Verflachung der modernen Arbeiterbewegung als die Folge der Tarifverträge heraufziehen sahen. Nun sich der Tarifvertrag in fast allen bedeutenden Gewerben durchgesetzt, wissen wir, daß er die wirtschaftlichen Kämpfe zwischen Arbeiter und Unternehmer nicht beseitigt, daß er sie aber in andere, wenn man will humanere Formen preßt, als sie bisher üblich waren.

In Österreich war es, wie in Deutschland, das Buchdrucker-gewerbe, das die ersten Tarifverträge aufwies. Schon im Jahre 1848 schlossen die Wiener Buchdruckereibesitzer mit ihren Gehilfen ein Übereinkommen über die Arbeitsbedingungen ab, das von jedem Buchdruckereibesitzer eigenhändig unterzeichnet wurde, um die geschlossene Vereinbarung zu bekräftigen. Später gelang es den Buchdruckern, Kollektivverträge abzuschließen, die für ganze Provinzen Geltung hatten, im Jahre 1896 trat schließlich ein Normaltarif in Kraft, der seine Wirksamkeit über das ganze Reich

erstreckte. Neben den Buchdruckerverträgen gab es bereits frühzeitig Abmachungen zwischen Unternehmern und Gehilfen anderer Gewerbe, die in den Gewerkschaften zum Abschlusse gekommen waren.

Eine allgemeinere Verbreitung und moderne Ausgestaltung fanden die Tarifverträge indes erst in den letzten Jahren, als die Gewerkschaftsbewegung erstarbt war und von den Unternehmern das Recht erzwang, bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen gehört zu werden. Die folgende Tabelle gibt ein Bild von der Entwicklung des österreichischen Tarifvertragswesens in den letzten Jahren:

Jahr	Zahl der Tarifverträge	Zahl der beteiligten Arbeiter
1890—1904	37	24 656
1904	75	75 441
1905	242	87 602
1906	517	217 984
1907	727	183 664
Summa: 1598		589 347

Unter den Tarifverträgen verstehen wir sowohl die Abmachungen der Arbeiter eines Betriebes mit ihrem Prinzipale als auch die der Arbeiter mehrerer Betriebe mit mehreren Unternehmern. Die erstere Art der Tarifverträge nennen wir „Firmen- oder Werkstätten“- , die letztere Art „Kollektivverträge“ im engeren Sinne des Wortes. Die Firmenverträge sind an Zahl wohl sehr bedeutend; was die an ihnen beteiligte Arbeiterzahl anbelangt, aber viel weniger imponierend. Unter allen abgeschlossenen Tarifverträgen waren 857 Firmenverträge, die aber nur 121 426 Arbeiter umfaßten. Nahezu vier Fünftel aller an den Tarifverträgen beteiligten Arbeiter entfielen auf die kollektiven Vereinbarungen im engeren Sinne dieses Wortes.

Der größte Teil der österreichischen Tarifverträge kam natürlich in den Industriegebieten, in Niederösterreich, Böhmen und Mähren zum Abschluß. Allmählich dringen indes die Gewerkschaften auch in die entlegeneren, weniger industriereichen Gebiete vor und setzen bald hier, bald dort Tarifverträge durch. Nun kann konstatiert werden, daß die Gewerkschaften bereits in jedem der österreichischen Lande in die Lage gekommen waren, Tarifverträge abzuschließen. Von Spalato im Süden bis Tetschen-Bodenbach im Norden, von der östlichen Bukowina bis zum westlichen Vorarlberg schließt sich das, freilich mitunter auch ziemlich weitmaschige Netz der kollektiven Arbeitsverträge.

Die rasche Entwicklung der Tarifverträge zeugt von der raschen Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung. Wo bis vor kurzem noch der Fabrikabsolutismus nach Belieben schalten und walten konnte, herrscht nun der geordnete Zustand konstitutionellen Regimes. Die Fabrikherren sind nicht mehr allmächtig, sondern müssen mit der Gewerkschaft, als der berufenen Vertreterin der Arbeiterschaft, unterhandeln. Die Arbeitsbedingungen werden den Arbeitern nicht mehr einseitig diktiert, sondern im Einverständnisse mit ihnen festgesetzt. Die Tarifverträge weisen ein Bild fortgesetzter Verbesserungen der Arbeitsbedingungen auf, können doch die Unternehmer sich die nötige Ruhe in ihrem Betriebe nur durch kluges Entgegenkommen gegenüber den Wünschen der Arbeiterschaft erkaufen.

Von zwei Dritteln aller abgeschlossenen Tarifverträge konnte mit Sicherheit konstatiert werden, daß sie den Arbeitern eine L o h n e r h ö h u n g gebracht hatten, 883 Tarifverträge mit 335 622 Arbeitern ent-

hielten eine Arbeitszeitverkürzung. Diese gewaltigen Erfolge treten erst in das richtige Licht, wenn man bedenkt, wie viele weittragende andere Vergünstigungen die Tarifverträge enthalten. In 915 Tarifverträgen war eine höhere Entlohnung der Überstunden, in 246 eine höhere Entlohnung der Nacharbeit, in 453 eine höhere Entlohnung der Arbeit an Kalenderfeiertagen vorgesehen. Zahlreiche Verträge sichern den Arbeitern einen jährlichen Erholungsurlaub, andere Zuschüsse der Unternehmer in Erkrankungsfällen usw. usw. Immer weiter greift der Kreis der Tarifverträge, immer mehr Seiten des Arbeitsverhältnisses in seine Sphäre ziehend.

Nun muß natürlich darauf hingewiesen werden, daß es keine magisch-dunkle Eigenschaft just des Tarifvertrages ist, die die Arbeitsverhältnisse verbessert. Die Kraft der gewerkschaftlichen Organisationen erringt die Vorteile, sie bedient sich des Tarifvertrages nur, um das Errungene besser zu sichern. Die Bestimmungen der Tarifverträge sind aber ein treffliches Spiegelbild, aus denen das, was erreicht worden ist, sehr deutlich zutage tritt. — Von den weiteren Fortschritten der österreichischen Gewerkschaftsbewegung ist auch die Entwicklung des Tarifvertragswesens abhängig. Alles, was der Tarifvertrag ist, ist er durch eine starke Gewerkschaftsorganisation; wo diese fehlt, bleibt er als ein hoffnungsloses Treibhausgewächs in seiner Entwicklung stecken. Der rasche Aufschwung und die innere Kräftigung der österreichischen Gewerkschaftsbewegung — die nun numerisch die drittstärkste in Europa ist — bürgen dafür, daß auch für den Tarifvertrag in Österreich neue Möglichkeiten der Verbreitung und der besseren Ausgestaltung erschlossen werden.



CHRONIK

KAMPF gegen die Arbeitslosigkeit in Australien. Auch in Australien haben wiederholt Industriekrisen eingesetzt, die Arbeitslosigkeit nach sich zogen. Aber ungleich anderen Ländern, hat man sie daselbst nicht als ein unvermeidliches Naturgeschick aufgenommen, sondern Volk und Regierung wetteiferten in der Beschaffung neuer Arbeitsgelegenheit. Schon im Jahre 1892 wurden ernste Versuche in dieser Richtung unternommen und man beschloß, die arbeitslosen Industriearbeiter aufs Land hinaus zu führen und dort genossenschaftliche Siedelungen für Landbauzwecke zu errichten. Mein Freund, Reverend Canon Tucker, der mir die Ehre erwies, mich zu

seinem Mitdirektor zu erwähnen, und ein beratendes Komitee von Geschäftsleuten traten an die Verwirklichung des Planes heran. Öffentliche Sammlungen brachten rasch bedeutende Geldsummen auf; die Regierung gab eine Subvention (60000 M.) und mehrere Hundert Männer, Frauen und Kinder vertrauten sich unserer Leitung an. Zeltlager wurden zunächst errichtet und dann ans Werk gegangen.

Allerdings zeigten sich bald gewisse psychologische Schwierigkeiten: Arbeiter, die gewohnt gewesen waren, im Dienste eines Unternehmers und nur auf dessen Geheiß zu arbeiten, konnten nicht sofort alle jene Gaben in sich entwickeln, die zur Tätigkeit

aus freiem Antrieb und zum Besten einer frei erwählten Gemeinschaft befähigen. Trotzdem ging die Arbeit voran; wir erhielten Aufträge für Lieferung von Eisenbahnschwellen und konnten in den uns überwiesenen Waldungen Sägemühlen bauen, um diesen Aufträgen nachzukommen. So verdiente unsere Genossenschaft einiges Bargeld, das zum Unterhalt der Mitglieder hinreichte, während die freie Zeit derselben auf den Bau von Ansiedelungen und Urbarmachung von Waldstücken verwendet werden konnte. Trotz aller Schwierigkeiten arbeitete man in dieser Weise, als ein Regierungswechsel, der Männer mit entgegengesetzten Interessen an die Spitze brachte, unser Unternehmen schwer bedrohte. Jede Fortsetzung der Regierungssubvention wurde uns verweigert, nach dreijähriger Tätigkeit stellten wir unsere Arbeit ein; unsere Mitglieder kehrten in die Städte zurück, in denen inzwischen die Krise und Arbeitslosigkeit gewichen war; immerhin hatten wir eines erreicht: das Heer der Arbeitslosen 3 Jahre lang zu vermindern und so zu einer neuen Besserzeit hinüber zu leiten.

Kurz darauf unternahm es die Regierung ihrerseits ähnliche Siedelungen zu veranstalten; zum Teil auch auf genossenschaftlicher Basis, zum Teil in freier Vergebung von Land. Anfangs wurden die Siedler auch finanziell unterstützt. Diese Siedelungen gediehen prächtig. Ungefähr die Hälfte der Vorschüsse (1 300 000 M.) ist inzwischen zurückgezahlt worden und die Niederlassungen zählen heute 7600 Mitglieder, die 25000 ha bebauen.

So konnte, sei es auch nur in kleinem Maßstabe, ein Teil der Arbeitslosen zu nützlicher Beschäftigung im Landbau herangezogen werden und an einigen Punkten, wo ihr Vorhandensein noch weiter auf die

Löhne gedrückt hätte, dies verhindert werden. Man kann daher sagen, daß das Experiment im australischen Staate Victoria wohl nur in ganz kleinen Grenzen unternommen ward, in diesen Grenzen aber trotz gewisser Schwierigkeiten Erfolg erzielte.

Reverend Charles Strong, Melbourne.



Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit in England. Die Arbeitslosenkrise, die in diesem Winter schwerer als seit langem über England hereingebrochen ist, fand dieses nicht unvorbereitet. Eine Reihe von Institutionen bestehen, welche bestimmt sind der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken: 1. Die Staats- und Kommunalbehörden, welche in der Lage sind, notwendige Arbeiten, die man sonst zu anderem Zeitpunkte vorgenommen hätte, auf den Winter zu verlegen; allerdings mag deren Aktion noch größerer Zielbewußtheit und Planmäßigkeit bedürfen. Nichts steht in der Tat dem im Wege, daß die Regierung den Bau von Straßen, die Aufforstung von Wäldern, oder auch die Aufführung öffentlicher Gebäude usw. gerade in der Krisenzeit vornehmen lasse. Solche Arbeiten können den ganzen Winter hindurch vorgenommen werden, nicht als eigentliche „Notstandsarbeiten“ für die Arbeitslosen, sondern als wirksame, produktive Werke. Die besten Arbeiter wären zu verwenden und untaugliche zu entlassen. Mögen so auch nur wenige Arbeiter von der Straße weggenommen werden, so würden gute Arbeiter doch in steter Beschäftigung bleiben und eine günstige Einwirkung auf den Arbeitsmarkt ausgeübt werden.

2. Die Armenräte, denen durchaus verschiedene Aufgaben obliegen. Wohl ist das Gesetz, nach dem sie zu handeln haben, bereits veraltet, aber doch vermögen sie manches. Allerdings müssen sie aus der großen Zahl

der Arbeitslosen jene für ihre Tätigkeit auswählen, welche am tiefsten stehen und gewöhnliche Arbeit unter keinen Umständen finden könnten. Ferner kommen für sieledige Männer, die für keine Familie zu sorgen haben, usw. in Betracht. Allen diesen können sie das **Arbeitshaus** eröffnen und so den Leuten bei allerdings harter Arbeit die Gelegenheit zur Erwerbung ihres Lebensunterhaltes geben. Der Arbeitsrat des Bezirkes Whitechapel in Ostlondon hat diesen Plan bereits einen Winter lang durchgeführt und legte besonderen Wert darauf, daß die Arbeit in der Anstalt in keiner Beziehung entwürdigend wirke, daß die Leute zu nützlicher Tätigkeit angehalten und jeden Abend zu belehrenden Vorträgen zugezogen würden. Wichtiger noch sind:

3. Die Notstandskomitees der Kreisvertretungen. Ihnen obliegt es, für die große Masse der Arbeitslosen zu sorgen, die weder zu den Gewerkschaften gehören, weder gute, gelernte Arbeiter sind, noch auch zu jener tiefstehenden Klasse zählen, die in die eben beschriebene Sphäre der Armenräte fällt. Sie haben mit jenen Leuten zu tun, die in guten Zeiten eben noch vorankommen, die von Trunksucht frei sind, die ständige Arbeit lieben, aber nicht jene Qualifikation besitzen, um in Zeiten der Krise weiter beschäftigt zu werden: Wenn man sie dem Arbeitshaus übergäbe, würden sie die Empfindung der Entwürdigung haben; wenn man ihnen Geldunterstützungen zuwendete, würden sie leichtsinnig werden. Für diese Menschen kommen Notstandsarbeiten auf Veranlassung oben genannter Komitees in Betracht.

Auch die Gründung landwirtschaftlicher Kolonien hat vielfach günstige Ergebnisse gehabt, liegt doch genug Land in England brach, um solche Versuche zu rechtfertigen. Der richtigste Vorgang, meiner Ansicht nach, wäre jedoch die Errich-

tung von **Gewerbeschulen** für Erwachsene, die tagsüber die Arbeitslosen nützliche Arbeit tun lassen, während dieselben am Abend fachlichen Unterricht erhielten. So würden die Leute nicht nur sich in ihrem eigenen Gewerbe vervollkommen, sondern auch ein neues erlernen und für künftige Krisen widerstandsfähiger werden. Aus der Zeit des Elends würde eine günstige Nachwirkung für das ganze künftige Arbeitsleben eines solchen Menschen erwachsen. . . . Bei planmäßigem Vorgehen ist es möglich, auch aus dem Unglück Nutzen sprießen zu lassen. *Canon Barnett, London.*



Das Programm der sozialistischen Regierung in Australien. Das Ministerium der sozialistischen Arbeiterpartei in Australien hat bedeutsame Möglichkeiten und Aufgaben vor sich, wenn es das Parteiprogramm durchführen will. Dieses wurde zuletzt auf der Parteikonferenz zu Brisbane im Juli vorigen Jahres festgelegt und umfaßt im wesentlichen nachstehende Punkte:

1. Erhaltung Australiens als ein von Weißen bewohntes Land.— Fremd mag für uns, die wir an den strikten Internationalismus der sozialistischen Gedankenwelt gewohnt sind, dieser Punkt erscheinen; aber Australien ist eben von der Überflutung durch chinesische und japanische Einwanderer bedroht, deren Lebensbedürfnisse und damit Lohnansprüche unvergleichlich tiefer als die der ansässigen australischen Arbeiter sind, und deren Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkte die übliche Lebenshaltung des australischen Arbeiters durchaus herabdrücken müßte. Des ferneren hat die Erfahrung gezeigt, daß solche Einwanderer niemals zu wahren, selbstbewußten australischen Bürgern werden, daß sie immer in einer schiefen Position zwischen freier

Arbeit und Sklaventum bleiben und somit der Klasse der Industriellen und Großgrundbesitzer einen ökonomischen Rückhalt geben, den diese nur allzuleicht zur Unterdrückung der weißen Arbeiter verwenden könnte. Denn deren wohlorganisierte Verbände sind naturgemäß nur insolange Herren der industriellen Lage, als sie nicht von der Konkurrenz unorganisierbarer, den Herren willfährig sich hingebender asiatischer Arbeiter bedroht sind. Die Entwicklung zum Sozialismus erscheint nur in einem Gemeinwesen gleichstarker und gleichberechtigter Arbeiter möglich. Beibehaltung der strengen Einwanderungsbedingungen (Kündigung im Lesen und Schreiben einer europäischen Sprache) ist darum Forderung der Arbeiterpartei.

2. Neuprotektionismus (eine bereits von dem früheren liberalen Ministerium vorbereitete Maßregel). Solche Industrielle, welche günstige Arbeitsbedingungen gewähren, wie sie der öffentlichen Meinung und der eigens eingesetzter öffentlicher Behörden entsprechen, sollen von gewissen Steuern, die als Gegengewicht zu den hohen Einfuhrzöllen geschaffen wurden, befreit werden.

3. Verstaatlichung der Monopole. Das Ministerium geht von der Ansicht aus, daß solche Industrien, in denen die freie Konkurrenz durch die natürliche Entwicklung ausgeschaltet wurde, in denen ein faktisches Privatmonopol dem Publikum seinen Willen diktiert, in Gesellschaftsbesitz zu übernehmen seien, um so ohne Beeinträchtigung der durch das Monopol bewirkten ökonomischen Ersparnisse die Vorteile derselben der Gesamtheit zuzuwenden. Der radikale Flügel der Partei, der von Jahr zu Jahr einflußreicher wird, verlangt jedoch über diese vorsichtige Politik hinaus planvolle und zielbewußte Aktion zur Verstaatlichung der gesamten Großindustrie.

4. Progressive Grundsteuer. Hierdurch sollen solche Großgrundbesitzer, die ihr Land bloß zur Schafzucht verwenden oder brach liegen lassen, um Erhöhung der Bodenwerte abzuwarten, zum Verkauf an den Staat gezwungen, sowie alle anderen Steuern überflüssig gemacht werden. Insbesondere aber sollen auf den so dem Staate anheimgefallenen Grundstücken kleine Farmer angesiedelt werden, so daß auf dem gleichen Lande, das früher nur einige Schafherden ernährte, nunmehr eine blühende Bauernschaft leben könne, jedoch nicht als Besitzer des Landes, sondern bloß als Pächter des Staates unter technischer und kommerzieller Oberleitung desselben.

5. Errichtung einer Australischen Staatsbank.

6. Sozialversicherung.

7. Allgemeine Einführung des Frauenstimmrechtes (das für die Bundesstaaten und die meisten Einzelparlamente bereits heute besteht und nunmehr auch im sonst so vorgeschrittenen Staate Viktoria, der lange widerstrebte, angenommen wurde).

8. Referendum.

9. Schaffung einer australischen Flotte und einer australischen Milizarmee mit obligatorischer Dienstpflicht. — Diese letzte Forderung mag wie die erste gegenüber dem militärfeindlichen Standpunkt der sozialistischen Parteien Europas wundernehmen, aber sie erklärt sich aus der Notwendigkeit, resp. dem Wunsche, den ersten Programmpunkt: Ein weißes Australien — notwendigenfalls mit den Waffen gegen den Angriff einer asiatischen Macht (Japan) zu verteidigen. Diese Psychologie ist übrigens ein interessanter Beweis dafür, wie die günstige materielle und politische Stellung der australischen Arbeiterschaft dieselbe mit Verantwortlichkeitsgefühl für die allgemeinen Staatszwecke erfüllt und sie in gewissem

Sinne mit nationalistischen Gesinnungen durchtränkt hat. Es darf aber demgegenüber nicht vergessen werden, daß auch die australische sozialistische Partei, abgesehen vom energischen Streben, das Heimatland zu bewahren, die allgemeinen Ideale menschlicher Solidarität teilt, die den sozialistischen Parteien anderer Länder gemeinsam sind.

Bedeutsame weltgeschichtliche Aufgaben liegen vor der neuen australischen Regierung. Wenn auch die Partei heute noch nicht über die volle Hälfte der Mandate in der Volksvertretung verfügt und sich nur mit Hilfe der verbündeten Liberalen behaupten kann, so werden doch auch diejenigen Punkte, über die zwischen beiden Gruppen Einverständnis herrscht (vor allem Neuprotektionismus, Milizarmee und in gewissem Grade auch die Verstaatlichung der Monopole) für die Weiterentwicklung Australiens von größter Wichtigkeit sein und auch für die Außenwelt beispielgebende Bedeutung gewinnen.



Die Zulassung der englischen Arbeiterpartei in den Verband der im Internationalen Sozialistischen Bureau zu Brüssel vertretenen sozialistischen Parteien und die derselben vorangehenden Diskussionen lenken die Aufmerksamkeit des Auslandes neuerdings auf diese eigenartige Parteibildung, die in ihrem Wirken sozialistisch ist, von den Bruderparteien des Auslandes als sozialistisch anerkannt wird, selbst aber in ihrer Konstitution diese Parteibezeichnung durchaus zurückweist und sich als bloße „Vertretung unmittelbarer Arbeiterinteressen“ gibt.

Ihre Entstehung geht bekanntlich auf die sog. Taff-Val-Entscheidung der britischen Gerichte zurück, welche die Gewerkschaftsfonds gegenüber Schadenersatzklagen der Unterneh-

mer oder dritter Personen haftbar erklärte. In ihrer Existenz bedroht, beschlossen die Gewerkvereine, die bisherige Neutralität gegenüber dem politischen Leben aufzugeben und eine Bewegung für selbständige Vertretung im Parlamente einzuleiten. Zu diesem Zwecke traten sie mit der sozialistischen „Independent labour party“, einer wenig zahlreichen, aber rührigen Gruppe, in ein Bundesverhältnis; und den vereinten Kräften gelang es, eine große Anzahl von Kandidaten bei den letzten allgemeinen Wahlen durchzubringen. Nach kurzer Zeit hatte die neukonstituierte Arbeiterpartei ihr Ziel erreicht: Die Taff-Val-Entscheidung wurde durch ein Gesetz beseitigt, ihre Daseinsberechtigung wäre erschöpft gewesen. Das Gesetz des Beharrens erwies sich jedoch stärker als diese Logik. Der Geist des Klassengegensatzes, der geschlummert hatte, trat hinzu: Die Arbeiterpartei bestand weiter als Vertretung der proletarischen Klasseninteressen.

Jede prinzipiell sozialistische Kundgebung wies sie jedoch auch weiterhin entschieden zurück, die Vertreter der „independent labour party“ bilden in ihr nur eine kleine Minderheit; die tüchtigsten Gewerkvereinsmitglieder werden — nicht weil, sondern eher trotzdem sie Sozialisten sind — in die Komitees und Parteivertretungen entsandt.

Auf der jüngsten Parteikonferenz zu Hull wurde eine Resolution, die den Sozialismus zum Parteiprogramm erklären wollte, mit 951 000 gegen 91 000 Stimmen verworfen; eine andere allerdings, die den sozialistischen Gesinnungen der Partei Ausdruck gab, ohne dieselben als Bedingung der Parteizugehörigkeit aufzustellen, wurde mit 514 000 gegen 469 000 Stimmen angenommen.

Die ganze Lage des Problems läßt sich nur aus der Eigenheit des

britischen Charakters und britischer Volkspsychologie erklären, die in den breiten Volksschichten schärfer hervortritt, als in den international beeinflussten Kreisen der Gebildeten. Der Engländer haßt Theorien und Dogmen, d. i. in diesem Falle die Bindung an sozialistische Theorien; aber er liebt die Anwendung von Erfordernissen des gesunden Menschenverstandes und von erfahrungsgemäß nutzbringenden Reformen. In dieser Weise kann er sehr wohl, jenseits aller Theorie, zum vollen Sozialismus gelangen: In Australien mit seiner der Rasse nach rein britischen Bevölkerung ist man bekanntlich Schritt für Schritt, Erfahrung für Erfahrung, zur Verstaatlichung resp. intensiven Staatsaufsicht über die entscheidendsten Zweige des industriellen Lebens, zu maßgebendem Staatseinfluß auf die Verhältnisse jeder einzelnen Fabrik, somit überaus weit in den Bereich des tatsächlichen Sozialismus gekommen.

Es ist zweifellos, daß auch die britische Arbeiterpartei, ohne sich an irgendwelches Endziel zu binden, jedem praktisch und augenblicks durchführbaren sozialistischen Reformvorschlage zustimmen wird. Leicht kann sie derart an die gemeinsamen Ziele eher gelangen, als die theoretisch durchgebildeteren Bruderparteien des Festlandes. Die Aufnahme ihrer Vertreter ins Internationale Sozialistische Bureau zu Brüssel mag daher bei aller formellen Unlogik in Wahrheit als durchaus folgerichtig erkannt werden.

Philip Snowden,

Mitglied des Brit. Parlaments.



Der Verfall der Gewerkschaftsbewegung in Moskau. Die in Rußland nun schon seit fast drei Jahren herrschende ungezügelter Reaktion, die schonungslose Verfolgung aller Selbst-

tätigkeit und jeglichen Kollektivunternehmens, die grausame Unterdrückung der Massen zugunsten der besitzenden Klassen und die daraus resultierende tiefe seelische Depression, die in breiten Volksschichten Platz gegriffen hat, die Erstarrung der Arbeitgeber und die Knebelung der Arbeitnehmer durch Polizeiwillkür und Ausnahmezustand, alles dies hat zu einem Verfall der einst so mächtigen Gewerkschaftsbewegung, zu einem Zusammenschmelzen der Gewerkvereine und zu einer fortschreitenden enormen Verringerung ihrer Mitgliederzahl geführt. Mitte 1907 funktionierten noch in Moskau etwa 50 Gewerkvereine mit einer Mitgliederzahl von über 45 000 Personen. Ende 1908 gab's nur noch kaum 18—20 Gewerkschaften mit einer Gesamtmitgliederzahl von höchstens 4000—5000 Personen. Die meisten der vom Schauplatz verschwundenen Gewerkvereine waren eines gewaltsamen Todes gestorben, die zarische Polizei hatte sie erdrosselt, die übrigen ersticken ohne äußeren gewaltsamen Eingriff in der dumpfen Atmosphäre der Rechtlosigkeit, Unfreiheit und verzweiflungsvollen Mutlosigkeit, die keinen Ausweg sieht. Gleichzeitig mit dem Abnehmen der Zahl der Gewerkvereine ging ein noch größeres Sinken der Zahl ihrer Mitglieder, eine Erschöpfung ihrer materiellen Mittel, sowie ein Nachlassen und eine erhebliche Einschränkung ihrer Wirksamkeit einher. Mit dem sich immer stärker fühlbar machenden Mangel an Geldmitteln mußten natürlich die Unterstützungen, die an arbeitslose, kranke und kreditbedürftige Mitglieder gewährt wurden, gänzlich eingestellt werden. Allgemeine Versammlungen der Verbände wurden immer seltener und seltener einberufen, da die Versammlungs- und Redefreiheit in der im Zustand des außerordentlichen Schutzes befindlichen Stadt völlig aufgehoben ist,

und dieser Umstand konnte nicht umhin, das Interesse der Arbeitermassen für die ihr kümmerliches Dasein noch weiter fristenden Gewerksvereine noch mehr herabzusetzen. Am meisten macht sich noch die Tätigkeit der Organisationen der Handelsangestellten bemerkbar; gegenwärtig existieren fünf solche Organisationen, die insgesamt an die 2000 Mitglieder, d. h. fast die Hälfte der Gesamtzahl der in Berufsverbänden organisierten Personen, zählen. Unter den fünf Verbänden nimmt der äußerst rührige Erste Verein der Handelsangestellten, der allein 1500 Mitglieder umfaßt, den ersten Platz ein. Die einst so mächtige und einflußreiche Gewerkschaft der Buchdrucker, die noch 1907 weit über 4000 Mitglieder zählte und über verhältnismäßig beträchtliche Geldmittel verfügte, ist gegenwärtig auf 600 Personen zusammengesmolzen, hat unter Geldmangel zu leiden und entwickelt daher eine sehr geringfügige Tätigkeit. Einen Verfall zeigt auch der früher blühende Gewerksverein der Lederarbeiter. In den übrigen Moskauer Berufsverbänden schwankt die Mitgliederzahl zwischen 20 und 100 Personen. Die Mehrzahl von ihnen weist nur geringe Lebenszeichen auf, die Versammlungen finden selten statt, sind sehr schwach besucht und wenig belebt. Die früher bei den Gewerkschaften vorhandenen Rechtsauskunftsstellen, ärztlichen Konsultationen, Registrierung der Arbeitslosen usw. sind aus Geldmangel abgeschafft. Einzelne Gewerkschaften existieren zwar nominell, äußern jedoch tatsächlich nicht die mindeste Wirksamkeit. Neue Vereine entstehen fast gar nicht, da ihre Bildung von der Administration nicht genehmigt wird.

Dr. A. Dworetzky, Moskau.



Kinder- und Frauenausbeutung in einem klerikal regierten Staate. Die neuesten Berichte der belgischen Grubeninspektoren beweisen wieder einmal, daß man die arbeiterfreundlichen Versicherungen der Klerikalen recht vorsichtig aufnehmen muß. Wo nämlich die Gesinnungsgenossen der deutschen Zentrumspartei im Auslande die Regierungsgewalt innehaben, da werden die allerbescheidensten Arbeiterschutzforderungen beharrlich ignoriert. In Belgien hält seit Jahren die klerikale (katholische) Partei das Regierungsruder in Händen, besitzt in den beiden gesetzgebenden Körperschaften die Majorität. Im selben Lande werden aber immer noch schwächliche Kinder und Frauen im unterirdischen Grubenbetrieb ausgebeutet!

Von den 4957 Kohlenarbeitern (1907) in der Provinz Namur schafften 3548 unter Tage. Davon waren 65 Kinder von 12—14 Jahren, 165 waren noch nicht älter wie 16 Jahre! Auch über Tage schafften 126 Knaben und 32 Mädchen im Alter von 12—14 Jahren, 109 Knaben waren noch nicht 16 Jahre alt. Dem ungestümen Drängen der Sozialisten hat die klerikale Regierung insofern nachgeben müssen, als wenigstens gesetzlich bestimmt wurde, von 1902 ab dürfen keine neuen weiblichen Arbeiter untertags beschäftigt werden. Ganz ist der weibliche Arbeiter aber noch nicht aus der Grubentiefe verschwunden. Im Hennegau wurden 1907 noch immer 17 Frauen untertags beschäftigt!

Die Gesamtzahl der Arbeiter im hennegauischen Bergbau setzte sich wie folgt zusammen: Untertage

Männer über 16 Jahren	70 298
Knaben von 14—16 „	3 308
„ „ 12—14 „	1 737
Frauen über 21 „	17
Mädchen von 16—21 „	—
„ unter 16 „	—

	Obertage
Männer über 16 Jahren	19 257
Knaben von 14—16 „	1 300
„ „ 12—14 „	1 339
Frauen über 21 „	738
Mädchen von 16—21 „	2 701
„ unter 16 „	2 542

Im Gesamtkohlenbergbau Belgiens, von dem der hennegauische (Distrikte Mons, Zentrum, Charleroi) etwa $\frac{7}{10}$ begreift, sind etwa 2 500 Kinder im Alter von 12—14 Jahren

unterirdisch beschäftigt! Dazu kommen noch ungefähr 4800 Knaben im Alter von 14—16 Jahren! Dieser der sorgsamsten Pflege bedürftige, weil in den empfindsamsten Entwicklungsstadien befindliche Nachwuchs der Nation verkümmert in langer Schicht im tiefen Schacht voll giftiger Schwaden. So wird die Volkskraft durch eine skandalöse Kinderausbeutung ruiniert. ssc.



Die Zahl der jugendlichen Arbeiter u. der Fabrikarbeiterinnen hat sich in den Jahren 1905—1907 nach den Ermittlungen des Kaiserlichen Stat. Amtes in folgender Weise entwickelt. In den Fabriken usw. wurden beschäftigt:

	1905	1906	1907	Zunahme 1905—1907 %
Knaben unter 14 Jahren	5571	6228	7295	30,9
Mädchen „ „ „	4474	4619	5759	28,7
Jugendl. Arbeiter von 14—16 J.	246 591	268 329	285 335	15,7
„ Arbeiterinnen v. 14—16 J.	135 673	145 325	150 847	11,2
Arbeiterinnen über 16 Jahre	1 040 747	1 095 899	1 145 535	10,0

Auffallend stark in dieser dreijährigen Periode ist die Zunahme der in den Fabriken tätigen Kinder unter 14 Jahren, die für Knaben 30,9, für Mädchen 28,7% beträgt. Es läßt dies auf eine nicht allzu strenge Handhabung des Kinderschutzgesetzes schließen. Bemerkenswert ist dabei, daß nahezu die Hälfte (44,1%) aller beschäftigten Kinder weiblichen Geschlechtes waren. Auch unter den Jugendlichen ist ein relativ großer Prozentsatz (34,6) Arbeiterinnen. Es weist dies alles auf die immer stärkere Hineinbeziehung des weiblichen Geschlechtes in die fabrikmäßige Erwerbsarbeit hin. Am größten ist die Zahl der beschäftigten weiblichen Arbeitskräfte in der Textilindustrie, wo insgesamt 51 570 Arbeiterinnen unter 16 und 407 441 über 16 Jahren, zusammen also fast eine halbe Million

weiblicher Arbeitskräfte beschäftigt waren. Es folgt sodann das Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe mit 259 858 weiblichen Arbeitern, die Industrie der Nahrungs- und Genussmittel mit 177 644. Prozentual

steht jedoch das Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe an der Spitze, wo von 100 Kindern unter 14 Jahren 70,6 und von 100 Jugendlichen von 14—16 Jahren 83,3 weiblichen Geschlechtes waren, während dieser Prozentsatz in der Textilindustrie nur 67,2 resp. 61,7 betrug.



Ein Streikgesetz in der Türkei.

Die neue Ära im osmanischen Reich schafft der Bevölkerung die so heiß ersehnte Bewegungsfreiheit, erlöst sie von den beschränkenden Fesseln einer korruptierten Despotie. Nun entfalten sich alle Kräfte. Die Interessengegensätze, früher verhüllt von schleicher Bestechlichkeit und tatenloser Faulheit, platzen aufeinander. Die Regierung, erschreckt von dieser neuen Erscheinung, wendet sich gegen den Austrag der Interessengegensätze.

Ihrem Klassenstandpunkte entspricht es, für die Besitzenden, gegen die Nichtbesitzenden Partei zu ergreifen. So entstand das türkische Streikgesetz vom 8. Oktober vorigen Jahres.

Dieses Gesetz verbietet den Arbeitern öffentlicher Unternehmungen, Forderungen zu stellen, welche die Geschäftsführung der Gesellschaft zu beeinflussen geeignet wären. Arbeitsstreitigkeiten in derartigen Betrieben sollen von nun an dem Ministerium für Handel und öffentliche Arbeiten in Form einer Eingabe vorgelegt werden. Das Ministerium verständigt von den Forderungen die interessierte Gesellschaft. Es werden Vermittungsverhandlungen unter dem Vorsitze eines Funktionärs des Ministeriums durchgeführt. Auf jeden Fall, ob nun diese Verhandlungen scheitern oder nicht, ist den Arbeitern der Streik verboten, ebenso das Angehören an einer Gewerkschaft. Die bestehenden Gewerkschaften in öffentlichen Unternehmungen werden aufgelöst.

Das türkische Streikgesetz wird ebensowenig den von seinen Urhebern erwarteten Erfolg haben, als die ähnlichen Gesetze, die früher in Westeuropa bestanden. Es ist nicht mehr als ein Dokument von der Ausbreitung des Kapitalismus und der ihm folgenden Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital.



Französische Lehrerbewegung. In den letzten 2 Jahren macht sich in der französischen Lehrerschaft eine lebhafteste Bewegung für gewerkschaftliche Organisation geltend. Sie wurde einerseits durch das erwachende Selbstgefühl der Lehrerschaft, die das gleiche Recht der Selbstbehauptung in der Vereinigung der Klassengenossen fordert, wie sie den eigentlichen Arbeiterkategorien zusteht, hervorgerufen, und andererseits durch praktische Bedürfnisse des Standes, nicht sowohl durch

eigentliche Gehaltsfragen — diese sind in Frankreich relativ befriedigend gelöst — als vielmehr durch das berechnete Streben der Lehrerschaft, sich gegen Günstlingswesen und Willkür der Vorgesetzten durch eigene Kraft zu decken, vor allem auch gegen willkürliche Versetzungen, die den Lehrer oft mitten aus einem gedeihlichen Wirkungskreise herausreißen. Oft genug werden heute solche Versetzungen aus nichtigen, persönlichen Gründen (weil der Lehrer sich bei den politischen Personalien irgendwie mißliebig gemacht usw.) vorgenommen, und immer wieder bäumt sich sein und seiner Kameraden Selbstgefühl gegen eine solche Behandlung auf.

Heute hängt auch das Avancement, hängt die ganze Karriere der Lehrer vielfach von Protektion und politischer Färbung ab. Die gewerkschaftliche Organisation will all dieses ändern, sie will fest geregelte Vorrückung erzwingen, Klarheit schaffen.

Gleichzeitig aber wirken gewiß auch viele ideelle Gründe bei der Bewegung mit. Der Lehrer, durch gemeinsame Not und gemeinsame Ideen mit der Arbeiterschaft verbunden, will Seite an Seite mit dieser kämpfen, in der gewerkschaftlichen Bewegung mit ihr sich treffen und zweifellos kann er viel leisten, viel fruchtbare Ideen dem großen Strome zuführen. Sein Anschluß ist überaus wertvoll, und so wie die französischen Lehrer schon jetzt durch ihre freiheitlichen Ideen viel zum Sieg über die Kirche beigetragen haben, so kann ihr Anschluß an die modernen sozialen Bestrebungen auch diesen wertvolle Unterstützung bringen dank ihrem Einfluß im Dorf, dank ihrer Tatkraft und dank ihrem Idealismus.

A. Blanc,

Mitglied des französischen Parlaments.



RICHTUNGSLINIEN DES FORTSCHRITTS VON PROF. DR. RODOLPHE BRODA-PARIS

SOZIALVERSICHERUNG.

DIE letzten Jahrzehnte haben in allen führenden Kulturländern der Erde eine parallele Entwicklung gesehen, welche den Schutz des einzelnen, besonders in der neuentstandenen Klasse der Industriearbeiter, gegen die mannigfaltigen Gefahren und Zwischenfälle des gleichgewichtberaubten modernen Lebens zum Ziele hat. Das Bedürfnis für solche Institutionen sozialer Versicherung war in der Tat erst mit unserer jüngsten großindustriellen Epoche gegeben. Gewiß hat auch früher der Tod des Vaters und Gatten „Witwen und Waisen“ gemacht, gewiß haben Krankheit und Unfall von jeher viel menschliches Leid verursacht. Aber einerseits bestanden für die Familie des Bauern, des Handwerkers Rückhalte in den verbleibenden Verwandten, die für die in Not geratenen Angehörigen, so recht oder schlecht es eben ging, sorgten; und wenn das natürliche Alter den Bauern zwang, sich von der Arbeit zurückzuziehen, war ihm stets ein Altenteil im Heime seiner Kinder bereitet. Andererseits war auch eine solche regelmäßige Folge von Notständen, wie sie die Unfälle im maschinellen Betriebe der modernen Industrie oder die notwendigerweise eintretende Invalidität des durch Jahrzehnte abgemühten Arbeiters mit sich bringen, nicht gegeben. Drittens muß wohl auch in Rechnung gezogen werden, daß das verfeinerte soziale Empfinden unserer Zeit gegenüber solchem individuellen Notstande, wie er ehemals als unvermeidlich angesehen werden mochte, schärfer reagiert; endlich auch, daß mit Versinken der feudalen und kirchlichen Mächte früherer Zeiten die Sphäre privater Hilfstätigkeit sehr eingeschränkt wurde und auch in diese Lücke nunmehr der Staat einzutreten hat.

Ergab sich aus alledem eine starke Entwicklungstendenz zur Schaffung eines die gesamten breiten Volksschichten umfassenden Sozialversicherungssystems gegen Unfall, Krankheit, Invalidität und Alter, Arbeitslosigkeit und für Witwen und Waisen, so wurde dasselbe doch erst in jüngster Zeit und nur in wenigen fortschrittlichen Ländern ganz verwirklicht resp. soll noch verwirklicht werden (Arbeitslosenversicherung nur in Dänemark, Sozialversicherung der Handwerker und Kleinbauern nur in Österreich nach dem neuen Plane der Regierung, Altersrenten für alle Bürger, soweit sie deren bedürftig, nur in Australien und England). Eine allgemeinere Verwirklichung fanden zunächst nur jene Teile des großen Problems, bei denen das Bedürfnis am unmittelbarsten durch die moderne industrielle Entwicklung gegeben war, nämlich die Versicherung der eigentlichen industriellen Arbeiter gegen Unfall, Krankheit und Invalidität.

In all diesen Sphären hat Deutschland den anderen Ländern voraus-eilend und beispielgebend den Weg gezeigt (siehe Artikel von Dr. Zacher im Juliheft 1908 dieser Zeitschrift). Besonders günstige Umstände wirkten zusammen, und auch Wünsche, die ihrer Erfüllung nicht entgegengingen, Hoffnungen, die fruchtlos blieben, haben am Werke mitgetan, nämlich: Das

Bestreben der leitenden Klassen Deutschlands und ihres Führers Bismarck, durch die Sozialversicherung die Unzufriedenheit der Arbeiterschichten zu bannen und den Siegeslauf der Sozialdemokratie aufzuhalten. Die deutsche Arbeiterbewegung ging weiter; dennoch hat sich Fürst Bismarck, hat er sein politisches Ziel auch nicht erreicht, durch sein Werk einen Ehrenplatz in der Entwicklungsgeschichte kollektiver Fürsorgeeinrichtungen gesichert.

Zuerst wurde im Jahre 1883 die obligatorische Krankenversicherung der Industriearbeiter durchgeführt, im Anschluß an bestehende Einrichtungen, jedoch in neuer Einfügung des Prinzips staatlichen Zwanges. Die weitere Entwicklung und die Zufriedenheit aller Beteiligten mit den Erfolgen des Systems hat denn auch gezeigt, daß dieses so vielfach gefürchtete Zwangsprinzip nur wohlthätig gewirkt habe, daß jene Auflehnung gegen staatliche Macht, wie sie in der Periode des bürgerlichen Freiheitskampfes gegen feudale und absolutistische Tyrannei notwendig gewesen war, keinen Platz mehr hat gegenüber der ordnungschaffenden Tätigkeit des modernen Kulturstaates.

In den folgenden Jahren wurde dann — wieder auf Initiative Bismarcks — die deutsche Arbeiterunfallversicherung geschaffen. Man ging ab vom privatrechtlichen Grundsatz der persönlichen Haftpflicht des Fabrikanten, so sehr derselbe auch den formalen Grundsätzen des geltenden Rechts entsprochen, so sehr er wirksame Befriedigung der Arbeiter scheinbar versprach. Die Erfahrung hatte gezeigt, daß eben nur ein ganz kleiner Teil der Betriebsunfälle nach diesem Prinzip zur Entschädigung kommen konnte, daß es für den einzelnen Arbeiter viel zu schwierig war, auf dem Rechtswege gegen seinen Arbeitgeber zu seinem Recht zu gelangen. Man formulierte entschlossen den neuen Grundsatz, daß die Industrie als solche die Betriebsunfälle zu tragen habe, daß diese Belastung als ein Teil der Produktionskosten anzusehen sei. Die Berufsgenossenschaften, welche die Gesamtheit der Unternehmer umfassen, wurden zur Entschädigung verpflichtet und die dadurch erwachsenden Lasten nach Maßgabe des Risikos der verschiedenen Industrien unter die Arbeitgeber aufgeteilt.

Im Jahre 1889 wurde dann ein dritter und entscheidender Schritt mit der Einführung der Invaliditäts- und Altersversicherung der Industriearbeiter gemacht; die Renten werden aufgebracht durch Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Höhe, sowie durch einen Zuschuß des Reiches. Ein vorläufiger Stillstand in der Weiterentwicklung der Versicherung trat damit ein.

Blicken wir nun auf den Umfang des bisher Erreichten, so finden wir, daß im Jahre 1906 von einer Gesamtzahl von 15 ½ Millionen Lohnarbeitern 12,4 Millionen in Gewerbe und Handel gegen Krankheit versichert waren, 18,5 Millionen (gewerblicher und landwirtschaftlicher Arbeiter einschließlich 5 Millionen kleiner Landbesitzer) gegen Unfall, 14 Millionen Lohnarbeiter aller Zweige einschließlich Lehrlinge und Dienstboten gegen Alter. Im genannten Jahre genossen alles in allem etwa 7 Millionen die Wohltaten des Gesetzes und in all den verflossenen Jahren der Sozialversicherung bis Ende 1906 haben rund 75 Millionen Arbeiter 5,6 Milliarden Mark an Entschädigungen erhalten; nur die kleinere Hälfte dieses Betrages war von den Arbeitern selbst aufgebracht worden.

Besonders wohlthätig war dann auch die Wirkung eines Paragraphen des Invalidenversicherungsgesetzes von 1898 (siehe Artikel von Dr. Nietner

über Tuberkulosebekämpfung in der Januarnummer dieser Zeitschrift): „Ist ein Versicherter derart erkrankt, daß als Folge der Krankheit Erwerbsunfähigkeit zu besorgen ist, welche einen Anspruch auf reichsgesetzliche Invalidenrenten begründet, so ist die Versicherungsanstalt befugt, zur Abwendung dieses Nachteils ein Heilverfahren in dem ihr geeignet erscheinenden Umfange eintreten zu lassen. Die Versicherungsgesellschaft kann das Heilverfahren durch Unterbringung der Erkrankten in einem Krankenhaus oder in einer Anstalt für Genesende gewähren.“ Im Sinne dieses Gesetzes gründeten die Versicherungsanstalten Tuberkulosenheime, um derart möglichst viel heilbar Kranke der Genesung zuzuführen und damit die Zahlung von Invalidenrenten an sie vermeiden zu können. Es ist klar, daß über diesen finanziellen Beweggrund hinaus unendlich viel Segen durch Errichtung dieser Heilstätten gestiftet wurde. Es sind derzeit 99 Volksheilstätten für erwachsene Kranke in Deutschland vorhanden (neben 36 Privatanstalten) und in beiden werden in mehr als 12 000 Betten über 48 000 Kranke jährlich bei einer durchschnittlichen Behandlungsdauer von 3 Monaten verpflegt. Von den 99 Volksheilstätten sind 31 von den Landesversicherungsanstalten begründet, der große Anteil der Versicherungsgesetzgebung an der Bekämpfung der Tuberkulose tritt damit klar zutage.

In allerjüngster Zeit ist man übrigens im Begriff, den Kreis der deutschen Sozialversicherung noch mehr zu erweitern. Im Jahre 1902 wurde im Verlaufe der Debatte über die Erhöhung der Einfuhrzölle auf landwirtschaftliche Produkte im deutschen Reichstag ein Antrag angenommen, daß die Mehrerträge des neuen Tarifs für Errichtung einer Witwen- und Waisenversicherung verwendet werden sollten. Man wollte damit in Ausgleich gegen die den landwirtschaftlichen Besitzern aus dem neuen Zolltarif erwachsenden Vorteile auch denjenigen Schichten, die nun Mehl und Brot teurer bezahlen mußten, einen gewissen Vorteil zuwenden. Derselbe erreicht freilich nicht die volle Höhe des Verlustes, da ja naturgemäß nur ein Teil des Getreides aus dem Ausland eingeführt wird, somit nur der auf diesen Teil entfallende Betrag der Preissteigerung indirekt den Arbeitern zugute kommt, während die größere Menge des Getreides in Deutschland selbst gebaut wird, somit die Preissteigerung, die auf diesen Teil entfällt, ausschließlich den Grundbesitzer bereichert. Trotzdem muß anerkannt werden, daß der Antrag zum weiteren Ausbau der Sozialversicherung beitrug, und nach langen Verhandlungen ist endlich jetzt in diesen letzten Wochen ein Regierungsentwurf für Witwen- und Waisenversicherung tatsächlich zustande gekommen. Derselbe lehnt sich allerdings nicht starr an den damaligen Antrag an, sondern schließt sich an die Kranken- und Altersversorgung durch Festlegung von Beiträgen der Arbeiter und der Arbeitgeber, sowie eines Reichszuschusses, welcher letzterer in der durchschnittlichen Höhe der Mehrerträge des Zolltarifes festgelegt wird. Es soll so vorgegangen werden, daß die bisherigen Beiträge der Arbeiter für Zwecke der Kranken- und Invalidenversicherung einfach um durchschnittlich ein Viertel erhöht werden, d. i. um 2 Pfg. in der ersten, 4 Pf. in der zweiten, 6 Pf. in der dritten, 8 Pf. in der vierten und 10 Pf. in der fünften Klasse. Die Rente der Invalidenwitwe soll im Sinne des Gesetzes (aus Arbeiter- und Arbeitgeberbeiträgen) $\frac{3}{10}$ der Invalidenrente des verstorbenen Mannes, die jeder Waise $\frac{3}{20}$ dieser Rente betragen, wozu dann noch als Fixum ein Reichszuschuß von 50 M. für jede Witwe resp. 25 M. für jede Waise bis zur Erreichung des 15. Jahres tritt. Bei einem Arbeiter von 1000 M. Jahreseinkommen würde somit die Invalidenwitwe

jährlich über 120 M. und jedes Kind über 61 M., beide zusammen also über 181 M. erhalten. Des ferneren soll durch das neue Gesetz die Krankenversicherung auch auf land- und forstwirtschaftliche Arbeiter, Dienstboten und Hausgewerbetreibende ausgedehnt werden und das ganze weitzügige System der verschiedenen Versicherungen zu einer großen inneren Einheit, die leichtere Verwaltung ermöglicht, verschmolzen werden.

In Frankreich arbeitet man an der Ausarbeitung eines Systems gleicher Art, ohne jedoch bis jetzt gleiche Vollendung erreicht zu haben, insbesondere was die Alters- und Invaliditätsversicherung anbelangt. Es bestehen zwar seit einigen Jahren allgemeine staatliche Unterhaltsbeiträge an Greise und Greisinnen, die sich aber dem Wesen nach im Rahmen der Armenversorgung halten und überaus niedrig sind. Darüber hinaus sucht man jetzt ein System der Altersversicherung nach deutschem Muster zu schaffen, auch hat die Kammer einen diesbezüglichen Antrag angenommen, im Senat jedoch wird demselben ein hartnäckiger Widerstand entgegengesetzt, und noch ist es nicht abzusehen, welche Form der endgültige Entwurf haben wird. Selbst am allgemeinen Prinzip des staatlichen Zwangs, das sich in Deutschland als das allein mögliche und nützliche bewährt, übt man vielfach Kritik. Frankreich leidet an seinen eigenen Vorzügen: Es hat seine „Sociétés de prévoyance“ (ein System freiwilliger Altersversicherung) zu solcher Vollkommenheit ausgebaut, daß von eben diesen Verbänden ein menschlich begreiflicher Widerstand gegen das neue staatliche System, das sie überflüssig machen soll, ausgeht und andererseits auch wohlmeinende Personen sich zum Irrglauben gedrängt fühlen, man könne durch Ausbau der bestehenden Verbände ohne starke Heranziehung staatlicher Mittel und ohne allen dem nationalen Freiheitswillen widerstrebenden Zwang das gleiche Ziel erreichen. Man übersieht natürlich, daß die genannten Verbände doch naturgemäß nur einer Aristokratie der Arbeiterschaft, einer sozial und moralisch führenden Gruppe, zugute kommen können; die breiten Massen, die ja gerade jeder Not am schutzlosesten preisgegeben sind, stehen fernab und können alles Heil nur von einer obligatorischen staatlichen Versicherung erwarten.

Andere Länder, wie insbesondere Österreich, sind im wesentlichen dem deutschen Vorbild gefolgt. Dieses Land ist sogar eben jetzt im Begriff, eine neue, umfassendere Sozialversicherung zu begründen, die noch weit über das deutsche Vorbild hinausgeht. Das hauptsächlichste neue Prinzip derselben ist die Ausdehnung des Kreises der Versicherungspflichtigen auf die selbständigen kleinen Handwerker und Kleinbauern, somit auf alle finanziell ungünstig gestellten Schichten der Bevölkerung; gewiß werden damit auch jene Volksklassen berührt, für welche die spezifisch neuen Verhältnisse und Gefahrchancen der Industriearbeiterschaft nicht zutreffen. Die österreichische Sozialversicherung ist keine Institution zur Beseitigung bestimmter neu-entstandener Notstände, sie ist ein großartiges allgemeingerichtetes Werk, welches all die menschliche Not, wie sie sich aus gewissen typischen, regelmäßig wiederkehrenden Ereignissen (Krankheit, Unfall, Invalidität, Tod) ergibt, lindern soll, indem sie die Gesamtheit der Staatsbürger zur Hilfe für die Betroffenen heranzieht.

In gewisser Beziehung ist dem geplanten österreichischen System das seit langem in Australien und seit einem Jahr auch in England bestehende System der Altersversorgung verwandt, indem nämlich auch in diesen angelsächsischen Ländern alle Kreise der unbemittelten Volksklassen, Industriearbeiter, Handwerker und Kleinbauern, an den Vorteilen des Gesetzes Anteil nehmen.

Allerdings geht das australisch-englische Gesetz insofern weiter, als es den Staat allein, als Vertreter der Bürgergesamtheit zu den Lasten heranzieht und keinerlei Arbeiter- oder Arbeitgeberbeiträge vorsieht (siehe meinen Aufsatz in der Oktobernummer 1908 dieser Zeitschrift): Pensionsberechtigt in Australien sind alle Personen über 65 Jahre, sowie solche jüngere Personen, welche infolge gefährlicher und ungesunder Arbeit vorzeitig arbeitsunfähig geworden sind. In Neusüdwaies und in Neuseeland beträgt die Pension 10 M. pro Woche = 520 M. pro Jahr; in Viktoria 8 M. Solche Personen, welche aus anderen Quellen bereits ein Einkommen beziehen, erhalten jedoch nicht den vollen Betrag der Pension; es werden vielmehr in Neusüdwaies alle Einkommensbeträge, die ein Einkommen von 520 M. jährlich übersteigen, von der Pension in Abzug gebracht. Personen mit einem eigenen Einkommen unter 520 M. erhalten somit den vollen Betrag der Pension, Personen mit einem eigenen Einkommen zwischen 520 und 1040 M. soviel Pension, daß ihre Gesamteinkünfte 1040 M. erreichen; Personen mit einem eigenen Einkommen über 1040 M. erhalten überhaupt keine Pension.

Neuerdings beschloß nun das australische Parlament, die in den genannten Einzelstaaten bestehende gesetzliche Altersversorgung in eine solche von seiten des australischen Bundes umzuwandeln resp. aus Bundesmitteln eine Rente von 10 M. pro Woche an alle über 65 Jahre, alten Australier der unbemittelten Volksklassen zu bezahlen. Im vergangenen Frühjahr wurde endlich genau das gleiche Gesetz nach australischem Beispiel auch für England angenommen, mit der einzigen Einschränkung, daß zunächst nur Personen über 70 Jahre zu den Vorteilen desselben zugelassen werden, jedoch Jahr für Jahr diese Grenze um ein Jahr erniedrigt werden soll, bis sie schließlich auch 65 Jahre beträgt.

Es ist klar, daß die genannten australischen und englischen Gesetze gegenüber dem deutschen, ja sogar dem österreichischen Vorbilde, den großen Vorteil leichter Durchführbarkeit und geringerer Verwaltungskosten besitzen und alle mehr oder weniger willkürliche Begrenzung einer bestimmten privilegierten Klasse von Unterstützungsempfängern vermeiden. In Australien hat sich übrigens keinerlei Schwierigkeit ergeben, die notwendigen Summen genau so wie irgend eine andere notwendige Last des Staates im Wege der allgemeinen Besteuerung aufzubringen, die naturgemäß vorwiegend auf die leistungsfähigeren Schultern fällt; ein spezifisches System des Steuerdruckes auf den Arbeiter selbst schien dem nüchternen und praktischen Verstand der Angelsachsen zwecklos und ungerecht.

In allerjüngster Zeit wurde ein weiterer Schritt getan und die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit verwirklicht. Allen voran gingen diesmal Dänemark (siehe Artikel von Dalhoff im Dezemberheft 1908 der Zeitschrift) und Norwegen. Dänemark knüpfte seine staatliche Einflußnahme an die bestehende autonome Versicherung der Arbeiterverbände an und stipulierte, daß solche Arbeitslosenkassen, die jedoch nicht mit den Gewerksvereinen identisch sein dürfen, unter gewissen Bedingungen Beiträge von Seiten des Staates erhalten sollen. Die Kassen stehen unter Oberaufsicht staatlicher Behörden, und die Unterstützungen dürfen $\frac{2}{3}$ des Tagelohns des betreffenden Arbeiters nicht übersteigen, sie sollen mindestens 56 Pf., höchstens aber 2,24 M. betragen; der staatliche Beitrag beträgt die Hälfte der von den Mitgliedern gezahlten Prämienbeträge.

In England wieder hat die Regierung jüngst einen Gesetzesvorschlag eingebracht, demzufolge die Gewerkschaften, die Arbeitslosenunter-

stützungen verteilen, gewisse Staatsbeiträge erhalten sollen. Ähnlich gehen schon in engem Rahmen die Stadt Gent in Belgien und die Stadt Straßburg in Deutschland vor (siehe Artikel von Prof. Varlez im Dezemberheft 1908 dieser Zeitschrift). In ganz anderer Richtung wieder suchen einige Schweizer Städte, wie Zürich, z. B., eine Arbeitslosenunterstützung aus städtischen Mitteln, angepaßt den Linien der Armenversorgung, durchzuführen. Doch fällt dieselbe schon mehr außerhalb des Problems der Versicherung.

Jedenfalls ist die Arbeitslosenversicherung das schwierigste und komplizierteste Problem der gesamten Versicherungsmöglichkeiten, weil eben die Arbeitslosigkeit als solche viel weniger leicht gesetzlich zu erfassen und zu umschreiben ist, als Krankheit, Unfall und Tod. Angesichts der schweren Gefahr aber, die gerade die Arbeitslosigkeit für das allgemeine Gedeihen der Völker im modernen Industriestaat mit sich bringt, und angesichts des epidemischen Auftretens dieses Notstandes, ist gerade dieses Problem besonders wichtig und wohl dasjenige, das in nächster Zukunft von den verschiedenen leitenden Industriestaaten zu lösen sein wird.

Wenn wir die ganze vergangene Entwicklung und all die Möglichkeiten der Zukunft überschauen, finden wir einen großen gemeinsamen Zug in all den verschiedenen Institutionen, eine große, segensvolle Wirkung: Unendlich viel menschliches Leid wurde gemildert oder verhütet. Denn die allgemein ungünstigen wirtschaftlichen Bedingungen, unter denen die große Mehrheit unserer Mitmenschen lebt, haben sich im Laufe der Jahrtausende eingelebt, die Menschen haben sich ihren Daseinsbedingungen angepaßt, und wenig subjektives Leid erwächst aus der stetigen Wiederkehr des einmal Gewohnten. Die wirtschaftliche Entbehrung an sich ist gewiß ein schweres Hemmnis seelischen Aufwärtstrebens, voller Entfaltung aller geistigen und physischen Kräfte, aber sie tritt nicht als scharfer subjektiver Schmerz in Erscheinung; erst der Zwischenfall, die ausnahmsweise eintretende besondere Not, der gegenüber keine Gewohnheit, keine eingelebten Handlungsweisen helfen, sie ist es, die, den einzelnen zu Boden schmettert und verzweifeln läßt.

Nach der seelischen Seite hin liegen Naturlatsachen vor, die sich nicht ändern lassen, der Tod geliebter Wesen, der Bruch der Lebenshoffnungen. Nach rein wirtschaftlicher Seite hin sind es aber und gerade für die breiten Volksmassen überwiegend gewisse typische Fälle, Krankheit, Unfall, Invalidität, Tod des Ernährers und Arbeitslosigkeit; durch sie versinken die Familien des Proletariats in Elend und gehen zugrunde Die Versicherung rettet sie, und die für sie erforderlichen finanziellen Lasten sind schließlich nicht gar so groß, wenn auf die ganze Masse verteilt. Die genannten Notfälle sind eben im allgemeinen selten, und relativ kleine Beträge würden zu ihrer Verhinderung oft ausreichen. Wo auch diese kleinen Beträge fehlen, da trat bisher äußerstes Elend ein, nun aber, dank der Sozialversicherung, wird es verhütet.

Gewiß gibt es noch andere Fälle wirtschaftlicher Not, die sich zunächst nicht versicherungstechnisch fassen lassen, vor allem die Trunksucht der Familienerhalter, durch welche so viele Familien in schwerste Bedrängnis geraten. Die Trunksucht ist ja wohl von all den Faktoren, die zur Not und Zerstörung der Arbeiterfamilie führen, der häufigste und bedenklichste. Immerhin wird eine fernere Zukunft vielleicht auch gegenüber dieser unverschuldeten Not der Familienmitglieder eben solche Vorkehrungen treffen, wie man sie heute gegenüber der Arbeitslosigkeit versucht.

Gegen den ganzen Ausbau der Sozialversicherung hat man vielfach eingewendet, daß er von rein menschlichen, sentimentalischen Gesichtspunkten ausgehe, Unglück lindern wolle, hierdurch aber lebensuntüchtige Menschen erhalte und die natürliche Auslese, die Ausschaltung solcher Untüchtigen verhindere, fortschrittsfeindlich sei: ein meiner Auffassung nach doch überaus wenig stichhaltiger Einwand. Denn die Erhaltung derjenigen, die im Daseinskampfe, nachdem sie das Ihrige redlich geleistet, zu unterliegen drohen, ist eben ein Gebot unseres sozialen Gewissens und stellt dadurch, daß es inolge der kollektiven Unterstützung zum Unterliegen der einzelnen gar nicht kommen kann, einen Sieg der Gattung und eine Vervollkommenung derselben dar.

Die große organische Bedeutung der ganzen Bewegung scheint mir eben darin zu liegen, daß die schrankenlose Geltung des persönlichen Kampfes ums Dasein aller gegen alle in entscheidender Weise durch das Eingreifen planmäßigen Wollens der Gesamtheit gebrochen ist. Nicht das geschieht, was ein blindes Walten des Geschickes gewollt, sondern was Staat und Volk zulassen wollen; nicht mehr der einzelne, der den Naturgewalten gegenüber ohnmächtig ist, sondern die Gesamtheit der Menschen, jenen ebenbürtig, steht auf dem Plan; an Stelle der Einzelverantwortlichkeit für Leben und Gedeihen tritt die kollektive Verantwortlichkeit der Gesamtheit.

Die ganze Entwicklung der Sozialversicherung kann ja überhaupt nur wahrhaft organisch begriffen werden, wenn wir sie als einen Schritt auf der Linie zum Sozialismus als Endziel auffassen. Unsere bisherige individuelle Gesellschaftsordnung sagt: „Jeder kämpfe mit seinen eigenen Mitteln um seine eigene Existenz, der Stärkere lebe in Freude und seine Kinder in Nichtstun, wenn sie es wünschen; der Schwächere frohnde und seine Kinder sollen auch frohnden.“ Das neue sozialistische Prinzip aber sagt: „Jedem sei ein Recht auf Existenz von der Gesamtheit gewährleistet, jeder auch habe die Pflicht der Arbeit nach Maßgabe seiner Kräfte. Die Isoliertheit des einzelnen hört auf, er tritt ein als ein Glied in die große Reihe seiner Brüder, und deren erwählte Führer bestimmen nach planmäßigen Gesichtspunkten das Geschick der einzelnen, eliminieren alles Leid, das durch kollektives Eintreten eliminiert werden kann, eliminieren alle Trägheit, die den einzelnen der Anteilnahme an den Gütern der Gesamtheit unwürdig erscheinen ließe.“

Die Sozialversicherung ist der bedeutsamste Erfolg, den das Prinzip gesellschaftlicher, planmäßiger Regelung persönlicher Verhältnisse der einzelnen bis jetzt errungen. Sie zeigt den Weg zu der dereinstigen, stets sich weiter fortentfaltenden Entwicklung sozialer Gedanken.



KORRESPONDENZEN

ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG CHRONIK

EINE Aufforstung in großem Stile zum Zwecke der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird in England geplant. Im März 1908 wurde eine königliche Kommission mit der Untersuchung der Frage betraut, ob Aufforstversuche als Notstandsarbeit in Krisenzeiten wünschenswert wären, und inwiefern solche Versuche durchgeführt werden können. Der zweite Bericht der Kommission ist kürzlich erschienen. Auf Grund eingehender Untersuchungen erklärt die Kommission: Der Boden und das Klima der Vereinigten Königreiche sei zum Anbau von bestem Bau- und Nutzholze sehr geeignet; die Aufforstung nach wissenschaftlichen Methoden wäre eine gesunde und einträgliche Kapitalanlage. Das Land, das sich zur Aufforstung eignet, beträgt ungefähr 3 642 105 ha und ein Wald von dieser Ausdehnung müßte jährlich einen Ertrag geben, der Englands heutiger Einfuhr von Bauholz aus anderen Ländern im Jahre annähernd entspricht. Die beste Methode, um gutes verkäufliches Bauholz zu erhalten, würde darin bestehen, daß man jährlich 20 233,92 ha aufforstet. Da es in England zu jeder Zeit und besonders im Winter Tausende und Abertausende von Leuten gibt, die ohne Arbeit sind, würde es an Arbeitskräften für die Anpflanzung nicht fehlen, um so weniger, als diese keine besonderen Kenntnisse verlangt. Für Waldarbeiten höherer Art würde sich ebenfalls eine hinreichende Zahl von geeigneten Arbeitslosen finden. Die Löhne für die Arbeiten in den der Nation

gehörigen Wäldern sollen keineswegs hinter den in dem betreffenden Bezirk für gewöhnliche Arbeiten bezahlten zurückstehen. Der Teil der Waldkultur, der die meisten Arbeitskräfte in Anspruch nimmt, könnte zurückgestellt werden, wenn der Arbeitsmarkt sich verbessert und wieder aufgenommen, wenn die Nachfrage nach Arbeitskräften abnimmt, um so eine allzu starke Zunahme der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Nach Berechnungen der Kommission würde die Aufforstung von je 100 acres während der Anpflanzungszeit von vier bis fünf Monaten im Durchschnitt zwölf Mann beschäftigen, und jene aufgeforsteten 100 acres würden eine ständige Arbeit für eine Person abgeben. Wenn die Aufforstung von jährlich 20 233 ha vorgenommen wird, so würden 18 000 Menschen Arbeit haben und an ständiger Arbeit würden jährlich 1500 Arbeiter teilnehmen. Bei der Durchführung der Aufforstung der gesamten Fläche würden jährlich weitere 1500 Arbeiter ständige Beschäftigung haben und mit der Zeit des Umlaufes würde diese Zahl 100 000 erreichen. Die Kommission macht aufmerksam darauf, daß der Waldanbau und der Forstbetrieb ein neues Gebiet der Arbeit eröffne und daß der Markt hier so groß sei, daß eine Kollision zwischen dem Staate und einzelnen Unternehmern nicht zu befürchten wäre. Zum Schlusse empfiehlt die Kommission die Einsetzung einer Spezialkommission, die ein nationales Schema für die Aufforstung ausarbeiten soll; falls es nicht möglich wäre,

durch Kauf das nötige Land zu erwerben, soll es durch Zwangsversteigerung vom Staate gekauft werden.



Zur französischen Weinbaukrise.

Der französische Weinbau befindet sich seit längerer Zeit in einer Krise, die an verschiedenen Orten auf verschiedene Ursachen zurückgeht: im Süden auf Überproduktion, anderwärts aber auf die verheerende Wirkung der Phylloxera. Wohl ist man durch Einführung der amerikanischen Reben dem Übel vielfach erfolgreich begegnet, aber nur die größeren, kapitalkräftigeren Besitzer konnten die neuen Vorteile wirklich ausnützen. Um auf 1 ha verwüsteten Bodens amerikanische Reben zu pflanzen, muß man mindestens 3000 Fr. aufwenden können und durch 5 weitere Jahre auf Ertrag warten. Wie aber soll der kleine Besitzer so lange aushalten? Nur dem Reichen gibt man Kredit. Das verschuldete Stück Boden des Armen kann nicht zur Deckung für weitere Darlehen dienen.

So kam es, daß in weiten Landstrichen des französischen Ostens der Weinbau mehr und mehr zurückging. Nehmen wir als Beispiel die Gemeinde Riceys unweit der Stadt Troyes. Dort war ehemals der Weinbau Hauptquelle des Wohlstandes gewesen; ein Viertel des Grundes und Bodens in der Umgegend war mit Reben bepflanzt. Heute sind von 2000 qkm, die zur Gemeinde gehören, nur mehr 110 Weinboden, im übrigen Wald und Heide. Auch die Menschen sind allmählich von dannen gezogen; die Bevölkerung hat von Jahr zu Jahr abgenommen, und hätten nicht neue Verkehrs-

mittel ein gewisses touristisches Leben in die waldige Gegend gebracht, so wäre diese Bevölkerungsabnahme noch viel stärker geworden. Man kann hier von einer wahren Landflucht sprechen, nur freilich nicht von einer Landflucht bloß der Arbeiter wie in Deutschland oder aber derer, die in den Städten leichteres Leben suchen und höhere Kultur: Die nackte Unmöglichkeit, in der alten Weise den Lebensunterhalt zu gewinnen, treibt die Winzer von Riceys von der Scholle der Väter.

Das flache Land Frankreichs, durch so lange Jahrhunderte Hauptstütze und Quelle seines Reichtums und Reserve der nationalen Kräfte, beginnt sich zu entvölkern, weil der Weinbau, eine seiner bedeutendsten wirtschaftlichen Möglichkeiten, nicht mehr der alte ist. Eine andere Ursache, als die, welche zur Landflucht in Deutschland geführt hat, aber mit gleichem Endergebnis.

Paul Grados, Paris.



Die Verstaatlichung der Bergwerke

wurde jüngst vom Ausschusse des französischen Parlaments, der zum Studium aller Bergwerksfragen eingesetzt wurde, gefordert. Er sagt in seiner Resolution, daß das Bergwerkseigentum vom Staate seinen Ausgang nehme und darum auch dem Staate erhalten bleiben solle; eine Subkommission wurde beauftragt, in Deutschland und Holland die praktischen Erfahrungen mit dem Staatsbetrieb von Bergwerken zu studieren. Das Projekt der Kommission soll demnächst in der Kammer zur Verhandlung kommen.



POLITISCHE ENTWICKLUNG

Y. MARHULA, GEW. BOSNISCH - HERZEGOWINISCHER LANDESBEAMTER, WIEN: BOSNIEN UND DIE HERZEGOWINA AM SCHLUSSE DER OKKUPATIONSÄRA.

DAS alte Königreich Rama nebst den anderen Landstrichen, die heutzutage Bosnien und die Herzegowina bilden, hat unseren Zeitgenossen vom letztvergangenen Menschenalter zweimal ein besonders lebhaftes Interesse abgerungen. Das erstemal im Jahr 1875 bei der Erhebung der christlichen Rajah daselbst gegen ihre türkischen Bedrücker, die in der Folge zu dem serbisch-montenegrinisch-türkischen (1876), und dann zu dem russisch-türkischen Kriege (1877/1878) führten, und erst mit dem Berliner Kongreß (1878) und der österreichisch-ungarischen Okkupation dieser Länder (1878) ihren Abschluß fanden.

Tief grub damals die vierjährige Dauer des blutigen Volksaufstandes die Spuren der Verwüstung dem unglücklichen Gebiete ein. Von der anfangs 1875 auf 1,2 Millionen eingeschätzten — Volkszählungen waren dort vor der Okkupation unbekannt — bosnisch-herzegowinischen Bevölkerung war im Jahr 1879, bei der ersten Volkszählung, nur mehr eine Million vorhanden, fast eine Viertelmillion war während der Revolution teils umgekommen, verschollen oder ausgewandert. Jene halbe Million von Flüchtlingen aus dem Lande, die nach der Okkupation durch Österreich-Ungarn in ihre Heimat wieder zurückkehrten, fanden ihre heimatlichen Wohnstätten und Dörfer niedergebrannt, ihre Felder und Gärten verwüstet, mit Gestrüpp verwachsen; sie selbst kamen ohne Habe, nur aus Anhänglichkeit an die vaterländische Scholle. Nur um wenig besser war jener Teil der Bevölkerung daran, der an Ort und Stelle ausgeharrt, und dem furchterlichen Wüten des Bürgerkrieges getrotzt hat. Sie wohnten vielfach wie Tröglodyten in Erd- und Felshöhlen, in Wäldern, Schluchten usw., und auch ihnen fehlte es nicht nur an den primitiven Werkzeugen und Gerätschaften für den Ackerbau, an Vieh und Saatgut, sondern auch an dem fürs Leben nötigsten, an der Nahrung!

Seit jener Zeit hörte man nur selten Nachrichten von allgemeinem Interesse aus und über das seitherige österreichisch-ungarische Okkupationsgebiet, und es waren keineswegs politisch-beunruhigende, sondern kulturell interessante Mitteilungen, die in die weite Öffentlichkeit drangen. In Europa konnte man sich in den letzten 30 Jahren fast der Illusion hingeben, Bosnien-Herzegowina habe vollkommen aufgehört, der politische Wetterwinkel unseres Kontinentes zu sein, wenn es nicht neuestens durch die Annexion in der unangenehmsten Weise wieder in den Vordergrund geschoben worden wäre. Damit ist nun die Ära der Okkupation der beiden Länder abgeschlossen, und Europa als Verleiher des Mandats hierzu darf sich mit Recht fragen, was für ein Bild diese ehemals türkischen Provinzen jetzt bieten.

Das allgemeine Kulturgemälde, wie es Bosnien und die Herzegowina heute darstellt, ist von jenem von 1878, wie es der Verfasser eingangs flüchtig

zu skizzieren versuchte, durchaus verschieden, und zu Ehren der Mandatarin, der österreichisch-ungarischen Monarchie, sei es gesagt, bedeutend erfreulicher.

Von jenen Zeitgenossen, die die nunmehr zur Habsburgermonarchie gehörigen Länder unter dem ancien régime der Türkei, oder während der ersten Okkupationsjahre kennen zu lernen Gelegenheit hatten, wird gegenwärtig beim Besuche ein jeder über die dort inzwischen vor sich gegangenen Veränderungen angenehm überrascht sein. Zahlreiche bequeme Straßen, Eisenbahnen führen in dieses Ländergebiet, verbinden da alle ansehnlicheren Städte und Orte miteinander und präsentieren sich als ein dichtes Netz gut praktikabler Kommunikationen des öffentlichen Verkehrs. Über 8000 km überwiegend neu hergestellter Straßen und Wege, mehr als 1200 km Eisenbahnen sind das Werk Österreich-Ungarns von 1878—1908 in dieser Beziehung. Die Bevölkerung erreichte nach der letzten Volkszählung rund 1,9 Millionen, nahm also um 90% in 30 Jahren zu. Die Städte und Orte zeigen bei ihrer raschen Entwicklung Sorgfalt in der Anlage und Aufführung vieler Privatbauten, wobei die zahlreichen neuen öffentlichen Gebäude gewissermaßen zum Muster dienen. Der Reisende fand früher zu seiner Unterkunft kaum mehr als Obdach in den stallähnlichen Hans (Herbergen der Einheimischen), während er heute fast überall mehr oder weniger zufriedenstellende Gasthäuser, in den Städten oft komfortable Hotels, vorfindet. Die öffentliche Sicherheit läßt kaum zu wünschen übrig.

Bis 1879 waren Ackerbau und Viehzucht fast ausschließlich die Erwerbsquellen der einheimischen Bevölkerung und mit so primitiven Betrieben, daß z. B. sämtliche Ackergeräte, wie Pflüge, Eggen, Wagen usw., nur aus Holz hergestellt wurden; der Ertrag deckte kaum mehr als die unentbehrlichsten Bedürfnisse. Kleidung woben und verfertigten die Familien selbst, Nahrung gab grob gemahlenes Getreide, Kukuruz, Bohnen, Kraut, Obst; die Viehzucht lieferte Milch und Hämmel, Geflügel zu seltenen Fleischpreisen, andererseits brachte der Verkauf dieser Produkte den nötigen Betrag für die Steuern und für den Ankauf von Salz. Seither hob sich die Agrikultur durch die Bemühung der Okkupationsverwaltung auf eine bedeutend höhere Stufe. Bessere Werkzeuge, Geräte und selbst Maschinen wurden eingeführt; bessere Bodenbearbeitung wurde gelehrt; neue Kulturpflanzen, deren Anbau im Lande bis 1878 unbekannt war, wie z. B. Kartoffeln, Zuckerrüben, verschiedene Gemüsearten, Futterklee, edle Obstsorten, wurden eingebürgert, ebenso der Weinbau, der unter der Türkenherrschaft in Bosnien ganz in Vergessenheit geraten war, so daß überall sich eine rationellere Bewirtschaftung bemerkbar macht. In der Viehzucht macht man Anstrengungen, um die Stallfütterung einzuführen, da bis zur Okkupation das Vieh ausschließlich nur auf der Weide gehalten wurde; die heimischen Viehschläge wurden veredelt, rationelle Molkereiwirtschaft durch Musterwirtschaften demonstriert, die Verwertung der landwirtschaftlichen Produkte sehr ausgiebig verbessert. Man vergaß auch nicht der Schaf- und sogar der Hühnerzucht. In der Forstwirtschaft wurde eine intensive Nutzung ermöglicht und die Riesenwälder moderner Wirtschaft erschlossen.

Heute führt Bosnien-Herzegowina durchschnittlich rund jährlich 1 ½ Million Meterzentner Obst, Zerealien und Tabak, 2000 Pferde, 12 000 Stück Rinder und 15 000 Stück Schweine aus. Die Holzausfuhr beträgt jährlich im Durchschnitt 10 Million Stück Faßdaunen, 0,1 Million Kubikmeter weiches und hartes Schnittholz, Bau- und Werkholz, ferner wertvolle Industrie-Holzsortimente.

Das Berg- und Hüttenwesen, das vor 1878 in Bosnien und der Herzegowina ganz unbekannt war, hat erst während der Okkupation daselbst Eingang gefunden und ist in raschem Aufschwunge begriffen. Steinkohle wurde bei Zenica und Dolnja Tuzla erschlossen, in Zenica und Vareš erstanden große Eisenwerke, in Dolnja Tuzla wird Salz gewonnen usw.

Die Gewerbe wurden früher ausschließlich als Hausindustrien betrieben, von denen einzelne übrigens sich auch jetzt als lebensfähig erweisen, so z. B. die Anfertigung von Teppichen, verschiedenen orientalischen Geweben und Stickereien. Feine originelle Metallarbeiten, Filigran, Inkrustierungen usw., die durch Förderung der Verwaltung bereits in ganz Europa vorteilhaft bekannt sind. Die meisten Gewerbe sind aber erst durch Einwanderung aus der Monarchie dort heimisch geworden, und die aufblühende Großindustrie ist ausschließlich ein Werk der Okkupationsverwaltung. Vertreten sind da: Bierbrauereien, Spiritusfabriken, Dampföhlen, Dampfsägen, Maschinenfabriken, Papierfabriken, Karbidfabrikation, Lederfabriken, Zuckerfabriken, Fabriken für verschiedene Holzwaren, für Obstkonservierung und anderes mehr. In der Großindustrie ist bereits ein Kapital von 150 Millionen Kronen investiert.

Die Schaffung des Kommunikationsnetzes, der Gewerbe und Industrie wirkt naturgemäß sehr belebend auf den Handel, der an Werten zwanzigmal mehr umsetzt, als zur Türkenzeit. Der Ein- und Ausfuhrhandel umfaßt durchschnittlich pro Jahr an 200 Millionen Kronen.

Die Landeseinnahmen, die im Jahr 1880 nicht mehr als rund 9 Millionen Kronen betrugen, sind für das Jahr 1909 mit 71 299 013 K im Erfordernis, und mit 71 320 483 K in der Bedeckung präliminiert. Im Landesbudget wird seit 1883 ein kleines Suffizit der Einnahmen über die Ausgaben ausgewiesen. Das Land bestreitet die Kosten des heimischen Truppenkontingents selbst und verzinst die seit etwa 15 Jahren aufgelaufene Landesschuld.

Für die Hebung des Bildungsniveaus der Bosniaken und Herzegovzen sorgen 379 (interkonfessionelle) Landes-Volksschulen, 30 Handelsschulen, Schulen für gewerblichen Unterricht, Fortbildungs-, Abend- und Mädchenschulen, 5 Mittelschulen (Gymnasien und Realschulen), 3 Lehrerbildungsanstalten (davon eine für Mohammedaner). An Hochschulen bestehen nur die theologischen Seminare. Vor 1878 gab es in beiden Ländern kaum einen Mann mit moderner höherer Schulbildung, zurzeit zählen sie schon nach Hunderten, und einzelne davon nehmen schon bedeutende Stellungen im öffentlichen Dienste ein. Die österreichisch-ungarische Armee zählt überdies schon viele bosnisch-herzegowinische Offiziere. Da die Bosnier und Herzegovzen im allgemeinen aufgeweckte, strebsame, energisch ausdauernde Leute sind mit praktischem Blick und bescheidenen Lebensbedürfnissen, so werden sie im slavischen Süden sich verhältnismäßig bald eine angesehene Position erringen. Hervorzuheben wäre noch, daß in Sarajevo ein archäologisch-naturhistorisches Landesmuseum geschaffen wurde (1884), das heute schon einen Weltruf genießt.

Die Landesverwaltung macht die Naturschönheiten des Landes bequem zugänglich, und ist bemüht, einen immer stärkeren Strom von Reisenden aus aller Herren Ländern zum Besuche des Landes anzulocken. Des Sehenswürdigen, Interessanten, Schönen findet man da allerdings übergenug. Die Kontraste des Orientes und Okzidenten, die sich bei jedem Schritt darbieten, die Wunder einer bis vor wenigen Jahrzehnten geradezu unbekannten großartigen Gebirgswelt, alle Abstufungen der Kultur, wie sie Bosnien-Herzegowina aufweist, sind in Europa kaum sonstwo noch in solcher Fülle zu finden.

Aber wenn irgendwo der Spruch richtig angewendet werden kann „Wo viel Licht, dort gibt es auch tiefe Schatten“, so ist es gewiß in bezug auf die heutigen Kulturverhältnisse der mehrgenannten Saveländer der Fall. Österreich-Ungarn hat zweifellos große Opfer an Gut, Blut und Arbeit gebracht, um Bosnien und der Herzegowina den Frieden und die Segnungen der Zivilisation zu geben und hat ein gutes Stück Kulturwerk geschaffen, wie die vorstehenden Daten und Aufzeichnungen beweisen. Freunde hat sich die Doppelmonarchie dort nicht geschaffen, und außer jenen Einheimischen, deren materielle Interessen mit der österreichisch-ungarischen Herrschaft irgendwie innig verbunden sind, auch sehr wenig politische Anhänger! Die Mohammedaner gravitieren heute noch unvermindert nach Konstantinopel, wie die Serben nach Belgrad und Cetinje; selbst die Katholiken sind heute nicht so unbedingte Anhänger Österreich-Ungarns, wie sie vor der Okkupation gewesen sind, als sie die Vereinigung mit dem konnationalen Kroatien-Slavonien oder mit Dalmatien oder mit beiden zusammen im Rahmen der Monarchie erhofften. Von all dem, was sie bis ihren jahrelangen revolutionären Kämpfen (1875—1878) angestrebt, hatten sie ja sozusagen nichts erreicht, nur den Herrn gewechselt: Der Boden verblieb nach wie vor den Mohammedanern, und politisch und national sind sie noch unfreier geworden als zuvor. Die Okkupationsverwaltung sprach eine ihnen fremde Sprache und blieb ihnen fremd bis zum heutigen Tage.

Der verstorbene langjährige Administrator der beiden Länder, der gewesene österr.-ungar. gemeinsame Finanzminister v. Kállay, verbot den serbischen Bewohnern derselben sogar, sich „Serben“ zu nennen und ihre Sprache und Kirche als „serbisch“ zu bezeichnen. Als Ersatz führte er das ethnographische Novum einer „bosnischen“ Nationalität und Sprache ein. Und neuestens wieder, gelegentlich der Proklamierung der Annexion in der Hauptstadt der Herzegowina, Mostar, wollten die dortigen Katholiken durch eine Deputation unter Führung des Bischofs Buconjic beim Kreisvorsteher eine Dankadresse an den Kaiser Franz Josef überreichen. Was tat der Brave? (Baron Pitner ist sein Name.) — Er ließ die Deputation abweisen, und — die Dankadresse konfiszieren! Wenn solche politische faux pas, die dort in Wirklichkeit seit 30 Jahren an der Tagesordnung sind, vorkommen, dann klingt es noch milde, daß einer der hervorragendsten österreichischen Staatsmänner und Parlamentarier, Baernreither, in voller Delegationssitzung Baron Buriaux, dem jetzigen gemeinsamen österr.-ungar. Finanzminister und Administrator Bosnien-Herzegowinas, zurief: „Wie können Sie solche Beamte im bosnisch-herzegowinischen Landesdienste dulden?“ Wie viele solche „Pitners“ gibt es dort, von dem Sektionschef abwärts, bis zu den Verwaltungspraktikanten herab!! Den Serben und Mohammedanern beschneidet man aus politischen Gründen noch die nationale Autonomie in Kultus- und Schulangelegenheiten, die sie unter der türkischen Regierung immer voll ausüben durften.

Es sind jedoch die Vorwürfe nationaler Unterdrückung, der Germanisation und Magyarisierung, die man gegen die bosnisch-herzegowinische Landesverwaltung Österreich-Ungarns erhebt, nicht die einzigen, die man diesem régime macht. Der Gewährsmann ist wieder der österreichische Delegierte und frühere Handelsminister Exz. Baernreither, der in der Delegationssitzung vom 29. Oktober 1908 ausführte: „In Bosnien und der Herzegowina gibt es 379 Volksschulen, so daß man 30—50 km weit zur nächsten Schule fahren muß, denn eine Volksschule resp. ein Schulort entfällt erst

auf je 175 qkm, aber auf je rund 5000 Einwohner. Nicht ganz 15% aller Kinder können die Schule besuchen, 85% der Jugend im schulpflichtigen Alter können die Schule überhaupt nicht besuchen. Aber auch die 15% Kinder, für welche anscheinend die Möglichkeit des Schulbesuches gegeben ist, besuchen die Schule nicht, weil die Entfernungen zu groß sind. In den nächsten fünf Jahren sollen noch 95 Schulen errichtet werden. Die Schwierigkeiten sollen in dem Mangel an Lehrern liegen. „Ich verstehe wirklich nicht, warum man in den letzten Jahren nicht mehr für die Lehrerbildung getan hat!“ — rief Delegierter Baernreither entrüstet aus. Es gibt drei Lehrerbildungsanstalten (davon eine für Mohammedaner), die eigentlich mehr der Heranbildung von Beamten dienen. In Sarajevo gibt es zwei dieser Anstalten, und sie hatten im Schuljahre 1906/1907 nur 75 Schüler, noch um 19 weniger als im Schuljahre vorher! Das fast um die Hälfte kleinere Kroatien zählt 1300 Schulen, und selbst das um mehr als das Zehnfache kleinere Dalmatien ist mit 400 Schulen, den jetzt annektierten Ländern doch überlegen!!

Auch in der wirtschaftlichen Kultur werden gegen die Landesverwaltung in Sarajevo schwere Anklagen erhoben. Eine der begründetsten davon ist, daß in den 30 Jahren der Okkupationsdauer zu wenig getan wurde, um die in einem Pachtvertrage zu dem Grundherrs (Aga, Beg) stehenden Bauern (Kmeten) in den Besitz des von ihnen bebauten Bodens zu setzen. Es gibt da — nach dem Delegierten Baernreither — 88 970 reine Kmeten, d. h. solche, die nur gepachteten Boden bebauen, und 22 655 gemischte Kmeten, d. h. solche, die neben dem Pachtgrund auch eigenen Grundbesitz haben. Von allen diesen Bauern haben sich während der Okkupationsära nur 23 477 losgekauft, daher wenig mehr als 20%. Delegierter Exzellenz Baernreither machte weiter der bosnisch-herzegowinischen Landesverwaltung den schweren Vorwurf, daß sie den Bauern für Tabak „wahre Spottpreise“ zahle, aus welchem Geschäft sie doch einen Gewinn von 9—10 Millionen Kronen ziehe. Ein anderer Delegierter beklagte sich, daß von Sarajevo ein Streikverbot für die Arbeiter erlassen wurde, welches die Regierungsbank zwar nachher ableugnete. Tatsächlich dürfen aber die Arbeiter in Bosnien-Herzegowina nicht streiken, denn als vor Jahren die Waldarbeiter Baron Rothschilds es versuchten, ließ der Regierungskommissar Forstmeister Marterer den Wald von Militär umstellen und niemand durfte aus noch ein passieren, bis die Arbeiter „freiwillig“ erklärten, mit den von der Rothschildschen Unternehmung diktierten Bedingungen einverstanden zu sein. Daß Herr Marterer nach den Intentionen seiner Auftraggeber handelte, wird daraus ersichtlich, daß er seither auf der Stufenleiter der Beamtenhierarchie überaus rasch empor-klohm.

Vollberechtigt ist ein weiterer schwerer Vorwurf (der allerdings den jetzt an der Spitze der Verwaltung stehenden Baron Burian nicht trifft), daß nämlich die enormen Holzschätze bosnisch-herzegowinischen Landeswäldungen zu ganz unverantwortlichen Preisen in den Handel geworfen werden. Verkäufe öffentlichen Eigentums mit Ausschluß der Öffentlichkeit sind immer bedenklicher Natur. Als gelegentlich des Krachprozesses der großen Kasseler „Treber- und Trocknungsgesellschaft“ in Leipzig, wo auch die bosnisch-herzegowinische Landesverwaltung als Zeugin vertreten war, deren Sendling um Auskunft über den Verbleib resp. die Verwendung von 2 Millionen Kronen befragt wurde, die von der geklagten Gesellschaft als Zahlung für Forstgeschäfte geleistet worden waren, schien es demselben vorteilhafter, zur Beantwortung der Frage gar nicht mehr zu erscheinen.

Die Budgetierung der Landeseinnahmen und -Ausgaben, die den Delegationen vorgelegt wurde, war unter der Verwaltung des Finanzministers Benjamin v. Kállay eine reine Fiktion. Die Einnahmen und Ausgaben waren stets um Millionen höher, was in dem geheimen „nichtpräliminierten Kapitel“ ausgewiesen wurde. So wurden viele Millionen der Landeseinnahmen im Laufe der Jahre der ordnungsmäßigen Verrechnung entzogen und zu Ausgaben verwendet, über deren Unproduktivität zum Vorteile des Landes die Einsichtigen eines Sinnes sind. Doch das wird heute alles als abgetan betrachtet, und der Delegierte Baernreither bemängelte bloß, daß man auf die bosnisch-herzegowinischen Eisenbahnen jährlich 2,3 Millionen Kronen daraufzähle. Dann erscheint nur natürlich, daß man für die Erziehung der katholischen Jugend pro Jahr nur 5000 K. habe, d. i., nur ein kleiner Teil dessen, was man zu Preisen für Pferderennen, Taubenschießen usw. in Ilidže zu verausgaben pflegte. Auch für Bewirtung von „Landesgästen“ werden jährlich weit bedeutendere Beträge verwendet.

Die polizeiliche Willkür im Lande ist absolut schrankenlos, und sie erstreckt sich nicht nur auf die Einheimischen, sondern auch auf Staatsbürger von Österreich und Ungarn, ja selbst auf Ausländer, die das Land besuchen und neugierig genug sind, die Landesverwaltung in ihrem Tun beobachten zu wollen. Die Presse ist unter strengster Zensur, ein Vereinsrecht gibt es nicht, ebenso kein Versammlungsrecht. Die Krone von allem bildet noch, daß es in der ganzen weiten Habsburgermonarchie kein Forum gibt, wo die bosnisch-herzegowinische Landesverwaltung und ihre Organe auch in Fällen ihres sonnenklaren Unrechtes zur Rechenschaft gezogen werden könnten.

Aus dem Vorangeführten erhellt somit zur Genüge, daß es in der Tätigkeit der österreichisch-ungarischen Okkupationsverwaltung in Bosnien und der Herzegowina an tiefen Schattenseiten nicht fehlt. Ob Licht oder Schatten überwiegt, wird die interessierte Mitwelt kaum ausreichend klarstellen können, es wird wohl der Geschichte vorbehalten bleiben.

Österreich-Ungarn hat jetzt angesichts der Annexion und bevorstehenden Einführung der Landesautonomie noch Gelegenheit, die administrativen Schattenseiten seiner Okkupation wettzumachen, wenn es an der Wahl der künftigen Landesvertretung von Bosnien-Herzegowina die breitesten Schichten der Bevölkerung mit gleichem Rechte teilnehmen läßt; wenn es dieser Landesvertretung einen genügenden Spielraum zur Betätigung einräumt und die Landesverwaltung unter eine wirksame Kontrolle stellt. Anderenfalls schafft es sich dort ein neues Lombardo-Venetien.



AUSTRIACUS: DIE ORIENTKRISE UND IHRE VERURSACHUNG DURCH DIE KONSTITUTIONELLEN VERHÄLTNISSE IN ÖSTERREICH.



IE lang sich hinziehende Krise hat ihren Abschluß gefunden. Die Leidenschaften des Mitkämpfers schweigen, die Möglichkeit historischer Rückschau beginnt. — Versuchen wir aber, uns wahrhaft klar zu werden, was die Krise veranlaßt hat, so sehen wir sofort, daß die jungtürkische Revolution nur ein Anstoß, keineswegs

der entscheidende Grund dafür gewesen ist. Der Konflikt zwischen der Türkei und Bulgarien wurde ja rasch beigelegt; was blieb, waren die durch Österreichs Vorgehen hervorgerufenen Streitpunkte. Diese Aktion begann aber bereits mit dem Sandschakbahnprojekt des Barons Ährenthal lange vor der Umwälzung in Konstantinopel. Der Wille des österreichischen Ministers des Auswärtigen, eine aktive Politik der Machterweiterung im Orient zu beginnen, hat die Krise geschaffen.

Hat er nun tatsächlich wenigstens im Sinne solcher Machterweiterung gehandelt, als er die Okkupation in Annexion wandelte?

Ist die Krise durch irgendwelchen wahrhaften Interessengegensatz des österreichischen Volkes und anderer Völker verursacht worden? Gab es irgendein österreichisches Volksinteresse, das zur Annexion hindrängte, hat ihr Vollzug und der angebliche diplomatische Erfolg, der die anderen Völker, vor allem Rußland erbitterte, den österreichischen Völkern irgendwie genützt? Niemand, es sei denn die offiziöse Presse, die allen Winken des Ministeriums des Auswärtigen in Wien blind gehorcht, um weiter als ihr Organ fungieren zu können, hat dies je behauptet. In der Tat besitzen nur ganz begrenzte Industrie- und Handelskreise ein Interesse daran, daß Bosnien unter Österreichs Einfluß stehe, indem sie so leichter Kapitalien placieren und Handelsgewinne im Lande erzielen können. Auch dieses Interesse ist kaum der Rede wert, beziffert sich höchstens auf einige Millionen Kronen. — Die erdrückende Mehrheit der österreichischen Bevölkerung hat von Bosnien gar nichts; sie hat vielmehr um der Okkupation im Jahre 1878 willen das Blut ihrer Söhne und ungezählte Millionen ihrer Steuerzahler lassen müssen und seither niemals einen Vorteil daraus gezogen. Daß es so sei, hat übrigens auch die einzige politisch reife Schicht der Okkupationszeit (1878), die damalige deutsch-liberale Regierungspartei, klar erkannt; sie hat gegen die Okkupation gestimmt, und letztere mußte mit Unterstützung und den Stimmen noch unreifer klerikaler und regionaler Parteien durchgesetzt werden. Ist es so überaus zweifelhaft, daß ein Interesse des österreichischen Volkes an der Festhaltung Bosniens bestehe, so ist es andererseits durchaus zweifellos, daß an der Umwandlung des Wortes „Okkupation“ in das Wort „Annexion“ nicht einmal ein Schatten österreichischen Volksinteresses haftet. Kein Kaufmann kann im annektierten Lande mehr Waren absetzen, als er im okkupierten Lande hätte absetzen können; keine österreichische Fabrik kann nunmehr leichter begründet werden als früher, denn alle tatsächlichen Verhältnisse waren ja auch während der verflossenen 30 Jahre durchaus denen einer wirtschaftlichen Annexion gleich. Ausschließlich die Eitelkeit gewisser militärischer und höfischer Kreise konnte durch die Einfügung eines neuen Titels in die große Zahl der Titel, welche der österreichischen Krone eigen, befriedigt werden. Um dieser Eitelkeit willen hat Österreich die Gefahr eines Weltkrieges heraufbeschworen, überall schwere Erbitterung zurückgelassen und des übrigen sich selbst, seinem eigenen Volke, schwere Wunden geschlagen; denn weniger noch die 55 Millionen Kronen Entschädigung an die Türkei als die mehreren hundert Millionen für Kosten der militärischen Bereitschaft, die Beeinträchtigung des wirtschaftlichen Lebens durch die Kriegsgefahr, die Störung der persönlichen Verhältnisse so vieler öster-

reichischer Familien durch die Einberufung der Reservisten bedeuteten für die österreichische Bevölkerung selbst schwere Schädigung.

Dabei muß noch ins Auge gefaßt werden, daß es zum Schlimmsten des Schlimmen gar nicht gekommen ist. In der Tat ist es kaum zu glauben, daß Österreich wirklich in den letzten Wochen der Krise mehrere hunderttausend Mann aufgeboten und mehrere hundert Millionen zwecklos vergeudet hat, um von Serbien die Unterschrift der bekannten Formel zu erlangen. Welchen Wert kann es für Österreich haben, wenn einige heute am serbischen Staatsruder befindliche Personen erklärten, daß sie die „Annexion definitiv anerkennen“? Die Zukunftswünsche des serbischen Volkes und deren Geltendmachung zur günstigen Stunde können durch solche papierene Formeln unmöglich ausgeschaltet werden. Abgesehen von diesem formellen Verzicht war alles in der serbischen Formel Zugestandene schon 3 Wochen vorher, ehe Österreich seine Hunderttausende von Soldaten aufbot und seine Hunderte Millionen Rüstungsausgaben machte, zugestanden worden, nämlich der Verzicht auf irgendeine Kompensation für die Annexion. Sollte wirklich nur der Wunsch eines solchen Scheingewinns die österreichischen Staatsmänner zur Auferlegung so furchtbarer Opfer auf die Schultern ihres eigenen Volkes veranlaßt haben? Die ganze Sachlage läßt viel eher vermuten, daß denselben ein anderes, unausgesprochenes Ziel vorgeschwebt, daß sie Serbien zum Kriege treiben und nach leicht gewonnenem Siege das Land in der einen oder anderen Weise unter dem einen oder dem anderen Vorwand dauernd besetzen wollten und das, obwohl auch nicht der Schatten eines österreichischen Volksinteresses den Tod so vieler österreichischer Soldaten im blutigen Gebirgskriege, die Vernichtung so großer ökonomischer Werte durch einen serbischen Feldzug aufgewogen hätte.

Wie aber sollen wir Außenstehenden diese ganze Kette von schweren Vergehen am eigenen Volke, wie am Frieden Europas, begreifen, insbesondere wenn wir uns klar machen, daß die österreichischen Völker durchaus nicht chauvinistisch gestimmt sind? Ihnen fehlt jede nationale Leidenschaft, jeder Haß gegen die Nachbarstaaten, schon darum, weil sie kekanntlich einen zentralisierten Patriotismus nicht besitzen, jede einzelne Nation vielmehr eigene nationale Interessen hochhält und dem Kampfe mit den den gleichen Staat bewohnenden anderen Nationen viel mehr Gewicht beilegt als dem Gegensatz des Ganzen zum Ausland. Die gewöhnliche Erklärung für sonst unbegreifliche Handlungen der Völker, daß sie nämlich von der nationalen Leidenschaft über alle Vernunft hinweggetragen werden, diese Erklärung versagt hier vollständig.

Sehen wir weiter, ob vielleicht die zweite übliche Erklärung, daß nämlich der Herrscher dem Eroberungstrieb oder anderen Leidenschaften gefrönt habe, hier Anwendung findet. — Ganz und gar nicht; denn auf dem Throne Österreichs sitzt ein greiser Herrscher, der weich und mild gesinnt ist und in den langen Jahren seiner Regierung tausend Beweise gegeben hat, daß er Blutvergießen verabscheue. (Tatsächlich wird auch übereinstimmend gemeldet, daß Kaiser Franz Josef stets für den Frieden eingetreten sei und auch in der entscheidenden Stunde, da England auf Verständigung drang, seinen Einfluß für endgültiges Nachgeben eingesetzt habe. Wo also lag, wenn nicht beim Volk, noch Herrscher, der Urgrund zu Österreichs Politik? Bei zwei Personen. Beim Thronfolger des Reiches, der beseelt ist vom Triebe, die Macht des Staates, der ihm später anheimfallen soll, zu erweitern, und der seinem Oheim geraten, einen von imperialistischen Ideen erfüllten Mann,

Baron von Ährenthal, zur Leitung der auswärtigen Geschäfte zu berufen; und zweitens bei diesem Manne, Baron von Ährenthal, selbst.

Derselbe ist nicht ganz zu Unrecht mit Bismarck verglichen worden in dem Sinne, daß auch er, ein treuer Diener seines Herrn, die vermeintliche Förderung seiner Dynastie durch kriegerische Machterweiterung über alle anderen Volks- und idealen Interessen gesetzt hat. Auch er glaubte sich den Spruch: „Macht geht vor Recht“ völlig zu eigen machen zu dürfen. Der Erreichung seiner politischen Endziele glaubte er Verträge, Treu und Glauben, Gut und Leben der eigenen Volksgenossen wie anderer Völker leichten Herzens opfern zu können. Bismarck freilich hatte eben doch ein ideales Endziel, die Einigung Deutschlands; der Machtpolitik Ährenthals fehlte solcher ideale Hintergrund. Dieser Mann war es also, der bewußt und gern Europas Ruhe und Österreichs Frieden aufs Spiel setzte.

Daß nun ein einzelner einen in sich folgerichtigen, aber in seinen Konsequenzen, seiner Beiseiteschiebung aller Gegengründe wahnsinnigen Gedanken faßt und durchführen will, kann ja gewiß nicht wundernehmen; solche Menschen hat es in der Weltgeschichte viel gegeben. Das Furchtbare und zugleich das Einzigartige in unserer heutigen Zeit ist nur, daß diesem Menschen, der doch auf keinem Fürstenthron geboren, eine solche unumschränkte Macht zufiel, seine Pläne, wenn nicht zur Gänze, so doch zu einem großen Teil zu realisieren. Die Erklärung hierfür liegt wieder in den Eigenartigkeiten der österreichischen Konstitution, und damit kommen wir zu unserem Ausgangspunkt zurück. Das österreichische Parlament hat verfassungsgemäß überhaupt keinen Einfluß auf auswärtige Angelegenheiten, ebensowenig das ungarische; und im Sinne ihrer Einflußlosigkeit nehmen diese Körperschaften an auswärtigen Fragen auch durchaus kein Interesse, ihre Mitglieder, ihre Parteien nehmen zu denselben nicht Stellung, deren Presse hat keine eigene Meinung und publiziert willig die Communiqués des Ministers fürs Auswärtige, und auch ihre Leser werden so zur Unselbständigkeit des Urteils und Unreife in allen Fragen auswärtiger Politik herangezogen. Eine bescheidene Kontrolle der auswärtigen Politik bzw. Bewilligung des Budgets des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten kommt ausschließlich den *D e l e g a t i o n e n* zu, d. s. Ausschüsse aus beiden Parlamenten, denen Delegierte der Oberhäuser zugezogen werden. Schon dieser letztere Umstand gibt der Regierung in ihnen ein selbstverständliches Übergewicht, weil eben die Oberhäuser fast ausschließlich aus von der Regierung ernannten Mitgliedern zusammengesetzt sind. Aber auch was die von den Unterhäusern entsandten Delegierten anlangt, kann irgendwelche politische Reife, irgendwelche Behauptung eines eigenen Standpunktes nicht vorausgesetzt werden, da sie sich ja nur einmal im Jahre versammeln, sonst aber außer jeder Fühlung mit den Fragen der auswärtigen Politik stehen. In der gegenwärtigen Krise traten die Delegationen nur einmal ganz am Beginn, da noch keinerlei Konsequenzen der Lage sichtbar waren, zusammen, und seither haben sie überhaupt nicht wieder getagt. Der Minister war daher ohne jede Kontrolle eines Parlamentes; auch von Ministerkollegen bzw. einem Ministerpräsidenten, wie dies in anderen Ländern selbstverständlich wäre, war er nicht abhängig, denn ein solches österreich-ungarisches Reichsministerium oder ein Präsident desselben existieren nicht. Es gibt überhaupt nur drei gemeinsame Minister, von denen der eine der Kriegsminister ist, der sich ausschließlich mit seinen Fachangelegenheiten beschäftigt, der zweite der gemeinsame Finanzminister, der wenig Einfluß hat, und der dritte: eben der Minister des Auswärtigen,

derzeit Baron von Ährenthal. Dieser ist daher in Wahrheit von jedem Einfluß nicht nur des Parlamentes, sondern auch kontrollierender Ministerkollegen frei; auch eine effektive Kontrolle durch den Monarchen selbst konnte im gegebenen Falle nur unvollkommen durchgeführt werden, weil der derzeitige greise Kaiser nur ungern in die Radspeichen der Staatsmaschine eingreift, nur ungern dem Manne, der das Vertrauen seines Nachfolgers genießt, in die Zügel fallen wollte. Er tat es zwar am Schlusse, und dadurch ist ja schlimmstes Unheil vermieden worden; aber lange Zeit hindurch war Ährenthal mächtiger als jeder unumschränkte Monarch, war er schrankenloser Herr und Gebieter über Gut und Blut der Völker Österreichs und Europas.

Nur ein Moment mag noch betont werden, nämlich der Bündnisvertrag mit dem Deutschen Reich, der dieses zu unbegrenzter Hilfeleistung veranlaßte. Es wollte vor allem Österreich decken und zu Dank verpflichten, um so in Zukunft selber wieder der Hilfe Österreichs gewiß zu sein, wie dieses Land ihm ja auch in Algieras wertvolle Dienste geleistet hatte. So erstreckte sich Ährenthals Macht über die Grenzen der Monarchie hinaus über das weite Deutsche Reich, von seinem Wink hingen die Bewegungen zweier der mächtigsten Armeen der Erde ab.

Österreichs Haltung sowie die ganze verflossene Krise erklärt sich also aus einem Fehler im konstitutionellen Mechanismus des Staates, der einem einzelnen Manne Macht über ungezählte Millionen Streiter verlieh. — Würde sich Österreich zu einer Verfassung durchringen können, die dem Parla-
ment e maßgebenden Einfluß auch auf die auswärtige Politik einräumte und ein festumgrenztes Ministerium an die Stelle des derzeitigen Einzelherrschers der auswärtigen Angelegenheiten setzte, dann würde die Welt vor der Wiederkehr ähnlicher Gefahren gerettet werden. Ein hübsches Kennzeichen dafür wurde ja auch gegen Schluß der gegenwärtigen Krise geliefert, indem das österreichische Parlament einstimmig einen sozialistischen Antrag annahm, die österreichische Regierung möge ihren Einfluß beim Minister des Auswärtigen im Sinne der Erhaltung des Friedens einsetzen, d. h.: während anderwärts das Parlament und die Regierung beschließen, versuchten sie in Österreich, ihren Einfluß aufzuwenden (ohne übrigens auf den verantwortlichen Minister des Auswärtigen irgendwelchen Eindruck zu machen). Die bloße Änderung des konstitutionellen Mechanismus würde solchem Hexenspek ein radikales Ende machen.

Die Krise, die fast zum Weltkrieg geführt, läßt eine bedeutsame Lehre zurück: daß die Ausbildung parlamentarischer Institutionen nicht bloß für die innere Freiheit, sondern auch für den Frieden der Völker untereinander vom höchsten Werte ist.



CHRONIK

DAS griechische Volk und die türkische Revolution. Wie so oft in der Geschichte das Glück der einen zum Unglück der anderen wird, so scheint auch die Selbstbefreiung des türkischen Volkes zum Grab der nationalen und Unabhängigkeitsideen

all jener christlichen Völker, die auf türkischem Boden wohnen, werden zu sollen. Bisher hatten sie auf den Zerfall des türkischen Reiches als ein sicher eintretendes Ereignis gewartet, nun ist diese Hoffnung gebrochen; bisher hatten sie unter der losen

Herrschaft der türkischen Machthaber, die bloß Erpressungs- und Bestechungsgelder für sich selbst suchten, ohne im übrigen das Kulturleben ihrer Untertanen irgendwie zu beeinflussen, nach ihrer Väter Weise gelebt und getrachtet. Nun sollen sie in das Leben des türkischen Staates hineingezogen werden, sollen türkische Militärdienste leisten, ja, die Regierung scheint eine planmäßige Vermischung und Vereinheitlichung anzustreben, will die griechischen Regimenter nach den Regierungsbezirken von Bagdad und Arabien senden und arabische Regimenter nach Mazedonien legen. Man denkt sogar daran, Mischehen zwischen Türken und Christen allmählich zu ermöglichen und, wie mir Isaac Bey von Tripolis kürzlich sagte: Bald wird man auf diese Weise eine einheitliche türkische Bevölkerungsmasse erzielt haben. Speziell was die griechische Bevölkerung anlangt,

wird dieser Prozeß ein um so leichter sein, als sie tatsächlich unter türkischer Herrschaft bessere Lebensbedingungen findet als im Königreich mit seiner wenig fortschrittlichen Regierung.

Griechenland und mit ihm auch die anderen Balkanstaaten werden all ihre Kräfte anspannen müssen, um wieder, wenn nicht den gleichen kulturellen Vorsprung wie gegenüber dem alten türkischen Regime, so doch eine annähernde Gleichbedeutung mit der heutigen Türkei zu erlangen und derart gewisse nationale Sympathien unter ihren Volksgenossen im türkischen Reich wachzuhalten. Interessant wird es jedenfalls sein, zu verfolgen, ob der Türkei das Schicksal Österreichs beschieden bleibt und ihre Völker auch weiterhin über die Grenzen schielen werden oder aber, ob ihr, wie es den Anschein hat, die Assimilierung gelingt.

Spiro Ladikos.

SOZIALE ENTWICKLUNG CHRONIK

OÖSTERREICHISCHE Zentralstelle für Kinderschutz und Jugendfürsorge. Im Frühjahr 1907 fand der erste österreichische Kinderschutzkongreß statt. Eines der Ergebnisse dieses Kongresses war die Gründung einer österreichischen Zentralstelle für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Wien. Der Zweck dieser Zentralstelle sollte sein, ein Mittelpunkt aller bestehenden Fürsorgeeinrichtungen zu werden, den Austausch der in den verschiedenen Instituten gemachten Erfahrungen zu ermöglichen und neue Anregungen an die beruflichen Kreise weiterzuleiten.

Die Zentralstelle entwickelte sich in befriedigender Weise, so daß nun ein neuer, sehr bedeutsamer Schritt nach vorwärts getan werden konnte. Es hatte sich das Bedürfnis auch nach einer literarischen Zentralstelle geltend gemacht, das nun vor kurzem befriedigt wurde. Seit dem Beginne dieses Jahres erscheint eine von der Zentralstelle herausgegebene „Zeitschrift für Kinderschutz und Jugendfürsorge“. Als verantwortlicher Redakteur zeichnet Dr. Max Lederer, der sich um die Einführung der Jugendgerichte in Österreich nam-

hafte Verdienste erwarb. Die erste Nummer der neuen Zeitschrift brachte Beiträge von hervorragenden österreichischen Fachmännern auf dem Gebiete des Kinderschutzes.



Jugendnot und Jugendfürsorge.

Als bewußt an der Erziehung der Kinder arbeitende Mächte haben lange Familie und Schule allein gegolten. „Schule und Haus“ waren im gesellschaftlichen Denken fest verbundene Begriffe geworden, die ins Bewußtsein traten, wenn es nötig wurde, irdenwelche Jugend-erziehungsaufgabe zu lösen. Immer deutlicher aber wird es heute, daß für den Nachwuchs großer Bevölkerungsschichten noch weitere Erziehungsfaktoren erforderlich sind. Die Beschäftigung des Vaters außer Hause, die Beschäftigung der Mutter innerhalb und außerhalb des Haushalts bedingen eine weitgehende Aufsichtslosigkeit der Kinder, die allein schon eine Quelle der Verwahrlosung in allen Richtungen ist. Denkt man aber noch an die anderen Gefahren, die aus den oft traurigen Wohnungsverhältnissen, aus dem Leben der Straße erwachsen, so wird einleuchtend, daß das Verkommen der solchen Lebensbedingungen ausgesetzten Kinder nicht verhindert werden kann, wenn nicht neben Familie und Schule neue Erziehungsgewalten aus der Gesellschaft erwachsen. Aus diesem Gedanken heraus ist man nicht nur an die Schaffung ganz neuer Organisationen — Kinderhorte, Lehrlingsheim u. ähnl. — gegangen, sondern man will auch bewirken, daß bei kei-

nem Eingriff in jugendliches Leben vergessen werde, daß dieses Leben dem Erziehungszwecke als oberstem Zweck untersteht. So, wenn ein Kind dem strafgerichtlichen Verfahren ausgeliefert wird — ein Fall, der sich in Deutschland jährlich viele tausend Male begibt: Sofern Unerwachsene dem Strafverfahren unterworfen werden, muß der Strafzweck wesentlich Erziehungszweck sein, das Strafverfahren wesentlich Erziehungsverfahren. Was dies heißt, sagt ausführlich der Bericht über die dritte Tagung der deutschen Berufsvormünder zu Straßburg, der soeben bei O. V. Böhmert in Dresden erschienen ist.

Zwei durch die gleiche Not hervorgerufene neue Einrichtungen, die Berufsvormundschaft und die Jugendgerichte hatten Vertreter nach Straßburg zu gemeinsamer Beratung entsandt. Die Berufs-Vormundschaften, zuerst als Schutzorgane für die unehelichen Kinder ins Leben gerufen, wurden bald von den Vormundschaftsgerichten auch als Pfleger für verwahrloste oder durch Verwahrlosung bedrohte eheliche Kinder bestellt und nun wird erkannt, daß ohne ihre Mithilfe die erzieherische Ausgestaltung des Strafverfahrens an vielen Orten schwer möglich ist. Übrigens findet sich in dem Tagungsbericht u. a. eine interessante Darlegung über die Organisation der vielfach vorbildlichen städtischen Berufsvormundschaft Straßburgs.

Wer den schmalen grauen Band durchgelesen hat, wird sich sagen: Hier sind neue Erfolg verheißende Wege zur Rettung unserer gefährdeten Jugend gefunden worden.



MORALISCHE & RECHTS- ENTWICKLUNG

CARL ONNO, PLETTENBERG I. W.: DIE TODES-
STRAFE.

DAS Dresdner Schwurgericht hat vor kurzem über eine junge Kindes-
mörderin das Todesurteil gefällt, und da frühere Fälle, u. a. die
bekannten Vorgänge anlässlich der Verurteilung und Hinrichtung
der Grete Beier uns gelehrt haben, daß das schönste Recht des
Herrschers, das der Begnadigung, beim König von Sachsen wenig Sympathie
genießt, so dürfte auch das obige Urteil bestätigt und vollstreckt werden.
Es kostet ja nur einen Namenszug!

Vielleicht macht man auch aus diesem Ereignis wieder eine volksbelustigende Theatervorstellung, denn da von den 1500 wackeren Zeitgenossen, die um „Eintrittskarten“ zur Hinrichtung der Beier nachgesucht hatten, aus Raummangel nur etwa 200 berücksichtigt werden konnten, wäre ein genügender Zuspruch zu dieser neuen Veranstaltung zweifellos gesichert. Es könnten ja sogar noch durch ein entsprechendes Eintrittsgeld die Henkerskosten herausgeschlagen werden, und wenn diese Methode bei jeder der zahlreichen Hinrichtungen befolgt würde, so wäre durch den Fortfall des Scharfrichter-gehaltes schon wieder ein Loch in unserem augenblicklich so totkranken Staatsbeutel gestopft *).

Mir scheint, wir sind dem erstrebenswerten Ziel der Abschaffung der Todesstrafe weiter entfernt denn je. Der Grund hierfür liegt darin, daß für die große Masse der Begriff „Strafe“ gleichbedeutend ist mit „Rache“ und „Vergeltung“, und so heißt es denn wohl in Gerichtsberichten: Das gerechte Urteil wurde allseitig mit großer Genugtuung aufgenommen. Abgesehen davon, daß sich diese „große Genugtuung“ mit dem höchsten christlichen Gebote keineswegs vereinbaren läßt, ist die erwähnte Auffassung des Strafbegriffes eine durchaus irrige. Die Strafe hat lediglich den Zweck, den Verbrecher aus der menschlichen Gesellschaft zu entfernen, um dadurch weiteres Unheil zu verhüten, sie ist nichts weiter als ein Schutzmittel des Publikums. Daß eine solche Ausstoßung des Verbrechers aus der Gesellschaft sehr drastisch durch Abhacken des Kopfes erreicht wird, soll ohne weiteres zugegeben werden, daß es aber Mittel gibt, die bei Erzielung des gleichen Zweckes sich mit unseren hohen, so gern hervorgekehrten kulturellen Errungenschaften viel besser vereinbaren lassen, dürfte eben nur derjenige ableugnen, für den die Strafe nur zur Sühne und Vergeltung des begangenen Verbrechens auf der Welt ist. Daß die Todesstrafe im Falle eines Justiz-irrtums zum entsetzlichsten aller Verhängnisse werden kann, daß man ferner durch die Tötung des Verbrechers diesem jede Besserungsmöglichkeit nimmt, sollte ebenfalls zu denken geben.

Man tue doch eine so wichtige Frage nicht dem mit Schlagwort „Humanitätsduselei“ ab. Es wird eine Zeit kommen, wo unsere Nachkommen ihren

*) Erfreulicherweise ist inzwischen die Begnadigung der Verurteilten zu lebenslänglichem Zuchthaus erfolgt, was hier ausdrücklich konstatiert sei, wenn-
gleich auch diese Strafe im vorliegenden Falle noch immer als ungeheuerliche
bezeichnet werden muß. (Der Verf.)

Kindern von der beschämenden Tatsache erzählen werden, daß man zu „Großvaters oder Urgroßvaters Zeiten noch Menschen den Kopf abgeschlagen hat“, und die Kinder werden ein ähnliches Gefühl haben, wie es uns heute beschleicht bei dem Gedanken an mittelalterliche Hexenverbrennungen und sonstige derzeitige Torturen. Meiner Ansicht nach steht uns keinesfalls das Recht zu, über Leben und Tod eines Menschen zu entscheiden, mag er verbrochen haben, was er will!

Vielfach ist die Meinung verbreitet, die Todesstrafe müsse als Abschreckung beibehalten werden und eine Abschaffung derselben würde ein Überhandnehmen schwerer Verbrechen zur Folge haben. Die Ansicht von der Abschreckung ist eine sehr wenig stichhaltige, denn, wie allgemein bekannt, denkt in den weitaus meisten Fällen der Verbrecher bei Begehung der Tat überhaupt nicht an die Folgen. Andererseits haben nachgewiesenermaßen in Staaten wie Italien (man denke — Italien! Das Land mit dem heißen Blut und den vielen Stilets), Holland, die Schweiz, Brasilien usw. seit der Abschaffung der Todesstrafe die Blutverbrechen bedeutend abgenommen. Das ist zum mindesten ein Beweis dafür, daß die Abschaffung der Todesstrafe keine Vermehrung der Blutverbrechen zur Folge hat. (In einer der letzten Nummern der „Deutschen Juristenzeitung“ findet sich hierüber ein bemerkenswerter Artikel von Justizrat Stranz).

Aber soweit sind wir ja in Deutschland noch nicht, und da wir diese, mir persönlich von jeher unbegreiflich gewesene Strafe noch vollstrecken, so sollte man meinen, daß wenigstens dem Richter Gelegenheit gegeben wäre, ein Todesurteil gegebenenfalls durch Gewährung mildernder Umstände zu umgehen. Weit gefehlt! Unser in so mancher Hinsicht änderungsbedürftiger Strafkodex setzt für den Mord ganz kategorisch die Todesstrafe fest und spricht dem Verbrecher eventuelle Zubilligung mildernder Umstände durchaus ab. So erklärt es sich auch, daß der jüngste Dresdner Fall einen so unerhörten Ausgang nehmen konnte.

Es ist die alte Geschichte. Zwischen dem Dienstmädchen Frieda Helm und einem Sergeanten des Infanterie-Regiments König Georg bestand ein Liebesverhältnis, das nicht ohne Folgen blieb. Diese unangenehmen Begleiterscheinungen der Liebe waren für den sauberen Herrn Sergeanten Grund genug, mit dem Mädchen zu brechen und es seinem Schicksal zu überlassen. Nach der heutigen doppelbodigen Moral kann der Herr sich das selbstverständlich mit ruhigstem Gewissen erlauben, denn:

Wenn eine Frau ihre Tugend verliert,
Dies meistens peinlich offenbar wird,
Während man es bei einem Mann
Nicht so genau kontrollieren kann.
Ein Mann bleibt eben ein Mann,
Und das übrige geht Sie gar nichts an. (Rideamus.)

Da nun auch die Eltern des unglücklichen Mädchens von mittelalterlichen Ansichten beseelt sind, warfen sie ihre „gefallene“ Tochter zum Hause hinaus, genau so, wie es wohl in schlechten Romanen vorkommt, und somit ist die Bedauernswerte völlig mittellos sich selbst überlassen. Das Kind, ein Knabe, wird geboren, und da die Mutter, um sich selbst zu erhalten, arbeiten muß, ist sie gezwungen, das Kind einer Kostfrau in Pflege zu geben. Als auch hier die Schwierigkeiten (Bezahlung der Unterhaltungskosten usw.) kein Ende nehmen, faßt das unglückliche Weib unter dem Einfluß einer Freundin den verzweifelte Entschluß, das 6 Monate alte Kind aus der Welt zu schaffen,

geht hin und ertränkt es. Wer vermag sich die Qualen der Mutterseele auszu-denken, die der Verzweiflungstat vorangegangen sein mögen? Und nun kommt zu allem Unglück noch das unglaubliche und doch nach dem Buchstaben unseres Gesetzes gerechte Urteil, — die Todesstrafe. — — Sollte wirklich die Justiz an Autorität verlieren, wenn sie in diesem Falle gewisse Momente als strafmildernd in Betracht gezogen hätte, noch dazu festgestellt war, daß durch die Lektüre von Räuber- und Detektivromanen eine Überreizung der Phantasie der Angeklagten nahezuliegen schien? —

Es wäre zu hoffen, daß dieser betäubende Fall den Stein endlich einmal ordentlich ins Rollen brächte. Jeder weitblickende Staatsbürger, der aus irgendeinem Grunde die Abschaffung der Todesstrafe noch nicht für angebracht hält, sollte wenigstens mit seinem ganzen Einfluß dahin wirken, daß zwei wichtige Forderungen in baldige Erfüllung gehen: erstens die Zubilligung eventuell vorhandener mildernder Umstände auch bei Mordverbrechen, und zweitens die Einführung weiblicher Gerichtshöfe zur Aburteilung weiblicher Verbrecher. — Ihr lacht, ihr gelehrten Männer? Eure Weisheit in Ehren, aber wenn ihr behauptet, ihr vermöchtet euch in die Psyche des Weibes hineinzusetzen, da lügt ihr! —



NEUE KUENSTLERISCHE TENDENZEN

H. KLEIN, ALGIER: NEUE ARABISCHE KUNST.



WENIG Länder wohl gibt es, in denen westliche und östliche Zivilisation miteinander in engere Wechselbeziehung getreten sind als in den Küstenregionen Nordafrikas. Frankreich hat daselbst eine feste politische und geistige Herrschaft im arabischen Lande gegründet und übt so auf die geistige Entwicklung der Einwohner wesentlichen Einfluß aus. Zugleich hat es viele hunderttausend Kolonisten ins Land entsendet, die mit dem regen Sinne, der ihrer Nation eigen ist, alles Schöne und Bedeutsame der neuerschlossenen orientalischen Kultur in sich aufnahmen. So ist eine ganz einzigartige Chance der Synthese auch zwischen der Kunst der beiden Völker gegeben.

Allerdings haben die Araber in Algier und Tunis niemals Werke hervorgebracht, welche der Alhambra und dem Alcazar, den Moscheen von Kairo und Cordova ebenbürtig gewesen wären. Sie verwandten vielmehr auf das Privatgebäude mit seinem orientalischen Kunstreichtum ihre Kraft, und dieses vor allem fand in der jüngsten Zeit europäischer Herrschaft schöne Fortbildung. Es war natürlich, daß die Franzosen, die inmitten all dieser Paläste ihren eigenen Wohnsitz suchten, auf die Idee kamen, in gleichen äußeren Formen leben zu wollen, Bauten zu schaffen, deren Linien und Farben mit dem Lichte und der Physiognomie der Landschaft in besserem Einklange ständen als die Bauten im europäischen Stile. Mußten sie nicht dem Zauber der Säulenhallen, der baumbepflanzten Höfe unterliegen, der Wandreliefs mit ihren phantastischen Arabesken, der Emaillearbeiten, die in der Sonne glänzen? Freilich ist anderseits die strenge Art des arabischen Hauses, die Fenster sämtlich auf den inneren Hof gehen zu lassen, doch vor allem bedingt durch die eingezogene Sitte der orientalischen Frauen,

den Bedürfnissen der europäischen Familie weniger gemäß, so sehr diese Bauart auch gegen die Hitze schützt. Der Europäer zieht es vor, daß seine Wohnstätte sich frei zur Außenwelt kehre. — So erstanden neue Häuser, im wesentlichen nach arabischer Art mit Säulen und Wand-schmuck, aber der Gasse zugewendet, mit freiem Blick über das Land. Andererseits mußten Vorkehrungen gegen die Hitze getroffen werden, die so leichter Zugang hatte. Man führte eine Galerie rings um die Gassenfenster herum, an der nach außen noch ein schützender Stoff angebracht ward, um in den Stunden stärkster Hitze die Fenster zu decken.

Auch der Schmuck, der im altarabischen Hause nur im Innern ange-bracht war, während man nach außennackte Wände zeigte, wurde nun auf die Fassade angewendet und so ein ganz neuer schöner Anblick der Straßen geschaffen. All die Feinheiten der Bauart hörten so auf, bloß den reichen In-wohnern der Häuser zu gehören; sie wurden in gewissem Sinne Gemeingut aller Stadtbewohner. Selbst die öffentlichen Bauten, welche in der französi-schen Verwaltung für das Schulwesen oder auch den Gottesdienst bestimmt sind, wurden in diesem synthetischen Stile erbaut.

Auch die andern arabischen Künste werden nun mehr und mehr für europäischen Gebrauch herangezogen und entwickeln sich zum neuen Zweck in neuen Formen. Die Glasmalerei, die Holzbildhauerei, die Kupfergravierung, die Juwelierarbeiten der Orientalen, alles hat nun ganz neue Bahnen zu gehen. Indem Frankreich und seine Bürger alle ihre Aufträge im Lande von ein-heimischen Künstlern in charakteristischen Motiven Arabiens ausführen ließen, machten sie die einheimische Kunst unter der neuen Herrschaft nicht nur nicht ersterben, sondern neu aufblühen. Wir sehen nunmehr einer wertvollen modern-arabischen Kunstperiode entgegen.



CHRONIK

EIN neuer sozialer Roman. Ana-tole France, der große soziale Schriftsteller Frankreichs, dessen Werke so herrlichen, Zukunft schauenden Optimismus atmeteten, hat neuerdings ein Buch herausge-geben, das scheinbar eine Abkehr von diesen Prinzipien, einen Übergang zum Pessimismus dar tut, „Die Pinguin-Insel“. Unter diesem Bild wird Frank-reich dargestellt mit seinen geschicht-lichen Entwicklungen, mit all den Kämpfen, die allmählich seine heutige Ordnung begründet. Die Basierung des Eigentums auf das Recht des Stärkeren, das Werden der Königs-geschlechter, deren Sturz und Ab-lösung scheinbar durch die Volks-herrschaft, in Wahrheit durch eine finanzielle Oligarchie: Alles dieses wird mit großer satyrischer Schärfe geschildert. Hierauf folgt die Dar-stellung der Ereignisse der Dreyfuß-affäre mit ihrem leidenschaftlichen

Hoffen, allen Ungerechtigkeiten mit dieser ein Ende gemacht zu haben, und der schweren Enttäuschung, welche die Vorkämpfer der Bewegung befiel, als sie sahen, daß wohl ein Unglücklicher befreit, sonst aber alles beim alten geblieben war.

Das Hauptgewicht des Buches liegt in der Zukunftsvision, die es eröffnet: Auf eine sets schärfer ausgeprägte kapitalistische Entwick-lung, die zu größtem Reichtum und raffiniertestem Luxus der wenigen und schlimmster Verelendung der Massen führt, bis schließlich alles in Kampf und Not zusammenbricht, die Kultur von den Stätten flieht, die sie so lange bewohnt und Frank-reich wieder zur Wildnis wird, in der Jäger und auf sie folgend Hirten und Bauern leben, bis allmählich wieder das Feudalzeitalter herannaht, Industrie und Kultur von neuem erblühen: der ewige Kreislauf der

Dinge, die Geschichte, die sich wiederholt, ohne zum Ideal zu führen.

Weit entfernt ist der Anatole France dieser trostlosen Zukunftsvision vom begeisterten Redner, der für alle Sozialreformen und Evolutionsevangeliem erglüht. Aber es ist wohl richtiger, im neuen Werke nur die Ausmalung einer Entwicklungsmöglichkeit zu erblicken, der gegenüber sich andere Möglichkeiten frohen Kampfes und Sieges zeigen. Hoffen wir, daß Anatole France bald in neuen Werken durch frohen Optimismus dieser Meinung recht gebe, daß er wieder die Imperative der Kultur predige!

Raymond Darsiles.



Kunst in der Schule. In Paris hat sich kürzlich eine Gesellschaft gebildet, welche die künstlerische Erziehung des Volkes durch Einführung künstlerischer Momente in das Schulleben zum Zweck hat, ähnlich dem „Hamburger Lehrerverband“ oder der deutschen Revue „Kind und Kunst“. Als vornehmstes Beispiel diene jedoch Belgien, wo der Schulunterricht in froh geschmückten Räumen vorgenommen und ästhetischen Gesichtspunkten wesentliches Augenmerk geschenkt wird. Auch die französische Gesellschaft will das Kind in seiner Schulzeit mit Schönheit umgeben, den Klassenzimmern ihr kaltes Aussehen nehmen, das Kind in schöner Umgebung in natürliche Beziehung zu Formen und Farben setzen, die Freude an der Schönheit heranziehen. Die Kinder werden angeleitet, ihre Klassenzimmer mit Blumen und Zweigen, die sie selbst brechen, zu schmücken, und auch der Sinn für die Natur soll geweckt werden. In den reicheren Schulen sollen Zeichnungen und photographische Reproduktionen von künstlerischen Meisterwerken an den Wänden erscheinen, und nicht sowohl der didaktische Charakter der Bildwerke, sondern der ästhetische Wert soll in den

Vordergrund gestellt werden, da man weiß, daß die Kinder gegen alles, was ihnen lehrhaft entgegentritt, ein lebhaftes Mißtrauen empfinden. Henry Rivière hat schöne Werke in dieser Richtung geschaffen, und viele Jünger stehen ihm zur Seite. Auch für die Künstler selbst hofft man neue Anregung, auch für sie soll es ein Jungbrunnen werden.

Als Fortsetzung der Schule ist die Volksuniversität gedacht, die ja heute schon vielfach in ihren Kunstabenden ein sehr anregendes ästhetisches Kunstmilieu darstellt. Eine eigene Gesellschaft, „L'art pour tous“, steht diesen Verbänden zur Seite, organisiert Vorträge, Museumsbesuche und Reisen. Alle diese Bestrebungen für Kunsthebung im Volke wirken von verschiedenen Ausgangspunkten dem gleichen Ziel entgegen.

D. Alfred Agache.



Ein revolutionäres Drama aus der jüngsten Geschichte Finnlands, „Fuomio“ betitelt, gelangte kürzlich in Helsingfors zur Aufführung. Dasselbe beleuchtet überaus scharf die glückliche Wendung der finnländischen Verhältnisse. Das Stück spiegelt den heroischen Kampf des finnländischen Volkes gegen die russische Tyrannei; heute können diese Ideen als inzwischen zum Siege gelangt offenkündet werden. Hauptfigur des Dramas ist ein finnländischer Patriot, der für die Sache der Freiheit und des Vaterlandes sein Leben opfert. Er erscheint nicht auf der Bühne, wir hören nur im Verlauf des Stückes von seinem Heldentod; trotzdem beherrscht er das ganze Geschehen des Stückes, sein Schicksal ergreift den Zuschauer: jedenfalls eine eigenartige Neuerung. Auch alle anderen Hauptdarsteller vertreten die Wünsche des Volkes, alle zusammen bilden eine große Einheit, das kämpfende finnische Volk. Der Dichter ist Juhani Aho. Sein Drama kommt einem großen Sozialgemälde gleich.